

**STANDORT:
NEUE LÄNDER**

POLITIK – INNOVATION – FINANZEN

Bernhard Vogel (Hrsg.)

I M
P L E N U M

ISBN 978-3-940955-99-9

www.kas.de

Diese Publikation dokumentiert die Ergebnisse der Tagung des Gesprächskreises „Neue Länder“ der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 24. bis 26. Oktober 2008 in Cadenabbia.

REDAKTION

Stefanie Pasler

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-940955-99-9

INHALT

- 5 | VORWORT DES HERAUSGEBERS
Bernhard Vogel

- 7 | POLITISCHE KULTUR IN DEN NEUEN LÄNDERN
AUSGEWÄHLTE BEFUNDE UND BAUSTELLEN
Andreas Hallermann

- 23 | DER NOSTALGISCHE BLICK AUF DIE DDR
Klaus Schroeder

- 69 | IRRLICHTER DER VERGANGENHEIT
DAS GESCHICHTSVERSTÄNDNIS DER PARTEI
„DIE LINKE“
Jürgen P. Lang

- 77 | HERAUSFORDERUNGEN ALS CHANCE BEGREIFEN
ZUM AUSBAU VON ZUKUNFTSFELDERN IN DEN
NEUEN LÄNDERN
Marion Eich-Born

- 95 | DER INNOVATIONSSTANDORT OSTDEUTSCHLAND
Ulrich Blum | Jutta Günther

- 113 | FINANZPOLITIK IN DEN NEUEN LÄNDERN
FORTBESTEHENDE KONSOLIDIERUNGS-
ERFORDERNISSE
Joachim Ragnitz

- 128 | HERAUSGEBER UND AUTOREN

- 128 | ANSPRECHPARTNER IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

VORWORT DES HERAUSGEBERS

Wenn wir in diesem Jahr im November 20 Jahre Friedliche Revolution feiern, können wir auch auf einen außerordentlichen Aufbauprozess in den neuen Ländern zurückblicken. Die Menschen in Ost und West haben seit 1989 in einzigartiger Solidarität zum wirtschaftlichen Aufbau der neuen Länder beigetragen.

Zu den herausragenden Erfolgen gehören zum Beispiel die Modernisierung der Infrastruktur und der Aufschwung der Verarbeitenden Industrie. Die Unternehmensgründungen und die Selbständigenquote in den jungen Ländern unterscheiden sich nicht mehr von denen in Westdeutschland.

Der Standort Ostdeutschland ist wettbewerbsfähig – auch international. Zu den herausragenden Standortvorteilen gehören die zentrale geografische Lage, das große Angebot an qualifizierten Arbeitskräften, die aktiven Förderprogramme und die hervorragende Lebensqualität. Dies macht die jungen Länder auch für internationale Investoren attraktiv.

Zu den wirtschaftlichen Zukunftsfeldern gehören vor allem die Energie- und Umwelttechnologien. Diese forschungsintensiven und technologieorientierten Industrien sind ein wichtiger Wachstumsmotor für die jungen Länder und schaffen viele neue Arbeitsplätze. Bereits heute stammen 80 Prozent der deutschen und 20 Prozent der weltweit produzierten Solarzellen aus den jungen Ländern. Diese Daten stimmen hoffnungsvoll. Aber die Finanz- und Wirtschaftskrise trifft auch die jungen Länder hart. Es wird sich nun zeigen, inwieweit sich die Besonderheiten des Standorts Ostdeutschland in der Krise positiv auswirken.

Der Gesprächskreis „Neue Länder“ hat sich im Oktober 2008 in Cadenab-
bia mit dem Innovationsstandort Ostdeutschland und den wirtschaftlichen
Zukunftsfeldern beschäftigt. Weitere Themen waren die Finanzsituation
der neuen Länder, die Aufarbeitung der SED-Diktatur, das Geschichtsver-
ständnis der Linkspartei und die politische Kultur in den jungen Ländern.
Mit diesem Tagungsband möchten wir die Ergebnisse der Tagung einer
breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

Den Autoren Andreas Hallermann, Klaus Schroeder, Jürgen P. Lang,
Marion Eich-Born, Ulrich Blum, Jutta Günther und Joachim Ragnitz sei
an dieser Stelle herzlich gedankt.

Berlin, im Juli 2009

Prof. Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a.D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLITISCHE KULTUR IN DEN NEUEN LÄNDERN

AUSGEWÄHLTE BEFUNDE UND BAUSTELLEN

Andreas Hallermann

1. EINLEITUNG

Der Begriff der politischen Kultur teilt mit manchen anderen
zentralen Termini der Politikwissenschaft eine gewisse Vag-
heit und dadurch eine beträchtliche Zahl unterschiedlicher
Definitionen. Von Max Kaase stammt das Bonmot, die politi-
sche Kultur zu erfassen gleiche dem Versuch, einen Pudding
an die Wand zu nageln.¹ Vereinfacht lassen sich ein weites
Konzept und ein enges Konzept politischer Kultur unterschei-
den.² Letzteres hat sich in der empirischen Forschung weit-
gehend durchgesetzt und liegt auch dem vorliegenden Bei-
trag zugrunde. Dieses Verständnis politischer Kultur haben
die amerikanischen Sozialwissenschaftler Gabriel A. Almond
und Sidney Verba einmal folgendermaßen formuliert: „The
term political culture thus refers to the specifically political
orientations – attitudes towards the political system and its
various parts, and attitudes towards the role of the self in
the system. [...] It is a set of orientations toward a special
set of social objects and processes.“³ Es geht demnach um
die subjektive Dimension der Politik: die politischen Perzep-
tionen der Bürger und ihr Verständnis von der eigenen Rolle
im politischen System.

Dabei ist festzuhalten, dass die politische Kulturforschung von Beginn an auf das Engste mit der Untersuchung der Bestandschancen demokratischer Systeme verknüpft war. Bereits die frühen Studien wie *The Civic Culture* gingen davon aus, dass die Stabilisierungschancen politischer Systeme nicht zuletzt von den Einstellungen abhängen, die die Bürger gegenüber diesem entwickeln. Durch die Erforschung des „Kitts“, der demokratische Systeme zusammenhält, versprach man sich auch Erkenntnisse darüber, welche Voraussetzungen eine Gesellschaft mitbringen muss, um demokratische Institutionen erfolgreich etablieren zu können. Nicht zuletzt die Erfahrungen mit Diktaturen in Europa haben den Anstoß für diese Forschungsrichtung gegeben. Dieser historische und normative Hintergrund der politischen Kulturforschung unterstreicht zugleich ihre Relevanz für eine Transformationsgesellschaft wie die der neuen Bundesländer. Dieser Beitrag will einige ausgewählte Befunde und Baustellen der politischen Kultur in den neuen Ländern zusammentragen.

Dabei wird im Wesentlichen auf die Daten einer Trendstudie aus Thüringen, dem *Thüringen-Monitor*⁴ zurückgegriffen. Im Rahmen des *Thüringen-Monitors* werden seit 2000 alljährlich 1.000 wahlberechtigte Thüringerinnen und Thüringer zufällig ausgewählt und telefonisch befragt. Die Studie entsteht im Auftrag der Thüringer Staatskanzlei und die Feldarbeit erfolgt durch das Meinungsforschungsinstitut *infratest dimap*. Die Konzeption und die Auswertung der Befragung liegt in den Händen eines Forscherteams des Instituts für Politikwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.⁵ Zwei Querschnittuntersuchungen mit ähnlichen Konzeptionen werden zum Vergleich einbezogen: Der *Sachsen-Anhalt-Monitor* von 2007⁶ und eine eigene bundesweite Studie von 2006⁷. Wie im Folgenden noch gezeigt werden wird, können die Thüringer Daten im Großen und Ganzen für die neuen Bundesländer verallgemeinert werden.⁸

2. BEFUNDE ZUR SYSTEMUNTERSTÜTZUNG

Die Unterstützung des demokratischen Systems kann als Kern der Analysen zur politischen Kultur verstanden werden. In der öffentlichen Diskussion werden immer wieder unterschiedliche Aspekte der Systemunterstützung akzentuiert und verglichen, was den Erkenntnissen über den Fortschritt der Konsolidierung des politischen Systems in Ostdeutschland nicht immer zuträglich ist. Die Demokratieunterstützung bezieht sich auf höchst unterschiedliche Bereiche, etwa demokratische Werte oder die praktizierte Demokratie mit ihren Akteuren und Entscheidungsmechanis-

men. Daher erscheint es in Anlehnung an die Arbeiten von Fuchs⁹ geboten, drei Ebenen der Demokratieunterstützung zu unterscheiden: die normativen Prinzipien der Demokratie (Ebene der Kultur bzw. der Werte), die demokratische Verfassungsordnung (Ebene der Struktur bzw. des Regimes) und ihre konkrete Ausgestaltung in der politischen Praxis (Ebene des Prozesses bzw. der Performanz).

Auf jeder dieser Ebenen ist einer der genannten Bereiche der Demokratieunterstützung (Einstellungsobjekte) angesiedelt, auf die die Einstellungen der Bürger bezogen sind.

Tabelle 1: Ebenen, Objekte und Indikatoren der Demokratieunterstützung

Einstellungsebene	Einstellungsobjekt	Indikator
Kultur	Bindung an demokratische Werte	„Demokratie ist die beste Staatsidee“
Struktur	Unterstützung des demokratischen Regimes	„Zufriedenheit mit dem Verfassungssystem“
Performanz	Unterstützung des politischen Prozesses bzw. der politischen Entscheidungsträger	„Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis“

Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an Fuchs, Das Konzept der politischen Kultur, S. 37.

Die Unterscheidung der Ebenen ermöglicht eine detailliertere Bewertung der politischen Kultur hinsichtlich Ausmaß und Stabilität der Systemunterstützung. Die grundlegende Ebene der Kultur sollte stärker und langfristig stabiler unterstützt werden als die anderen Ebenen, insbesondere als die Ebene der Performanz. Schwankungen in der Unterstützung der Performanz sind für die Stabilität des Systems weniger entscheidend als Schwankungen der Unterstützung anderer Ebenen. Die Beurteilung der Demokratie in der Praxis hängt stärker von aktuellen, vielleicht gar tagespolitischen Entwicklungen ab, während die Bewertung der Demokratie als Staatsidee von solchen Ereignissen unabhängig ist. Auswirkungen des Wandels auf einer unteren Ebene auf eine höhere sind nur langfristig zu erwarten.

Im Einklang mit bundesweiten Untersuchungen¹⁰ zeigen sich zunächst markante Unterschiede in der Zustimmung zu den einzelnen Einstellungsobjekten (vgl. Tabelle 2). Breite Zustimmung erfährt im Jahr 2007

mit 80 Prozent die Demokratie als Werteordnung. Fast ebenso viele zeigen sich mit dem politischen System, wie es in der Verfassung niedergelegt ist, zufrieden. Damit erreicht die Unterstützung der grundgesetzlichen Ordnung annähernd das für die Demokratie als Staatsidee konstatierte Niveau. Mithin kann nicht nur von einem festen demokratischen Wurzelwerk in der politischen Kultur des Freistaats gesprochen werden, sondern auch von einer breiten Akzeptanz des Verfassungssystems. Die Verfassungswirklichkeit hingegen bietet Anlass für eine gewisse Unzufriedenheit. Nur 49 Prozent der Thüringer zeigen sich zufrieden mit der Demokratie, wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert.

Tabelle 2: Demokratieunterstützung nach Ebenen im Vergleich (in Prozent)

Unterstützungsobjekt	Thüringen 2007	Sachsen-Anhalt 2007 ¹	Ostdeutschland 2006 ²	Westdeutschland 2006 ²
Werte: Idee der Demokratie	80	82	79	90
Regime: Zufriedenheit mit der Verfassungsordnung	79	74	71	85
Performanz: Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis	49	42	52	64

¹ Quelle: Sachsen-Anhalt-Monitor, S. 19ff.

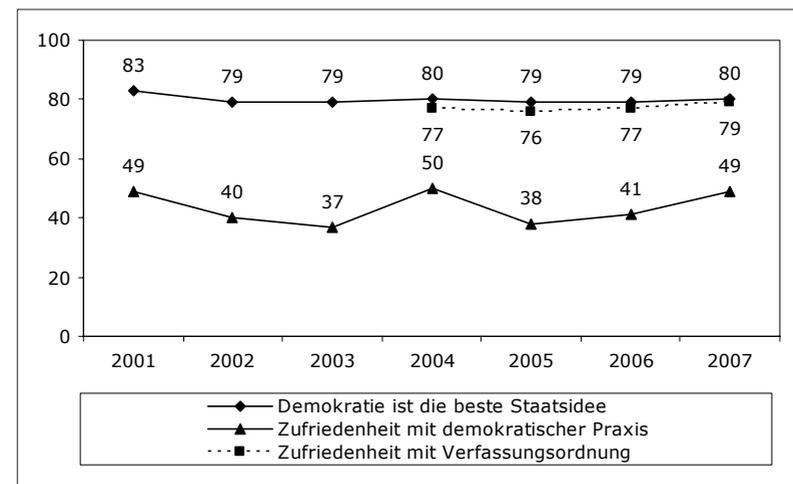
² Quelle: Eigene Erhebungen im Auftrag des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, vgl. auch Edinger / Hallermann: Rechtsextreme Einstellungen.

Im Vergleich zu den Zahlen aus dem *Sachsen-Anhalt-Monitor* von 2007 und den Zahlen einer eigenen Erhebung in Ostdeutschland von 2006¹¹ zeigt sich, dass die Thüringer Unterstützungsraten im ostdeutschen Durchschnitt liegen; allerdings ist die Unterstützung der Verfassungsordnung in Thüringen etwas höher. Der Vergleich mit Westdeutschland zeigt, dass in Ostdeutschland die Unterstützung des politischen Systems auf allen Ebenen etwas geringer ist. In Anbetracht der unterschiedlich langen Demokratieerfahrung zwischen Ost und West ist das aber nicht verwunderlich. Die Konsolidierung der Systemunterstützung in Ostdeutschland ist insgesamt sehr weitreichend.

Die Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis unterscheidet sich von der Unterstützung der Demokratie als Staatsidee und der demokratischen

Verfassungsordnung auch durch die erheblich geringere Stabilität. Die Annahme stärkerer Schwankungen der Demokratieunterstützung auf der Ebene der Performanz findet sich für Thüringen bestätigt. Während seit 2001 die Unterstützung demokratischer Werte auf sehr hohem Niveau nur wenig schwankt und seit 2004 die Unterstützung der Verfassungsordnung beinahe ebenso hoch und stabil ist, schwankt die Unterstützung der Demokratie in der Praxis deutlich zwischen den Jahren.

Abbildung 1: Demokratieunterstützung in Thüringen im Zeitverlauf (in Prozent)



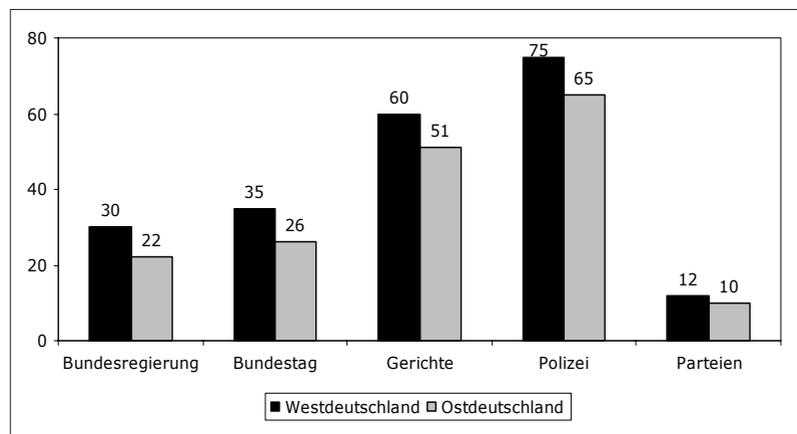
Wenn auch das Ausmaß der Systemunterstützung erfreulich ist, so ist immerhin jeder Fünfte nicht vom demokratischen System überzeugt. Bei geringen Überschneidungen mit den Demokraten und entsprechenden breiten Überschneidungen mit Nichtdemokraten und untereinander, unterstützt im Schnitt etwa ein Fünftel der Thüringer eine rechte Diktatur und ein Viertel die Rückkehr zur sozialistischen Ordnung. Diese Zahlen weisen bereits auf einige der zahlreichen Baustellen der politischen Kultur in den neuen Ländern hin.

Die Unterstützung eines politischen Systems geht nicht ohne ein gewisses Vertrauen in die Institutionen dieses Systems. Dabei genießen manche Institutionen mehr, manche weniger Vertrauen. Die hier ausgewählte Bundes- und Landesregierung sowie Gerichte und Polizei wurden in Thüringen seit 2000 kontinuierlich abgefragt. Diese Auswahl deckt

sowohl die eher parteienstaatlichen (oder politiknahen) als auch die eher rechtsstaatlichen (oder politikfernen) Institutionen ab.

Im Falle Thüringens ist das Institutionenvertrauen insgesamt im Verlauf der letzten Jahre kontinuierlich angestiegen: Gaben im Jahr 2000 noch 52 Prozent der Befragten an, den genannten Institutionen zu vertrauen, so waren es in 2007 63 Prozent. Vergleicht man die politiknahen und die politikfernen Institutionen miteinander, zeigt sich, dass der Anstieg ausschließlich auf die politikfernen Institutionen zurückgeht: Von 2000 bis 2004 erhöhte sich der Anteil der Thüringer, die den Gerichten und der Polizei vertrauen, von 53 Prozent auf 79 Prozent und liegt seither dauerhaft bei etwa 70 Prozent. Der Anteil der Thüringer, die den Regierungen vertrauen, schwankt über die Jahre richtungslos zwischen 26 und 37 Prozent. Vermutlich ist die parteipolitische Überlagerung dieser Institutionen ein Grund für das geringe Ausmaß und die Schwankungen dieses Anteils. Die Thüringer Werte liegen sehr nahe bei den Werten für Gesamt-Ostdeutschland.

Abbildung 2: Institutionenvertrauen im Ost-West-Vergleich 2006 (in Prozent)



Im Ost-West-Vergleich sieht man wiederum – wie bereits bei der Systemunterstützung auf allen Ebenen – etwas geringeres Vertrauen in die Institutionen in Ostdeutschland. Man sieht aber auch an der Parallelität, dass es keinen strukturellen Unterschied beim Institutionenvertrauen zwischen Ost und West gibt, sondern eher einen graduellen. Nicht verschweigen darf man, dass die politischen Parteien nur das Vertrauen jedes Zehnten Bundesbürgers genießen – in Ost- wie in Westdeutschland.

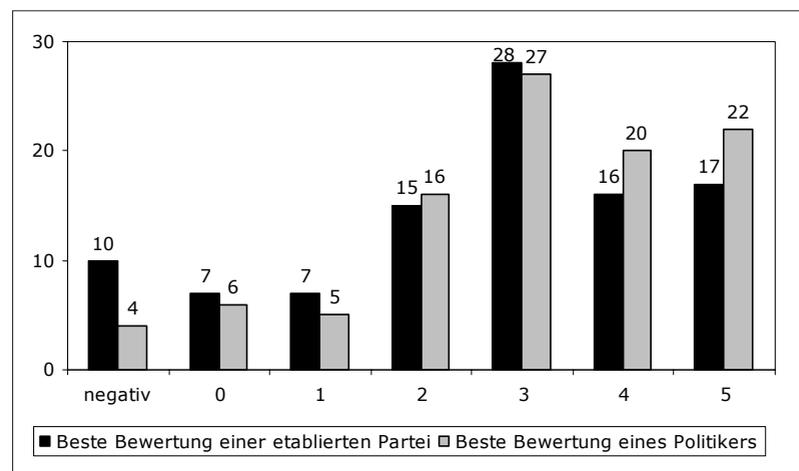
Wenn man die Stellung und Aufgaben der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland betrachtet, muss man daher das Institutionenvertrauen auch als Baustelle der politischen Kultur bezeichnen.

3. BAUSTELLEN DER SYSTEMUNTERSTÜTZUNG

Zu diesem geringen Vertrauen in politische Parteien passen weitere Pauschalurteile über die Politik und die Parteien: 91 Prozent der Thüringer sind der Ansicht, dass in der Politik zuviel geredet und nichts geleistet wird (2003). 82 Prozent denken, dass es in der Politik nicht um die Sache geht, sondern nur um Macht (2005). Dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler wollen, deren Ansichten sie aber nicht interessieren, glauben 79 Prozent der Befragten (2007).

Diesen Pauschalurteilen über „die Parteien“ oder „die Politiker“ kann man konkrete Urteile über einzelne Parteien oder einzelne Politiker entgegensetzen. Im *Thüringen-Monitor* wurde wiederholt das Instrument einer Sympathie-Skala eingesetzt: Die Befragten wurden gebeten, einzelne Parteien und namentlich genannte Politiker auf einer Skala von -5 (sehr unsympathisch) bis +5 (sehr sympathisch) einzuschätzen. Im Ergebnis zeigt sich, dass einzelne, namentlich genannte Politiker sehr viel besser bewertet werden als „die Politiker“, einzelne Parteien sehr viel besser als „die Parteien“. Viele der Befragten urteilen zwar pauschal negativ, haben aber doch eine Partei, der sie nahe stehen und die sie positiv bewerten oder halten mindestens einen Politiker für sympathisch. Dies macht der Blick auf die beste Bewertung eines Politikers bzw. einer Partei durch die Befragten deutlich.

Abbildung 3: Beste Bewertung einer Partei / eines Politikers auf der Sympathieskala von - 5 bis +5 (in Prozent)



Nur jeder Zehnte bewertet alle etablierten Parteien (CDU, SPD, PDS/ Linke, FDP, Bündnis 90/Die Grünen) im negativen Bereich, bei den Politikern ist es nur jeder Zwanzigste. Schaut man hingegen auf die sehr guten Bewertungen zwischen +3 und +5, so zeigt sich, dass knapp zwei Drittel der Thüringer mindestens eine Partei sehr schätzen und gut zwei Drittel mindestens einen Politiker sehr schätzen. Das schlechte Licht, in das parteienstaatliche Institutionen getaucht sind, ist also teils durch die Pauschalität der Urteile erzeugt. Dennoch wird deutlich, dass das Vertrauen in Politik, Parteien und politische Praxis ausbaufähig ist.

Fehlt dieses Vertrauen in die demokratischen Institutionen weitgehend, so ist der Weg zu Systemalternativen nicht weit. Zu den größten Herausforderungen für die politische Kultur in Ostdeutschland hat sich der Rechtsextremismus entwickelt. Rechtsextremismus tritt in unterschiedlichen Erscheinungsformen auf, die sorgfältig auseinander zu halten sind. Die wichtigsten sind der parteiförmig organisierte Rechtsextremismus, die gewalttätige Jugend-Subkultur und rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung, die hier im Mittelpunkt stehen sollen.

Der Rechtsextremismus in diesem Sinne wird als ein Einstellungssyndrom verstanden, das auf der Ungleichwertigkeit von Menschen basiert¹². Die unterschiedliche Wertigkeit von Menschen ergibt sich im rechtsextremen Denken aus diesen zugeschriebenen bzw. vom Verhalten unabhängigen

Merkmale (Nationalität, Hautfarbe). Ein auf solchen Vorstellungen aufbauendes Gesellschaftssystem steht im Widerspruch zur demokratischen Ordnung, da es deren Grundprinzipien wie Gleichheit und Menschenrechte in Frage stellt. Nimmt man den Rechtsextremismus als Syndrom ernst, so sind verschiedene Bestandteile (Dimensionen) rechtsextremer Einstellungen zu unterscheiden.

Im Einklang mit der Rechtsextremismusforschung können sechs Dimensionen als zentrale Komponenten rechtsextremer Orientierungen gelten: Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, übersteigerter Nationalismus (Chauvinismus), Verharmlosung des Nationalsozialismus, Antisemitismus und Unterstützung einer rechten Diktatur¹³. Wichtig für den Syndromcharakter des Rechtsextremismus ist, dass mehrere dieser Orientierungen, aber nicht alle gleichzeitig vorliegen müssen. Die rechtsextremen Einstellungen sind in den jährlichen Erhebungen des *Thüringen-Monitor* seit 2001 mit einem einheitlichen Instrument gemessen worden. Dieses Erhebungsinstrument setzt sich aus zehn Fragen zusammen, die die genannten sechs Dimensionen des Rechtsextremismus erfassen (Tabelle 3). Indem drei ausländerfeindliche Aussagen aufgenommen wurden, wesentliche Merkmale des „alten“ Rechtsextremismus jedoch nur mit einem Statement vertreten sind, liegt der Akzent des Instruments auf dem „neuen“ Rechtsextremismus.

Dass der Rechtsextremismus ein Syndrom miteinander verknüpfter Einstellungen darstellt, bedeutet freilich nicht, dass die einzelnen Bestandteile dieses Syndroms gleich starke Unterstützung in der Bevölkerung finden. Tabelle 3 illustriert im Gegenteil, dass Aussagen mit ausländerfeindlichem und nationalistischem Inhalt die vergleichsweise größte Zustimmung erfahren. Hingegen lehnen die Thüringer den Antisemitismus, eine rechte Diktatur und die Verharmlosung des Nationalsozialismus weit überwiegend ab – allesamt Dimensionen, die eher dem traditionellen Rechtsextremismus zuzurechnen sind. Die Zustimmung liegt hier im Schnitt unter 20 Prozent; sie erweist sich zugleich im Zeitverlauf als ausgesprochen konstant. Im Gegensatz dazu schwankt die Unterstützung für ausländerfeindliche Aussagen und des Statements zur Durchsetzung deutscher Interessen stärker.

Tabelle 3: Rechtsextremismus – Bewertung der einzelnen Statements 2008 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2007 (in Prozent)

Dimensionen und Statements	-- 2008 (2001-07)	- 2008 (2001-07)	+ 2008 (2001-07)	++ 2008 (2001-07)
Ausländerfeindlichkeit				
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichem Maße überfremdet.“	17 (17)	34 (28)	27 (30)	22 (25)
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	17 (15)	39 (33)	26 (34)	18 (18)
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	49 (50)	31 (27)	10 (12)	10 (11)
Sozialdarwinismus				
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	62 (57)	14 (12)	13 (15)	11 (16)
„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	51 (43)	31 (33)	11 (15)	7 (9)
Nationalismus				
„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	13 (14)	26 (26)	33 (32)	28 (28)
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	28 (33)	40 (34)	24 (25)	8 (8)
Verharmlosung des Nationalsozialismus				
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	67 (61)	18 (20)	10 (13)	5 (6)
Antisemitismus				
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	72 (67)	19 (21)	8 (8)	1 (4)

Dimensionen und Statements	-- 2008 (2001-07)	- 2008 (2001-07)	+ 2008 (2001-07)	++ 2008 (2001-07)
Rechte Diktatur				
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	57 (59)	26 (23)	13 (14)	4 (4)

Anmerkung: --: lehne völlig ab; -: lehne eher ab; +: stimme eher zu; ++: stimme völlig zu.

Mit Hilfe einer Reliabilitätsanalyse wurde festgestellt, dass sich die zehn Fragen zur Messung von Rechtsextremismus eignen, genauer, dass sie gemeinsam eine Skala bilden, die man Rechtsextremismus nennen kann.¹⁴ Für die Überprüfung der Dimensionalität der Items wurde eine Faktoranalyse verwendet.¹⁵ Die zwei extrahierten Faktoren binden gemeinsam knapp 57 Prozent der Varianz der ursprünglichen Aussagen. Der erste Faktor enthält die wesentlichen Elemente des alten Rechtsextremismus: den Antisemitismus, die Verharmlosung des Nationalsozialismus und die sozialdarwinistischen Aussagen. Der zweite Faktor enthält die wesentlichen Elemente des neuen Rechtsextremismus mit Schwerpunkt auf sozioökonomisch motivierter Ausländerfeindlichkeit. Beide Faktoren korrelieren miteinander sehr hoch (Pearson's $r = .51$) und können daher als zwei Dimensionen des Einstellungssyndroms Rechtsextremismus betrachtet werden.

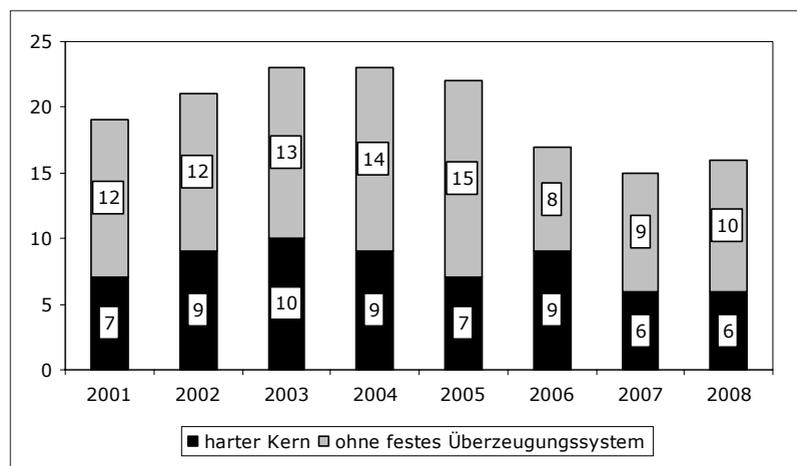
Wer von den Befragten muss nun aufgrund seines Antwortverhaltens als rechtsextrem gelten? Für diese Unterscheidung rechtsextrem Eingestellter von Befragten ohne bzw. mit geringen rechtsextremen Orientierungen fehlt es in der Forschung bislang an einer Messkonvention. Im Rahmen des *Thüringen-Monitors* sind den Antworten auf jede Frage zum Rechtsextremismus Punktwerte zwischen 1 (für „lehne völlig ab“) und 4 (für „stimme voll und ganz zu“) zugewiesen worden. Bildet man dann einen Summenindex aus den Punktwerten aller zehn Fragen, können die Befragten Werte zwischen 10 (nicht rechtsextrem) und 40 Punkten (stark rechtsextrem) erreichen. Als rechtsextrem werden diejenigen bezeichnet, die einen Punktwert oberhalb des Skalenmittelpunkts, also mindestens 26 Punkte erreichen;¹⁶ diese Personen haben demnach im Schnitt mehr Zustimmung als Ablehnung zu den zehn Aussagen geäußert. Dabei ist nicht der absolute Anteil von Personen oberhalb des Schnittpunktes interessant, sondern vielmehr der Vergleich, etwa über die Zeit oder in der

Zusammensetzung der Personengruppe: Die relationale Information der Skala wird also in erster Linie auch relational interpretiert.

So gemessen, schwankt im Zeitraum 2001 bis 2008 der Anteil rechts-extrem Eingestellter unter den Thüringern zwischen 15 und 23 Prozent (vgl. Abbildung 4). Während die Werte zunächst gestiegen sind, ist es 2006 zu einem deutlichen Rückgang und seither zu einer Stabilisierung auf diesem niedrigeren Niveau zwischen 15 und 17 Prozent gekommen. Um genaueren Aufschluss über den auffälligen Rückgang rechtsextremer Orientierungen in Thüringen zu erhalten, ist zusätzlich ein zweiter Schnittpunkt festgelegt worden. Demnach sollen als „überzeugte Rechtsextreme“ alle diejenigen gelten, die auf dem Rechtsextremismus-Index dreißig oder mehr Punkte erreichen, also im Durchschnitt allen zehn Aussagen zugestimmt haben. Ihr Anteil beträgt im Zeitverlauf zwischen 6 und 10 Prozent aller Thüringer. Allerdings kommt es für die Einschätzung des Gefahrenpotentials des Rechtsextremismus und für die Analyse seiner Ursachen und Folgen nicht so sehr darauf an, wie hoch der Anteil Rechtsextremer für sich genommen ist, sondern darauf, wie die Struktur seiner Verteilung auf einzelne Bevölkerungsgruppen beschaffen ist. Für Fragestellungen dieser Art ist die Entscheidung über einen Schnittpunkt nachrangig.

Abbildung 4: Rechtsextreme Einstellungen (2001-2008):

Harter Kern und Befragte mit teilweise verfestigten Überzeugungen (in Prozent)



Wie zu erwarten sind nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen „anfällig“ für rechtsextreme Denkmuster. Untersucht man nur die gängigsten sozialstrukturellen Merkmale wie Alter, Bildung und Geschlecht, so lässt sich dieser allgemeine Befund für Thüringen bestätigen und zugleich konkretisieren. Den stärksten und zugleich im Zeitverlauf besonders stabilen Einfluss auf rechtsextreme Einstellungen hat dabei die formale Bildung. Im gesamten Beobachtungszeitraum lag der Anteil rechtsextrem Eingestellter unter den höher Gebildeten niemals über 7 Prozent, in der Gruppe mit POS-Abschluss oder formal niedrigerem Bildungsstand hingegen niemals unter 25 Prozent. Der maximale Abstand zwischen beiden Gruppen ist im Jahr 2005 mit einer Differenz von dreißig Prozentpunkten erreicht worden.

Abweichend von den Ergebnissen einer Reihe anderer Repräsentativbefragungen sind in Thüringen rechtsextreme Orientierungen unter Frauen durchweg etwas weiter verbreitet als bei Männern.¹⁷ Die überdurchschnittlichen Werte bei den Frauen lassen sich allerdings überwiegend auf andere Erklärungsfaktoren zurückführen, etwa auf das gegenüber Männern insgesamt niedrigere Bildungsniveau und die schlechtere finanzielle Situation. Die Differenzen zwischen den Altersgruppen sind über die Jahre stabil geblieben. Die Befragten über sechzig Jahren befürworten Positionen am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums durchweg stärker als alle anderen Altersgruppen.

Dieser Befund führt einmal mehr vor Augen, wie notwendig eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist, bei der Einstellungen, Wahlverhalten und Gewalt systematisch unterschieden werden. Diese Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sind nicht nur empirisch nicht identisch, sondern unterscheiden sich in quantitativem Umfang, sozialem Profil und regionaler Verbreitung. Erst eine solche Unterscheidung der Erscheinungsformen erlaubt eine realistische Einschätzung des Gefahrenpotentials, das mit rechtsextremen *Einstellungen* verbunden ist. Ihre begrenzte Verbreitung in einer Bevölkerungsminderheit von je nach Maßstab etwa 10 oder 20 Prozent (bei deutlich größerer Zustimmung zu einzelnen Fragen) und die angesichts der überproportionalen Apathie dieses Bevölkerungsteils relative Seltenheit direkter Umsetzung von Gesinnung in Handeln, lassen alarmistische Szenarien einer akuten Bedrohung der demokratischen Institutionen unbegründet erscheinen.

4. FAZIT

Wenn man das engere Konzept der politischen Kultur zugrunde legt, dann kann man in Thüringen wie in den neuen Bundesländern insgesamt fast zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution von einer weitgehenden Konsolidierung sprechen. Wir haben ein stabiles demokratisches Fundament mit einer sehr großen Unterstützung des politischen Systems auf der Ebene der Kultur und auf der Ebene der Struktur. Das geringere Ausmaß der Unterstützung demokratischer Performanz ist wenig besorgniserregend, denn zum einen ist diese Ebene von parteipolitischen Präferenzen stärker beeinflusst, zum anderen sind auch in Westdeutschland ähnliche Differenzen zwischen den Ebenen festzustellen. Insgesamt ist das Unterstützungsniveau für das politische System und auch für die demokratischen Institutionen in Ostdeutschland etwas geringer als in Westdeutschland. Das ist angesichts der unterschiedlichen Dauer demokratischer Praxis in beiden Teilen Deutschlands nicht verwunderlich. Die Unterstützung demokratischer Akteure lässt sehr zu wünschen übrig, wenn man in Umfragen die Gelegenheit gibt, pauschale Urteile über Politiker oder Parteien zu fällen. Fragt man aber nach konkreten Personen oder Parteien, so erfahren sie durchaus breite Sympathie. „Die Politiker“ werden abschätzig betrachtet, aber namentlich genannte Politiker werden durchaus geschätzt.

Der Rechtsextremismus ist eine ernstzunehmende Gefährdung der Demokratie, denn manche dieser Einstellungen sind in Ostdeutschland weit verbreitet: Manchen ausländischerfeindlichen Äußerungen stimmt die Hälfte der Befragten zu. Im Verlauf der letzten Jahre ist aber eine leichte Abschwächung der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen zu verzeichnen. Das eigentliche Gefahrenpotential rechtsextremer Einstellungen ist nicht in der direkten Stimulierung von Handeln, sondern in einer latenten, indirekten Wirkung zu sehen. Zum einen ermutigt ein für sie günstiges Meinungsklima gewaltbereite Täter zu ihren Übergriffen. Zum anderen halten rechtsextreme Einstellungen permanent ein breites Reservoir ideologischer Versatzstücke verfügbare, aus dem sich autoritäre Bewegungen zur Rechtfertigung nach innen und zur Mobilisierung nach außen bedienen können. Weitgehend offen und wenig erforscht ist die Gefährdung der Demokratie durch Linksextremismus.

- 1| Kaase, Max: Sinn oder Unsinn des Konzepts „Politische Kultur“ für die Vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln. In: Kaase, Max / Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980.* – Opladen: Westdeutscher Verlag, 1983. – (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin; 42) – S. 144-171.
- 2| Nach dem weiten Konzept politischer Kultur würden etwa politische Traditionsbestände, die Struktur politischer Diskurse und das politische Verhalten stärker in den Blickpunkt rücken (vgl. Rohe, Karl: *Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts.* In: Niedermayer, Oskar / Beyme, Klaus von (Hrsg.): *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland.* – Berlin: Akademie-Verlag, 1994. – (KSPW: Transformationsprozesse) – S. 1-21.).
- 3| Almond, Gabriel A. / Verba, Sidney: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations.* – Princeton: Princeton University Press, 1963. – S. 13.
- 4| Edinger, Michael / Hallermann, Andreas / Schmitt, Karl: *Thüringen-Monitor 2008. Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger.* – Erfurt, 2008.
- 5| Neben dem Autor dieses Beitrags gehören dem Forscherteam die Professoren Karl Schmitt und Klaus Dicke – bis zu seiner Wahl zum Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena – sowie Dr. Michael Edinger an.
- 6| Fürnberg, Ossip / Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias: *Sachsen-Anhalt-Monitor 2007. Politische Einstellungen zwischen Gegenwart und Vergangenheit.* – Halle, 2007.
- 7| Edinger, Michael / Hallermann, Andreas: *Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Messung, Strukturen, Ursachen, Folgen.* – Wiesbaden: VS Verlag, 2009.
- 8| Edinger, Michael / Hallermann, Andreas: *Politische Kultur in Ostdeutschland. Die Unterstützung des politischen Systems am Beispiel Thüringens.* – Frankfurt a.M u.a.: Lang, 2004.
- 9| Fuchs, Dieter: *Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht.* In: ders. / Roller, Edeltraud / Wessels, Bernhard (Hrsg.): *Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess.* – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002. – S. 27-49; Fuchs, Dieter: *Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland.* In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland.* – Opladen: Leske und Budrich, 1997. – (Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e. V.; 3,3) – S. 81-113.
- 10| Völkl, Kerstin: *Fest verankert oder ohne Halt? Die Unterstützung der Demokratie im vereinigten Deutschland.* In: Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen W. / Rattinger, Hans (Hrsg.): *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland.* – Baden-Baden: Nomos, 2005. – S. 249-284. – S. 254.
- 11| Edinger / Hallermann: *Rechtsextreme Einstellungen.*
- 12| Stöss, Richard: *Rechtsextremismus im Wandel.* – Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Dialog Ostdeutschland, 2005. – S. 59.
- 13| Kreis, Joachim: *Die Messung von rechtsextremer Einstellung. Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien.* – Berlin, 2007. – (Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum; 12) – S. 11.

- 14| Cronbachs Alpha als Maß für die Reliabilität der Skala liegt mit .85 sehr hoch. Üblicherweise wird ein Wert zwischen .70 und .80 als Mindestwert angesehen: „Weist Cronbachs Alpha also einen Wert von mindestens .80 auf, dann können die einzelnen Items sinnvoll zu einer Skala addiert werden“ (Brosius, Felix: SPSS 11. – Bonn: mitp, 2002. – S. 766). Außerdem sind die Korrelationskoeffizienten zwischen den einzelnen Items und der Gesamtskala durchweg sehr hoch, mit zwei Ausnahmen immer über .50 (Pearson's r).
- 15| Zur Faktorenanalyse vgl. Backhaus, Klaus / Erichson, Bernd / Plinke, Wulf: Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. – 8. Aufl. – Berlin u.a.: Springer, 1996. – (Springer-Lehrbuch) – S. 189-260.
- 16| Diese Entscheidung ist plausibel, aber weder alternativlos noch aus theoretischen oder methodischen Erwägungen zwingend, die Schnittstelle könnte auch an einem anderen Skalenpunkt gesetzt werden. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass sich Struktur und Ursachen rechtsextremer Einstellungen in Abhängigkeit vom gewählten Schnittpunkt nur unwesentlich verändern. Die Alternative des Vergleichs der Mittelwerte auf der Rechtsextremismus-Skala zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen wird aufgrund der geringeren Anschaulichkeit nicht vorgezogen.
- 17| Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern erwiesen sich in den meisten Untersuchungen als gering.

DER NOSTALGISCHE BLICK AUF DIE DDR

Klaus Schroeder

Das Geschichtsbild, speziell das Bild der DDR, unterscheidet sich im wiedervereinigten Deutschland heute stärker als noch unmittelbar nach dem Fall der Mauer. Während eine breite Mehrheit der Westdeutschen weiterhin den Diktaturcharakter dieses zweiten deutschen Teilstaates hervorhebt, betonen viele Ostdeutsche die (vermeintlich) positiven Dimensionen des SED-Staates und blenden die Schattenseiten dieser Diktatur weitgehend aus. Selbst in der Wissenschaft feiert die so genannte systemimmanente Betrachtung der DDR, die vor 1989 in der alten Bundesrepublik dominierte, ein erstaunliches Comeback und findet wieder Gehör unter linken Zeithistorikern. Wenn auch unter anderem Namen werden nun erneut Gesellschaft und Alltag in den Vordergrund gerückt und die Herrschaftsstrukturen vernachlässigt.¹

Nachfolgend werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Bewertung der DDR in der ost- und westdeutschen Bevölkerung² sowie die Ergebnisse einer Befragung von Jugendlichen zu ihrem diesbezüglichen Geschichtsbild³ kurz referiert.

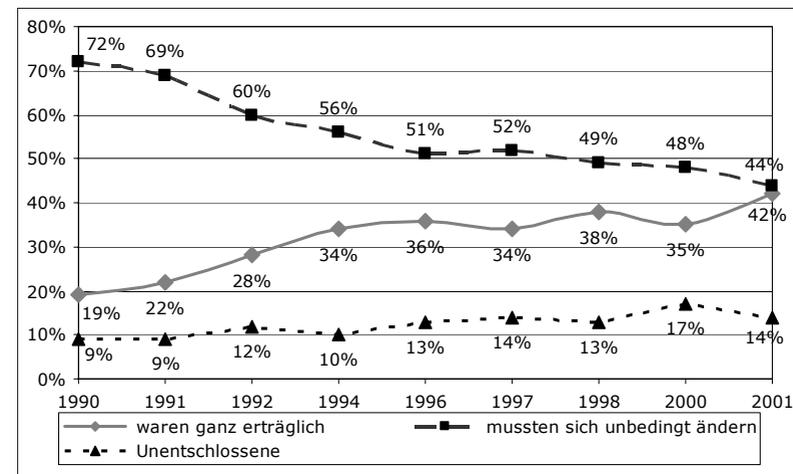
Die Deutung der Vergangenheit verändert sich im Laufe der Zeit, sei es aufgrund von Erfahrungen, die bisherige Inter-

pretationen in einen neuen Bewertungskontext stellen, oder dadurch, dass andere Maßstäbe zur Betrachtung der Vergangenheit angelegt werden.⁴ Die DDR – aber auch die Bundesrepublik – werden nach der Wiedervereinigung von vielen aus einer veränderten Perspektive betrachtet, da der Untergang des SED-Staates manifestierte Folge der Unterlegenheit des sozialistisch-diktatorischen gegenüber dem freiheitlichen-demokratischen System war. Gerade diese Tatsache versperrt vielen eine angemessene Betrachtung und Beurteilung von System und Lebenswelt in den beiden deutschen Teilstaaten. Während viele Westdeutsche sich die Überlegenheit ihres Systems auch persönlich zurechnen, empfinden viele Ostdeutsche die implizite und zumeist nicht offen ausgesprochene Gleichsetzung von System und Lebenswelt als Herabwürdigung ihres Lebens.

DER VERÄNDERTE BLICK AUF DIE DDR IN DER OST- UND WESTDEUTSCHEN BEVÖLKERUNG

Die Deutschen in Ost und West sind sich am Vorabend der Vereinigung in der Verurteilung und Einschätzung der SED-Diktatur weitgehend einig. In beiden Teilstaaten hält eine Mehrheit die DDR-Verhältnisse für unerträglich, ist sich zudem bewusst, dass die SED „ihren“ Staat ruiniert hatte und dort Unfreiheit und rechtliche Willkür herrschten. Diese Verurteilung der DDR auch seitens einer Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung resultiert indes zu einem Großteil aus der Euphorie des Herbstes 1989, als die Diktatur der Monopolpartei erst wankte und dann friedlich gestürzt wurde. Doch schon bald ändert sich das Bild: Eine Mehrheit der Ostdeutschen sieht die damaligen Verhältnisse in immer milderem Licht, nur noch eine Minderheit beharrt bei der Beschreibung der DDR auf der Dominanz des Unrechtscharakters, während die Westdeutschen an ihrer negativen Bewertung im Großen und Ganzen festhalten. In dem Maße, wie die Unzufriedenheit über die individuelle oder allgemeine Lebenssituation nach der Wiedervereinigung wächst, verklärt sich bei vielen Ostdeutschen das Bild der DDR, werden positive Seiten herausgestellt und negative verschwiegen oder ignoriert.

Schaubild 1: Unerträgliche Verhältnisse in der DDR?*



* Antworten von Ostdeutschen auf die Frage: „Wenn Sie jetzt einmal zurückblicken auf die letzten Jahre vor der Wende in der DDR – waren die Verhältnisse eigentlich ganz erträglich, oder würden Sie sagen, es musste sich unbedingt vieles ändern?“
Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Im Vereinigungsjahr halten noch knapp drei Viertel der Ostdeutschen die Verhältnisse in der DDR für unerträglich und schließen sich der Meinung an, es müsse sich unbedingt Vieles ändern; nur jeder Fünfte deklariert das Leben in der DDR als ganz erträglich. Nach der Jahrtausendwende hat sich die Gruppe der Kritiker des SED-Staates nahezu halbiert und die Gruppe der mehr oder weniger mit dem damaligen Leben Zufriedenen verdoppelt, so dass sich jetzt jeweils etwa 40 Prozent in der gegensätzlichen Beurteilung der DDR gegenüberstehen.

Mehr als jeder Zweite (54 Prozent) bejaht im Jahr 2004 sogar das Statement „Wir waren alle gleich und wir hatten Arbeit. Darum war es eine schöne Zeit in der DDR“. Und was noch schwerer wiegt – nicht einmal jeder Fünfte (18 Prozent) verneint dies.

Tabelle 1: DDR-Nostalgie*

Ostdeutschland	Würde zustimmen	Würde nicht zustimmen	Unentschieden	Summe
1994	48	26	26	100
1995	43	31	26	100
1996	48	26	26	100
2000	44	31	25	100
2004	54	18	28	100
2006	47	23	30	100

* Antworten auf das Statement: „Frage an Ostdeutsche: Wenn jemand über die DDR sagt: ‚Wir waren alle gleich und wir hatten Arbeit. Darum war es eine schöne Zeit‘, würden Sie dem zustimmen oder nicht zustimmen?“ (Zahlen in Prozent).
Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Zwei Jahre später ebbt die nostalgische Betrachtung der DDR etwas ab. Nun stimmen dem Statement nur noch 47 Prozent der Ostdeutschen zu, aber nur knapp jeder Vierte verneint es, was umgekehrt bedeutet – bezieht man die 30 Prozent Unentschiedenen mit ein –, dass gut drei Viertel der Ostdeutschen ein mehr oder weniger entschiedenes Votum für mehr Gleichheit und das Recht auf Arbeit abgeben. Ob sie freilich das Leben in der DDR aufgrund dessen schon generell als „schöne Zeit“ einstufen, lässt sich aus dieser etwas zu suggestiv formulierten Frage nicht zweifelsfrei ableiten.

Die sich im Laufe des Vereinigungsprozesses zugunsten der DDR verschiebende Stimmungslage manifestiert sich insbesondere in der veränderten Beurteilung der dunklen Seiten des SED-Staates.

Tabelle 2: Rückblick auf die DDR*

	Ostdeutschland		
	1992	2001	2004
Wie sehr die DDR wirklich heruntergewirtschaftet war, haben viele nicht gewusst.	83	66	67
Viele, die anfangs für den Sozialismus waren, wollten etwas Gutes, wollten sich für Ideale einsetzen.	74	60	65
Niemand hat es für möglich gehalten, zu welchen Taten Stasi und SED fähig waren.	78	51	51
Man hatte anfangs auf den Sozialismus so große Hoffnungen gesetzt, dass dadurch alles wieder aufwärts gehen würde.	62	50	51
In dieser Zeit hat man oft das Gefühl gehabt, einer großen Gemeinschaft anzugehören, das war sehr schön.	42	50	58
Die Bevölkerung fühlte eine richtige Befreiung, als das SED-Regime gestürzt war.	60	40	43
Die SED hat uns alle betrogen.	70	40	39
Viele haben der SED vertraut, dass sie das Beste für das Land wollte.	57	30	44
Man fühlte sich in der DDR unfrei und gefangen.	54	36	36
Viele wurden von den Idealen des Sozialismus angezogen.	45	35	36
Man hat in dieser Zeit überhaupt nicht die Wahl gehabt, für oder gegen die SED zu sein.	52	35	48
Nach dem Zusammenbruch der DDR war man völlig verunsichert, alle Ideale waren einem genommen.	39	34	39
Mit dem Ende der DDR ist alles kaputt gegangen, woran man geglaubt hatte.	44	32	35
Am Anfang hat die SED so viele schwierige Probleme bewältigt, dass man ihr danach zunächst vertraut hat.	44	31	28
In den Gründungsjahren der DDR war es schön, dass man als Bürger der DDR wieder Ansehen gewinnen konnte.	35	30	27
Man hat sich bespitzelt gefühlt, konnte kaum jemandem trauen.	43	29	25
Es war quälend, so viel Unrecht mitansehen und geschehen lassen zu müssen, ohne etwas tun zu können.	34	18	18

* Antworten auf das Statement: „Frage an Ostdeutsche: ‚Hier auf diesen Karten steht einiges, was uns Leute über die frühere DDR erzählt haben. Bei was davon würden Sie sagen, das stimmt, genau so war es?‘“ (Zahlen in Prozent).
Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Das Gefühl allgegenwärtiger Bespitzelung und mangelnden Vertrauens sowie der Hilflosigkeit gegenüber dem SED-Unrecht, an das sich Anfang der neunziger Jahre noch 43 Prozent bzw. 34 Prozent erinnern, werden 2004 nur noch von jedem Vierten bzw. nicht einmal jedem Fünften artikuliert. Statt 70 Prozent, die sich Anfang der neunziger Jahre betrogen fühlen, sind es 2004 nur noch knapp 40 Prozent; dass man sich in der DDR unfrei und gefangen fühlte, meinen im selben Jahr nur noch 36 Prozent statt 54 Prozent zwölf Jahre zuvor. Der Anfang der neunziger Jahre den Menschen unterstellte Idealismus bröckelt allerdings ebenfalls, wie ein Vergleich der Befragungen 1992 und 2004 zeigt. Nur noch 65 Prozent statt 74 Prozent vertreten die Meinung, dass viele, die anfangs für den Sozialismus waren, etwas Gutes wollten, und auch der Anteil derjenigen, die meinen, mit dem Ende der DDR sei alles kaputt gegangen, woran man geglaubt habe, schmilzt von 44 Prozent auf 35 Prozent. Gleiches gilt für die Befürwortung des Statements, als Bürger der DDR habe man in ihren Gründungsjahren wieder an Ansehen gewinnen können (von 35 Prozent auf 27 Prozent).

Während sich Anfang der neunziger Jahre eine breite Mehrheit von 70 Prozent von der SED – auf welche Art und in welcher Hinsicht auch immer – betrogen fühlt, sinkt der Anteil nach der Jahrtausendwende auf etwa 40 Prozent. Offensichtlich hat sich im Zuge des Vereinigungsprozesses bei vielen Ostdeutschen auch die Beurteilung der SED-Politik verändert. Man taucht nun die für die Diktatur verantwortliche Partei ebenso in ein milderes Licht wie das eigene Verhalten, zumal der Anteil derjenigen, die meinen, man habe zu DDR-Zeiten überhaupt nicht die Wahl gehabt, für oder gegen die SED zu sein, wieder auf knapp 50 Prozent steigt. Diese Umfrageergebnisse sprechen dafür, dass viele Ostdeutsche in der Rechtfertigung und Verteidigung ihres eigenen Lebens gegenüber Kritik die SED und die DDR-Verhältnisse mit in Schutz nehmen. Die Strategie der PDS, jede Kritik an den diktatorischen Verhältnissen und den hierfür Verantwortlichen als einen pauschalen Angriff auf alle Ostdeutschen umzuinterpretieren, scheint bei einem beträchtlichen Teil der DDR-Bevölkerung erfolgreich zu sein.

Mit dem vergleichsweise milden Blick auf die dunklen Seiten der DDR korrespondiert bei vielen Ostdeutschen eine noch stärkere Betonung ihrer vermeintlich positiven Aspekte. Schon unmittelbar nach der Wiedervereinigung signalisieren Umfragen, dass eine breite Mehrheit die DDR als einen gescheiterten Versuch einer gerechten Gesellschaft ansah. Die Zahl

der Befürworter dieser Annahme steigt in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts auf knapp 73 Prozent; nur gut 7 Prozent lehnen sie entschieden ab. Diesem Ergebnis entspricht der in etwa gleich hohe Anteil, der der DDR positive und negative Seiten, wie sie in allen Staaten anzutreffen sind, zuspricht.

*Tabelle 3: Bewertung der DDR**

Antworten auf die Frage: Wie bewerten Sie heute die DDR?	Jahr	Ja	Teilweise	Nein
Sie war der Versuch, eine gerechtere Gesellschaft zu erreichen, der gescheitert ist.	1990	63,4	19,3	12,2
	1992	59,5	27,5	9,0
	1993	65,3	18,5	9,4
	1995	74,8	14,9	6,6
	1999	72,9	17,3	7,1
Sie hatte, wie alle Staaten, positive und negative Seiten.	1993	78,0	15,2	3,1
	1995	78,7	15,4	2,2
	1999	71,6	22,4	2,8

* Angaben in Prozent.

Datenbasis: Ident.

Quelle: Hofmann 2001, S. 435.

Das positive Gesamtbild geht Mitte der neunziger Jahre einher mit der Betonung der hohen sozialen Sicherheit, der Kinderfreundlichkeit, dem Zusammenhalt der Arbeitskollektive und der Relativierung von Überwachung, Gängelei und Gleichmacherei.

*Tabelle 4: Rechtssicherheit im geteilten und vereinten Deutschland**

	Deutschland				Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1994	1997	1998	2001	1994	1997	1998	2001	1994	1997	1998	2001
Früher in der DDR	8	12	12	13	3	7	5	8	27	35	35	31
Heute in Deutschland	67	66	63	56	77	75	74	65	26	28	22	24
Unentschieden, weiß nicht	25	22	25	31	20	18	21	21	47	37	37	45
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

* Antworten auf das Statement: „Wenn man von Rechtssicherheit spricht, dann meint man ja, dass man sich darauf verlassen kann, dass Gesetze für alle gelten, und dass die Rechtsprechung fair ist. Wenn Sie da einmal die frühere DDR und das heutige Deutschland miteinander vergleichen. Wo gab es bzw. gibt es mehr Rechtssicherheit, früher in der DDR oder heute in Deutschland?“ (Zahlen in Prozent).

Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Erstaunlicherweise liegt sogar der Anteil derjenigen, die von einer größeren Rechtssicherheit in der DDR sprechen, immer über dem Anteil derjenigen, die das Rechtssystem des vereinten Deutschlands präferieren. Auch in diesem Punkt stimmen die Westdeutschen mit ihren ostdeutschen Landsleuten nicht überein. Im Jahre 2001 hält knapp jeder dritte Ostdeutsche die Rechtssicherheit in der DDR für höher, aber nur jeder vierte die im wiedervereinten Deutschland. Eine relative Mehrheit von 45 Prozent kann oder will sich nicht festlegen. Unter den Westdeutschen gibt es zu diesem Zeitpunkt eine zwar seit Mitte der neunziger Jahre abnehmende, aber immer noch sehr breite Zwei-Drittel-Mehrheit, die dem wiedervereinten Deutschland mehr Rechtssicherheit zuspricht. Für die DDR entscheidet sich nur eine kleine Minderheit von 8 Prozent. Worauf sich das Misstrauen vieler Ostdeutscher gegenüber dem heutigen Rechtssystem gründet, kann nur vermutet werden. Wahrscheinlich sind einigen die Grundsätze eines Rechtsstaates nicht bekannt, andere haben vielleicht das Zivilrecht vor Augen, das in der DDR einfacher strukturiert war, wieder andere denken möglicherweise an Scheidungsverfahren, die in der DDR ebenfalls leichter möglich und im Ergebnis vorhersehbarer waren.

Befragt nach der Charakterisierung der DDR-Gesellschaft nennen – mit steigendem Anteil zwischen 1990 und 1995 – jeweils mehr als 70 Prozent der Ostdeutschen den Zusammenhalt der Arbeitskollektive, den Verfall der Altbauten, die Sportnation, die Kinderfreundlichkeit und die soziale Sicherheit – mithin, abgesehen von den maroden Altbauten, nur positive Dimensionen der DDR. Negative Aspekte wie wirtschaftliche Stagnation, totale Überwachung, Gängelei und Bevormundung oder Gleichmacherei heben nur – und dies mit abnehmender Tendenz im genannten Zeitraum – zwischen knapp 31 Prozent und knapp 47 Prozent hervor. Das Rollback in der Beurteilung der DDR setzt also bereits in der ersten Wiedervereinigungsphase ein, in der die meisten Ostdeutschen einen rasanten materiellen Zugewinn verbuchen können und der Angleichungsprozess gegenüber dem durchschnittlichen Wohlstand im Westen real etwa 80 Prozent bis 90 Prozent erreicht.⁵

Tabelle 5: Charakterisierung der DDR-Gesellschaft*

Frage: Was war Ihrer Meinung nach typisch für die DDR? Antwortvorgaben: (Auswahl)	Dezember 1990			November 1995		
	Ja	Teilw.	Nein	Ja	Teilw.	Nein
Soziale Sicherheit	61,9	30,2	3,6	87,9	9,1	0,6
Kinderfreundlichkeit				88,5	7,9	0,8
Sportnation	74,4	19,0	2,2	83,5	11,3	1,6
Verfall der Altbauten	81,6	12,6	1,9	74,6	16,8	2,7
Zusammenhalt der Arbeitskollektive				73,2	20,8	1,9
Wohnungsbau	24,0	55,1	16,3	46,7	40,8	8,4
Wirtschaftliche Stagnation	61,6	31,0	2,0	46,6	39,9	6,5
Totale Überwachung	72,6	19,4	5,0	42,0	36,2	17,3
Gängelung und Bevormundung	73,4	20,5	3,4	40,4	42,9	12,5
Gleichmacherei	44,8	32,7	7,3	30,8	43,8	18,1
Resignation	46,7	40,5	7,3	18,4	50,7	24,4

* Angaben in Prozent.

Datenbasis Ident.

Quelle: Hofmann 2001, S. 436.

Eine verklärende Sicht der Vergangenheit haben überraschenderweise nicht nur ältere ehemalige DDR-Bewohner verinnerlicht, sondern auch viele Jüngere schließen sich dieser Auffassung an. Die im privaten Umfeld überlieferten Erinnerungen an das Leben in der DDR prägen somit bis zu einem gewissen Grad die Geschichtsbilder derjenigen, die die DDR nur als Kinder oder gar nicht mehr erlebt haben. Ende 1990 vertritt etwa jeder zweite Ostdeutsche die Auffassung, der vorherrschende Umgang mit der DDR-Vergangenheit spiegele deren Wirklichkeit nicht angemessen wider und decke sich nicht mit ihrer Erinnerungswelt. Mehr als jeder Vierte empfindet den Umgang mit der DDR-Geschichte sogar als verletzend, jeder Zweite als teilweise verletzend. Das öffentlich angebotene Bild über den SED-Staat werten knapp 40 Prozent der Ostdeutschen als einseitig und zu negativ, ebenfalls knapp 40 Prozent als teilweise zu negativ. Dieses Unbehagen einer Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung am westlichen DDR-Bild setzt Mitte der neunziger Jahre ein, mithin genau zu dem Zeitpunkt, als der schnelle materielle Angleichungsprozess ins Stocken kommt. Über 55 Prozent der Befragten geben Ende des letzten Jahrhunderts an, die ständige Abwertung der DDR durch Medien und Politik erschwere das Zusammenwachsen von Ost und West; noch einmal knapp 30 Prozent stimmen dieser Aussage teilweise zu. Viele Ostdeutsche bedauern zu diesem Zeitpunkt weniger die unzulängliche Verfolgung von SED-Unrecht als die Verurteilung von DDR-Funktionsträgern.⁶

Dieser Trend einer vergleichsweise moderaten Beurteilung der dunklen Seiten der DDR und die Hervorhebung ihrer (vermeintlich) positiven sozialen bestätigt sich auch in qualitativen Interviews mit Bürgern aus den neuen Ländern. Zwar freut sich eine Minderheit von Ostdeutschen, die die DDR vor allem als repressiven Staat erlebt hat, über ihr Verschwinden, aber einige von ihnen und vor allem Vertreter der „Normalbevölkerung“ beklagen schmerzliche Verluste. „An erster Stelle geht es ihnen dabei um soziale Sicherheit und soziale Fürsorge: Sicherheit des Arbeitsplatzes, Krippen, Kindergärten, Berufstätigkeit der Frau, billige Mieten. Sie bedauern den Verlust eines berechenbaren, ruhigen Lebens, sie bedauern auch die geschwundene Gemeinsamkeit und Solidarität untereinander, jeder sei jetzt mehr und mehr ‚für sich‘ und müsse sich um die eigenen Interessen kümmern.“⁷

Viele Befragte äußern in Interviews zudem Verständnis für den Bau der Mauer als ökonomische Notwendigkeit des Überlebens der DDR und zeigen wenig Mitleid mit Flüchtlingen, die an der Grenze festgenommen, verletzt oder getötet wurden, denn diese hätten ja gewusst, welches Risiko sie eingingen. Für einige Befragte mutieren die Opfer sogar zu Tätern, denn sie hätten die potenziellen Mauerschützen gezwungen zu schießen. Insgesamt – so das Fazit von Annette Leo – „ist zu konstatieren, dass die repressive Seite des Systems nur von einem Teil der Befragten thematisiert worden ist und umgekehrt einige diese verharmlosen oder gar verteidigen“.⁸

Die meisten befragten Ostdeutschen haben immer noch keinen Bezug zu Freiheit und Demokratie; diese Grundwerte sind für sie kein Thema im Kontext ihrer Erinnerungen an die DDR. Dies korrespondiert mit der zum Teil empörten Zurückweisung der Bezeichnung „Diktatur“ für die DDR. Einige Befragte geben sogar an, sie hätten sich früher freier gefühlt als heute. „Das Aufgehobensein im Kreis einer Gemeinschaft als Moment von Freiheit weist auf einen ganz anderen Freiheitsbegriff hin als den, der in den westlichen Demokratien vorherrscht.“⁹

In der DDR wurde den Kindern von klein auf geradezu eingepflegt, Freiheit sei die Einsicht in die Notwendigkeit, wobei die Interpretation dessen, was notwendig ist, von der Partei diktiert wurde. Dem Individuum wurden von der SED zwar Rechte und Pflichten zugeordnet, jedoch keine individuellen Rechte, die jenseits des Erwartungshorizonts der Partei standen, und überhaupt keine, die die Rechte der Einzelnen gegenüber staatlichen Zumutungen geschützt hätten.

Über das Thema „Wahlen“ wird von den wenigsten Ostdeutschen von sich aus gesprochen. Wenn darüber diskutiert wird, dann bei einigen etwa in dem Sinne, man habe damals wie heute sein Kreuzchen irgendwo gemacht, denn Einfluss habe man weder damals noch heute ausüben können. Einige halten das DDR-Wahlsystem sogar für „überlegen“, weil es „übersichtlicher“ war und feierlicher begangen wurde. Eine demokratische Wahl als Wert an sich wird von den meisten zumindest explizit nicht gesehen. Durchgängig unterscheiden die Befragten implizit zwischen politischem System und Lebenswelt, stellen Letztere in den Vordergrund und relativieren oder ignorieren ersteres. „Wenn unsere Interviewpartner die DDR-Vergangenheit gegen pauschale Abwertung meinen verteidigen zu müssen, sprechen sie meist über ihre Lebenswelt und nicht über das politische System, mit dem sich nur eine Minderheit identifiziert und auseinandergesetzt hat, und das vielen ziemlich gleichgültig war. Da ihnen diese Unterscheidung jedoch selten bewusst ist, vermengen sie die Ebenen miteinander, so dass – im Extremfall – der Wahlfarce aufgrund ihres höheren Erlebniswertes nachgetrauert wird.“¹⁰

Nahezu alle in die Interviews einbezogenen Gesprächspartner stimmen darin überein, den Sozialismus für eine gute Idee zu halten, die in der DDR nur schlecht verwirklicht wurde. Immerhin sei die DDR gerechter gewesen, weil mehr Gleichheit bestanden habe. Sie solle nicht in einem Atemzug mit dem Nationalsozialismus genannt werden, selbst wenn die beiden Systeme differenziert dargestellt würden.

In der westdeutschen „Normalbevölkerung“ hat sich – wie sich 1989/90 herausstellen sollte – über die Jahrzehnte hinweg ein negatives DDR-Bild gehalten. Obschon viele Politiker, Publizisten und Wissenschaftler den SED-Staat seit den sechziger Jahren vor allem als eine Industriegesellschaft mit sozialem Anstrich und weniger als menschenfeindliches Herrschaftssystem ansahen, sich sogar kaum noch trautes, von ihr als Diktatur zu sprechen, hielt die Bevölkerungsmehrheit an ihrem distanzierenden Blick fest. „Als die DDR zusammenbrach, änderte sich schlagartig das westdeutsche Bild von ihr oder jedenfalls das, das durch die Medien vermittelt wurde. In der Bevölkerung selber dürfte sich [...] immer ein zutreffendes, wenn auch kaum noch laut artikuliertes Bild erhalten haben, das durch die vielen Besucher hüben und drüben neue Nahrung erhalten hatte.“¹¹ Die Medien – so der Eindruck von Wolfgang Schuller –, die vor 1989 eher ein „gemäßigt-positiv-positivistisches Bild“ von der DDR vermittelt hatten, produzierten nach dem Zusammenbruch der Diktatur nun

Sendungen, „die die DDR nur noch als Schreckensort darstellten, was sie ja nun auch nicht war“.¹²

Während viele Personen, die ehemals der DDR freundlich bis sympathisierend oder jedenfalls nicht ablehnend gegenüberstanden, ihre Meinung nach der Offenlegung der dunklen Seiten des SED-Staates änderten, beharrten andere „Freunde der DDR“ auf ihrem positiven Bild. Wolfgang Schuller erwähnt Peter Rühmkorf, einen im linken bis liberalen Milieu durchaus angesehenen Schriftsteller, der in einem Tagebuch¹³ seine fortgesetzte Sympathie für den diktatorischen deutschen Teilstaat unmissverständlich zu Papier brachte. Er scheut sich sogar nicht zu bedauern, dass die Verantwortungsträger in der Partei und der Staatssicherheit „in der Stunde der Entscheidung“ keinen Gebrauch vom Schwert machten, was Wolfgang Schuller als markig-martialisch empfindet: „Eisern gehütet! Hand am Schwert! Stunde der Entscheidung! Hätte sich der DDR-Sozialismus im Rühmkorfschen Sinne verhalten, nämlich weder verwurmt noch schwammig noch flackerig, der 9. Oktober 1989 in Leipzig wäre anders ausgegangen.“¹⁴ Rühmkorf schreckt selbst vor Beschimpfungen und Herabwürdigungen gegenüber DDR-Bürgerrechtlern nicht zurück. So bezeichnet er die Arbeiten von Biermann als „literarische Falschmünzerei und ewige DDR-Rabatte“ und nennt den aus der DDR vertriebenen und auch noch in der Bundesrepublik von inoffiziellen Mitarbeitern des MfS überwachten und malträtierten Jürgen Fuchs „Honorar-Dissident“. Gleichzeitig leert er – so Wolfgang Schuller – geradezu Hasskübel über den Wert „Freiheit“ aus. In solch ideologischer Weise äußerten sich freilich offiziell nur wenige ehemalige DDR-Sympathisanten, wenngleich zu vermuten steht, dass eine ganze Reihe von ihnen gleich oder ähnlich denkt.

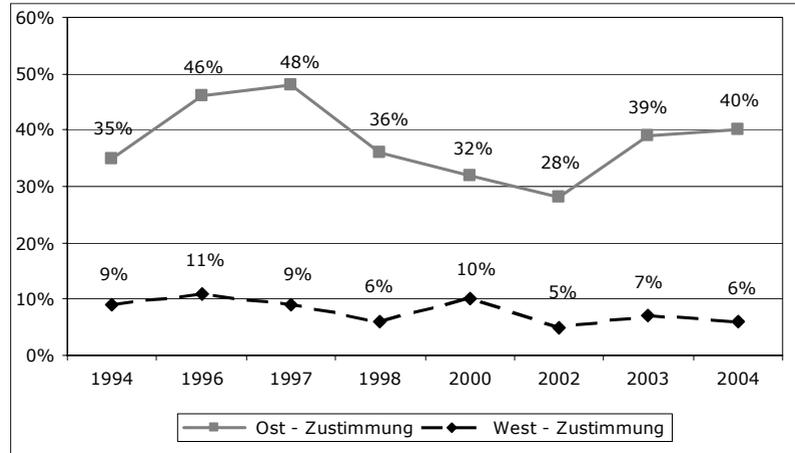
Verglichen mit den Positionen ehemaliger Verantwortungsträger der SED-Diktatur und ihrer Sympathisanten im Westen fallen die Bewertungen der DDR in der ostdeutschen „Normalbevölkerung“ moderater aus, auch wenn viele von ihnen die frühere Staatspartei in Schutz nehmen und nicht gerade Sympathien für Bürgerrechtler hegen. Nun sind rückblickend positive Bewertungen des eigenen Lebens und seines Umfeldes nichts Außergewöhnliches und beileibe kein nur auf Ostdeutsche bezogenes Phänomen. Generell neigen die meisten Menschen mit zunehmendem Alter dazu, im Rückblick auf die Vergangenheit eher die positiven als die negativen Aspekte zu betonen – zumindest, wenn sie nicht durchweg oder nachhaltig negative Erfahrungen gemacht haben. Was auf der

individuellen Ebene hinnehmbar ist, erweist sich jedoch als problematisch, wenn die positive Beurteilung des eigenen Lebens mit einem schöngefärbten Bild der Gesellschaft einhergeht. Die Differenzierung zwischen Lebenswelt und Systemgeschichte fällt gerade den Menschen, die in einer von totalitären Ansprüchen geprägten und geformten Gesellschaft gelebt haben, schwerer als denen, die in einer offenen und pluralistischen Umwelt sozialisiert wurden.

Verschiedene Umfrageergebnisse verdeutlichen, dass sich in den letzten Jahren bei einer breiten Mehrheit der Ostdeutschen der positive Blick auf die DDR erneut verstärkt hat. Parallel hierzu beginnen die Westdeutschen, ihr Leben vor der Wiedervereinigung stärker zu loben. Vor allem spürt eine absolute Mehrheit im Westen die jahrelange Stagnation ihres Wohlstandes und ihre Reallohnverluste aufgrund der hohen Vereinigungskosten. So sagen Ende des Jahres 2008 nur 54 Prozent der Ostdeutschen und 32 Prozent der Westdeutschen, es gehe ihnen heute besser als vor der Wiedervereinigung.¹⁵

Die im Zeitverlauf positivere Betrachtung der DDR findet auch Niederschlag in einer besseren Gesamtbeurteilung: 40 Prozent der Ostdeutschen attestieren ihrem ehemaligen Staat im Jahre 2004, mehr gute als schlechte Seiten gehabt zu haben. Mit diesem Urteil stimmen indes nur 6 Prozent der Westdeutschen überein. Ein großer Anteil der Ostdeutschen kreuzt bei dieser Umfrage „teils/teils“ an, schreibt der DDR also sowohl gute als auch schlechte Seiten zu. Insgesamt liegt der Anteil derer, die mehr schlechte als gute Seiten sehen, deutlich unter dem, der das gegenteilige Urteil abgibt.¹⁶

Schaubild 2: „DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“*



* Antworten „stimme (eher) zu“ und „stimme voll und ganz zu“ auf die Aussage „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“.
 Datenbasis: Trafo-Querschnitt-Datensatz, EMNID-Zusatzbefragung 2000, Konrad-Adenauer-Stiftung Herbststudien 1996 und 1997, Deutsche Teilstudien des European Social Survey 2003 und 2004.
 Quelle: Neller, 2006, S. 352.

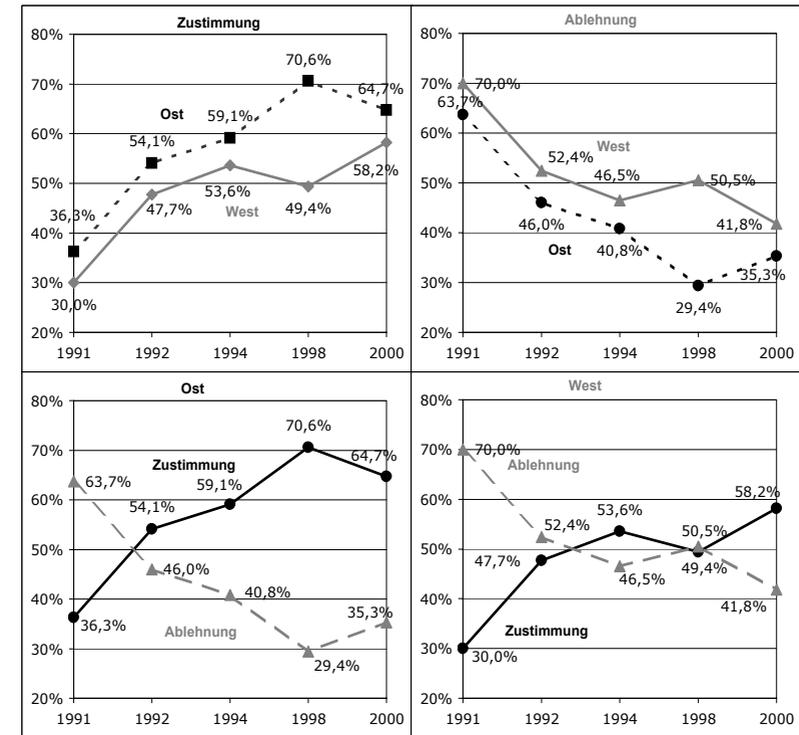
Der von einer Mehrheit der Ostdeutschen – und inzwischen auch der Westdeutschen – gewünschte Schlussstrich unter die Betrachtung der dunklen Seiten der DDR-Vergangenheit bestätigt sich in der wachsenden Zustimmung zum Statement „Man sollte endlich aufhören danach zu fragen, ob jemand während des alten DDR-Regimes für die Stasi gearbeitet hat oder nicht.“

Der Anteil derjenigen, die in Ostdeutschland die Stasi-Vergangenheit ruhen lassen wollen, steigt von gut 36 Prozent im Jahre 1991 auf knapp 65 Prozent im Jahre 2000 (West: von 30 Prozent auf gut 58 Prozent). Wie aus obigem Schaubild ersichtlich wird, plädiert bereits zwei Jahre nach der Vereinigung eine absolute Mehrheit der ostdeutschen Befragten für einen entsprechenden Schlussstrich. Zwei Jahre später schließt sich auch eine Mehrheit der Westdeutschen dieser Auffassung an (vgl. Schaubild 3).

Der Anteil derjenigen, die in Ostdeutschland die Stasi-Vergangenheit ruhen lassen wollen, steigt von gut 36 Prozent im Jahre 1991 auf knapp 65 Prozent im Jahre 2000 (West: von 30 Prozent auf gut 58 Prozent). Wie aus obigem Schaubild ersichtlich wird, plädiert bereits zwei Jahre

nach der Vereinigung eine absolute Mehrheit der ostdeutschen Befragten für einen entsprechenden Schlussstrich. Zwei Jahre später schließt sich auch eine Mehrheit der Westdeutschen dieser Auffassung an.

Schaubild 3: Nicht nach Stasi-Vergangenheit fragen?*



* Aussage: „Man sollte endlich aufhören danach zu fragen, ob jemand während des alten DDR-Regimes für die Stasi gearbeitet hat.“ – Zustimmung: „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“; Ablehnung: „stimme eher nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“.
 Quelle: Kumulierter Allbus 1980-2004.

Deutliche Differenzen in der Beurteilung zwischen Ost und West zeigen sich bereits Mitte der neunziger Jahre bei der Allensbach-Frage, ob die Kindergärten in der DDR gebraucht wurden, um die Kinder zu indoktrinieren und sie politisch massiv zu beeinflussen. Dem stimmen knapp zwei Drittel im Westen, aber nur 16 Prozent im Osten zu.¹⁷ Obschon unstrittig sein dürfte, dass die Kinder in der DDR von klein auf politisch und ideologisch beeinflusst bzw. nach entsprechenden Vorgaben erzogen werden sollten, und nur offen bleibt, inwieweit mit welchen Wirkungen

dies umgesetzt wurde, gesteht dies nur eine kleine Minderheit der Ostdeutschen zu. Eine breite Mehrheit möchte offensichtlich keinen Schatten auf die „soziale Errungenschaft“ der flächendeckenden Kinderbetreuung in der DDR fallen lassen. Gleichzeitig würde bei einer Bejahung ihr eigenes Verhalten in Misskredit geraten, obschon sie keine wirkliche Alternative zur angebotenen staatlichen Kinderbetreuung hatte. Hier wird die Schnittmenge von System und Lebenswelt sichtbar, die es vielen Ostdeutschen erschwert, ein generell ablehnendes Urteil über die DDR zu treffen. Schließlich habe man für sich und seine Familie ja immer nur das Beste gewollt.

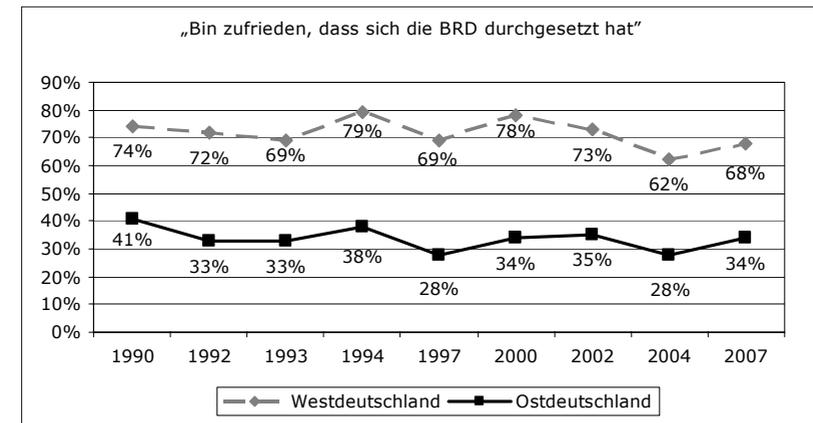
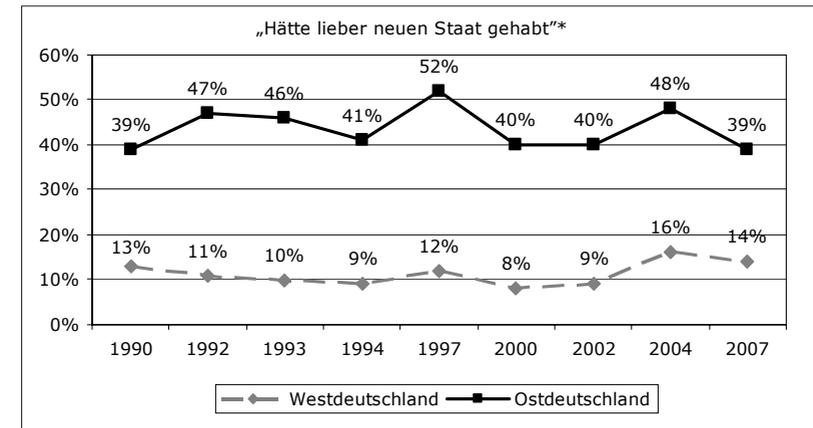
Eine annähernd gleich hohe Differenz ergibt sich bei dieser Umfrage hinsichtlich der Bewertung des Statements „Der SED-Staat war ein Unrechtsstaat“. Knapp drei Viertel der Westdeutschen, aber nur ein Drittel der Ostdeutschen bejahen dies. Erneut gelingt vielen Ostdeutschen vermutlich nicht die Unterscheidung zwischen System und eigenen Erlebnissen. Viele, die sich mit dem diktatorischen System arrangiert und keine negativen Erfahrungen mit dem Rechtssystem der DDR gemacht haben, schließen von ihren eigenen Erfahrungen auf das System des Rechtswesens an sich. Die Minderheit von Ostdeutschen, die aus politischen Gründen das von der SED diktierte und gelenkte Recht kennen lernen durfte, und diejenigen, die über ihre eigene Erfahrung hinaus urteilen, gelangen sicherlich zum entgegengesetzten Ergebnis.¹⁸

Die Beurteilung der DDR – und der alten Bundesrepublik – hat unmittelbare Bedeutung für die Zufriedenheit mit dem politischen und gesellschaftlichen System des wiedervereinigten Deutschlands, da sich Vergleichsfolien entwickelt haben, die weniger realen als vielmehr fiktiven Bezug haben. Es besteht durchaus die Gefahr, dass viele, die der DDR nachtrauern oder sie nostalgisch verklärt einordnen, an das heutige System nicht erfüllbare Ansprüche stellen bzw. nicht den Zusammenhang verschiedener Dimensionen einer Gesellschaft erkennen.

Selbst wenn viele Ostdeutsche weniger der realen denn einer idealisierten DDR nachtrauern, zeigen sie sich skeptisch gegenüber dem politischen System und der Gesellschaftsordnung des vereinten Deutschland, an dem sie „ihre DDR“ messen. Das gegenüber den Westdeutschen deutlich positivere Bild der DDR geht bei vielen Ostdeutschen, mitunter sogar bei einer Mehrheit von ihnen, mit einem skeptischen Blick auf das vereinte Deutschland einher.

Westdeutsche setzen mehrheitlich spätestens seit Ende der fünfziger Jahre großes Vertrauen in ihr Gesellschaftssystem, wobei Demokratie und Marktwirtschaft gleichermaßen hohe Zustimmungswerte verbuchen konnten. Nachdem auch die Generation der 68er von ihrer linksradikalen Kritik abrückte und einige von ihnen sogar Regierungsverantwortung auf Bundesebene übernahmen, verharrt die generelle Zustimmung zum System auf hohem Niveau, mit allerdings seit der Vereinigung abnehmender Quote.

Schaubild 4: Neue Staatsform?*



* Antworten auf das Statement: „Kürzlich sagte uns jemand: ‚Bei der Wiedervereinigung wurde wirklich die Chance vergeben, eine neue Staatsform zu schaffen, in der Marktwirtschaft, Menschlichkeit und Sozialismus miteinander verbunden werden.‘ Hätten Sie auch lieber einen neuen Staat gehabt, oder sind Sie zufrieden, dass sich die Staatsform der Bundesrepublik durchgesetzt hat?“

Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach.

Schon im Vereinigungsjahr wünschen sich nahezu ebenso viele Ostdeutsche, die zufrieden sind, dass sich das bundesrepublikanische Modell durchgesetzt hat, eine neue Staatsform, in der Marktwirtschaft, Menschlichkeit und Sozialismus miteinander verbunden werden. Diese Idee eines demokratischen Sozialismus favorisierte 1997 sogar eine absolute Mehrheit. Inzwischen liegt der Anteil nach einem vorübergehenden Anstieg im Jahr 2004 wieder auf dem Niveau des Vereinigungsjahres. Einige Prozentpunkte weniger sind in den neuen Ländern zufrieden, dass sich die Bundesrepublik durchgesetzt hat. In Westdeutschland oszilliert die Quote derjenigen, die lieber einen neuen Staat gehabt hätten, um die zehn Prozentmarke. Gefallen ist der Anteil für die Bundesrepublik, wenngleich zwischen 2004 und 2007 der Zuspruch hierfür wieder größer wurde. Im Ergebnis steht eine relative Mehrheit der Ostdeutschen, die sich einen neuen Staat wünschen, einer breiten absoluten westdeutschen Mehrheit gegenüber, die immer noch mit dem politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik zufrieden ist.

Als Fazit der Auswertung von Befragungen zur Bewertung der DDR kann ein widersprüchliches Bild in Ost und West konstatiert werden. Es gibt weder ein Einvernehmen zwischen den ehemaligen Bewohnern der beiden Teilstaaten noch unter den Ostdeutschen selber. Dabei steht eine breite Mehrheit der Westdeutschen, die die DDR als Diktatur grundsätzlich ablehnen und überwiegend negative Seiten sehen, einer Mehrheit der Ostdeutschen gegenüber, die ihre individuelle Erinnerungswelt in den Vordergrund rückt, die negativen Seiten der DDR weitgehend ausblendet und die positiven, vornehmlich die so genannten sozialen Errungenschaften unkritisch hervorhebt. Da die nostalgische Verklärung der DDR bei einer beträchtlichen Minderheit mit einer Nicht-Verbundenheit mit dem vereinten Deutschland korrespondiert, erweist sich seit geraumer Zeit die „Ostalgie“ als eines der zentralen Hindernisse für das Zusammenwachsen der Deutschen. Abgesehen von einigen Übereinstimmungen – etwa der positiven Bewertung des 9. November 1989 als Tag des Mauerfalls und als Tag der spontanen Freude – existieren offensichtlich als Folge unterschiedlicher Erfahrungen in Deutschland zwei „Diskurskulturen“, wie Joachim Gauck in einem Vortrag über „Gemeinsamkeiten der Erinnerung im vereinten Deutschland“ konstatiert.¹⁹

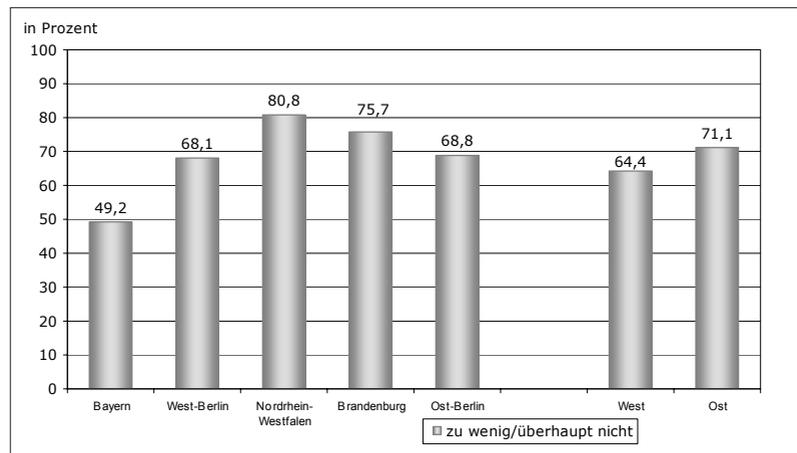
DAS DDR-BILD VON SCHÜLERN

Um beantworten zu können, ob sich Urteile und Kenntnisse über die DDR und das geteilte Deutschland zwischen jüngeren Menschen und älteren Generationen unterscheiden, ob sich das Geschichtsbild bei Jugendlichen in den neuen und den alten Ländern angeglichen hat bzw. ob und wo unterschiedliche Sichtweisen auf Systeme und Lebenswelten dominant sind, wurden in einem umfangreichen Projekt des Forschungsverbunds SED-Staat der FU Berlin mehr als 5.200 Schüler in vier Ländern – Bayern, Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen²⁰ – nach ihrer Meinung über die DDR als Staat und Gesellschaft gefragt. Außerdem sollten sie die beiden deutschen Teilstaaten vergleichend bewerten und einige Wissensfragen über die DDR beantworten.²¹ Die Mehrzahl der Schüler war zum Zeitpunkt der Befragung 16 oder 17 Jahre alt, das Ost-West-Verhältnis betrug in etwa 2:1. Mehr als die Hälfte besuchte ein Gymnasium, fast jeder Vierte eine Gesamtschule, zwei kleinere Gruppen in Bayern eine Real- oder Hauptschule. Ergänzt wurde die Befragung durch Gespräche mit etwa 300 Schülern und einigen Lehrern.

Die Befragten ordnen sich etwa zur Hälfte politisch der Mitte zu, etwa 40 Prozent fühlen sich dem linken und nicht einmal 10 Prozent dem rechten Spektrum mehr oder weniger zugehörig. Die politische Mitte wird am häufigsten von bayerischen, am seltensten von nordrhein-westfälischen Schülern favorisiert; entsprechend sind im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen und den anderen Ländern in Bayern die wenigsten Schüler „links“ eingestellt. Die altersspezifischen Unterschiede fallen in der politischen Einstellung eher gering aus, die geschlechtsspezifischen etwas größer. Mädchen sind im rechten Lager unterrepräsentiert und in der politischen Mitte und dem gemäßigten linken Lager leicht überdurchschnittlich vertreten. Das linke Spektrum erfreut sich bei Gymnasiasten, das rechte bei Haupt- und Realschülern überdurchschnittlicher Beliebtheit.

Die DDR in Schule und Familie

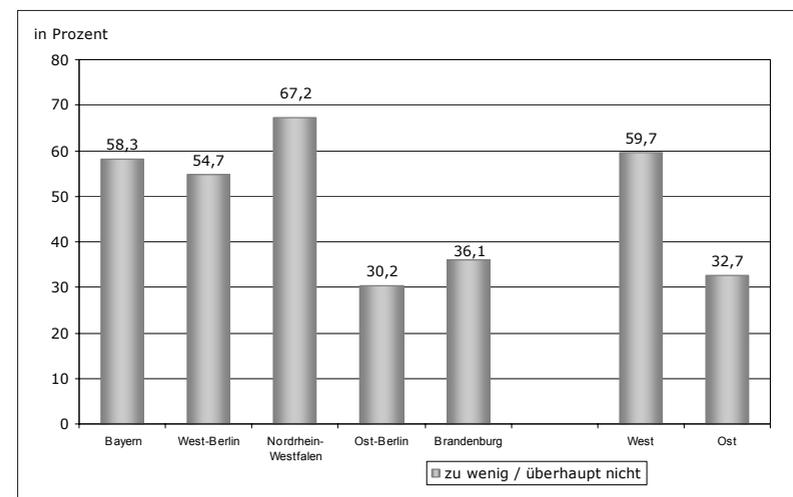
Schaubild 5: Behandlung der DDR in der Schule nach Ländern/Regionen*



* Antworten auf die Frage: „In der Schule wurde die DDR behandelt...“.

Ihre Kenntnisse über die DDR und das geteilte Deutschland bezieht nur eine Minderheit der befragten Jugendlichen vor allem aus der Schule. Insgesamt sagen zwei Drittel, sie hätten in der Schule zu wenig oder gar kein Wissen über den SED-Staat erworben. Allerdings gibt es deutliche regionale Unterschiede: In Nordrhein-Westfalen geben über 80 Prozent der Schüler an, im Schulunterricht wenig oder nichts über die DDR zu erfahren, in Bayern dagegen nur knapp 50 Prozent. Folgerichtig vermuten nicht einmal 20 Prozent, viel über die DDR zu wissen. Selbst in Bayern attestieren sich nur 27 Prozent einen hohen Wissensstand.²⁰ Erwartungsgemäß wird in ostdeutschen Familien deutlich häufiger über die DDR gesprochen als in den drei westlichen Untersuchungsregionen. Alle Schüler, unabhängig von Herkunft, Schultyp und Geschlecht, kennen aber Filme über die DDR und beziehen hieraus – mehr oder weniger unbewusst – offenbar einen Großteil ihrer (vermeintlichen) DDR-Kenntnisse. Zum Zeitpunkt der Befragung waren „Sonnenallee“ und „Good bye Lenin“ meistgesehene Spielfilme bei den Jugendlichen; der Film „Das Leben der Anderen“ gelangte erst später in die Kinos.

Schaubild 6: Gespräche über die DDR in der Familie nach Ländern/Regionen*



* Verneinende Antworten auf die Frage nach Gesprächen über die DDR in der Familie.

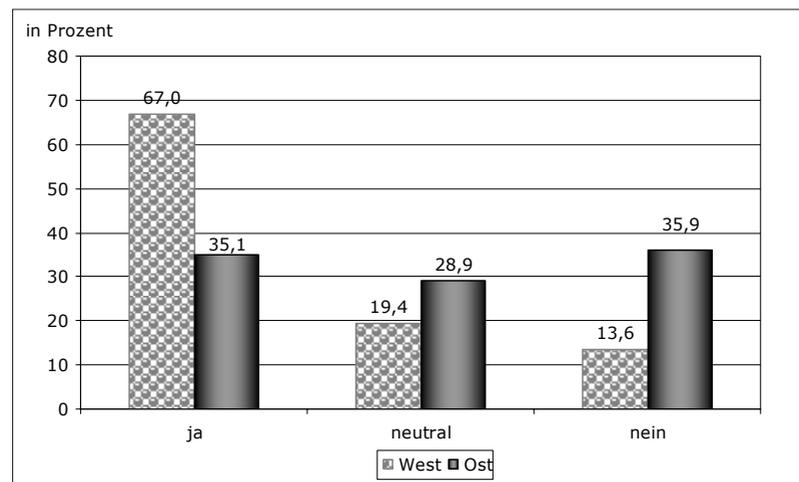
Erfreulicherweise bestehen kaum wechselseitige Animositäten zwischen den Schülern aus den alten und den neuen Ländern. Im Westen gibt es allerdings einen deutlich höheren Anteil von vorwiegend männlichen Schülern, die mit ihren Altersgenossen aus Ostdeutschland prinzipiell nichts zu tun haben wollen. Insgesamt hat nur etwa jeder siebte westdeutsche Jugendliche generelle Vorbehalte gegen seine ostdeutschen Landsleute. In West-Berlin liegt der Anteil jedoch deutlich höher. Immerhin knapp jeder Fünfte, unter den Jungen sogar knapp jeder dritte, lehnt hier einen Kontakt mit Ostdeutschen ab.²³ Ost-Berliner sind ebenso wie Brandenburger Schüler den Westdeutschen gegenüber offener, nur jeder zwanzigste wünscht keinen Kontakt zu Westdeutschen.

Die Auswertung der Sichtweisen auf die alte Bundesrepublik und die DDR ergab ein gespaltenes Bild: Eine Mehrheit der ostdeutschen Schüler favorisiert bei vielen Aspekten des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens die DDR, während die westdeutschen Schüler zumeist die alte Bundesrepublik im Vorteil sehen.²⁴

Viele Ostdeutsche bewerten die beiden deutschen Staaten als gleichrangig, indem sie dem einen Staat diese, dem anderen jene Vorzüge

und Nachteile zuordnen. Den Gegensatz von Demokratie und Diktatur ebenso wie den von Freiheit und Unfreiheit heben sie in der Behauptung auf, die beiden Staaten seien zwar anders gewesen, aber keiner könne als besser oder schlechter beurteilt werden. Diese zugespitzte Äquidistanz gegenüber der DDR und der Bundesrepublik wird von vielen ostdeutschen Schülern geteilt. Nur gut ein Drittel der ostdeutschen Jugendlichen – gegenüber zwei Dritteln im Westen – beurteilt das bundesdeutsche System vor 1989 ausdrücklich besser als das der DDR.

Schaubild 7: Vor 1989: BRD besser als DDR nach Regionen*



* Stellungnahmen zu der Aussage: „Die Bundesrepublik vor 1989 war zwar anders, aber auch nicht besser als die DDR.“
Im Schaubild wurden die Antworten umgepolt.

Die Bewertung der DDR-Gesellschaft

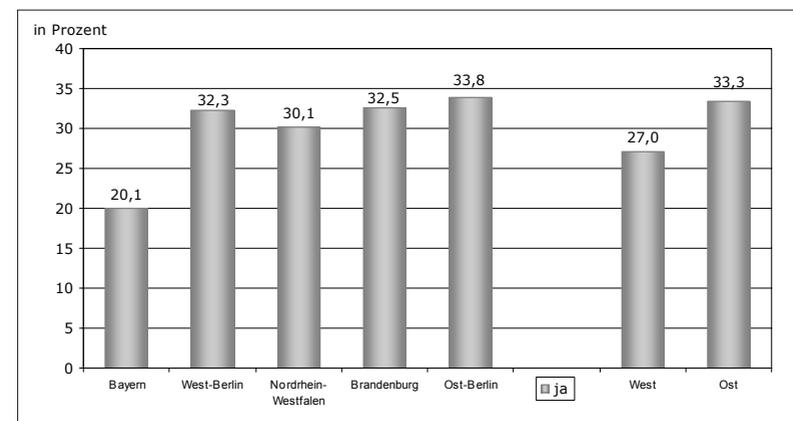
Neben der vergleichenden Bewertung von alter Bundesrepublik und DDR wurde das konkrete Urteil über ausgewählte Dimensionen der DDR ermittelt, um den Blick auf Politik und Gesellschaft der DDR zu erforschen. Gefragt wurde nach der Einschätzung von Sozial- und Wirtschaftspolitik, von Schule und Alltag, Jugend und Familie sowie nach der Außenpolitik und generell nach dem Charakter von Diktatur und Repression.

Die Schüler loben vor allem die SED-Sozialpolitik in ihren verschiedenen Facetten. Nur gut 30 Prozent in den westlichen und sogar nur etwa 15 Prozent in den östlichen Untersuchungsregionen fällen über sie ein nega-

tives Urteil.²⁵ Vor allem die in der DDR herrschende Arbeitsplatzsicherheit wird von einer absoluten Mehrheit begrüßt. Hierfür würden die Schüler sogar einen geringeren Lohn in Kauf nehmen. In den Gesprächen wurde deutlich, dass dieses positive Urteil in erster Linie Resultat aktueller Zukunftsängste vieler Jugendlicher ist. Die negativen Seiten dieser „sozialen Sicherheit“ – die Pflicht zur Arbeit und drohende Sanktionen bis hin zur Verurteilung eines mehrjährigen Aufenthalts in Arbeitserziehungslagern – waren den meisten Schülern und vielen Lehrern nicht bekannt.

Etwas skeptischer betrachten die Jugendlichen die Wirtschaftspolitik: Etwa jeder vierte ost- und gut jeder zehnte westdeutsche Schüler beurteilt die erfragten Aspekte der zentralistischen Planwirtschaft durchgängig positiv, und nur etwa jeder vierte ost- und knapp jeder zweite westdeutsche lehnt sie durchweg ab.²⁶ Wer sich nicht negativ über die Wirtschaftspolitik der DDR äußert, befürwortet weniger die seinerzeitige Realität als vielmehr einen höheren Einfluss des Staates auf die Wirtschaft. Die Interpretation bestätigt sich durch die Antworten auf die Behauptung, „Die Wirtschaft könne nur gut funktionieren, wenn der Staat alles plant und lenkt“. Dieser für die Kennzeichnung der SED-Wirtschaftspolitik geläufigen Formel widerspricht nicht einmal die Hälfte der Befragten, knapp ein Drittel begrüßt sogar solch einen weitgehenden Staatseingriff.

Schaubild 8: Staatliche Planwirtschaft als Funktionsprinzip nach Ländern/Regionen*



* Zustimmende Antworten auf die Aussage: „Die Wirtschaft kann nur gut funktionieren, wenn der Staat alles plant und lenkt.“

Ein etwas anderes Bild zeigen die Ergebnisse des Komplexes „Schule und Alltag“. Nur knapp jeder zehnte Schüler – gut 4 Prozent im Westen, aber gut 16 Prozent im Osten – kann der Gestaltung von Schule und Alltag in der DDR etwas Positives abgewinnen. Eine absolute Mehrheit äußert sich kritisch, aber knapp jeder Dritte gelangt nicht zu einem durchgängigen Urteil, sieht einiges positiv, anderes negativ.²⁷ Das vergleichsweise milde Urteil über die DDR resultiert im Wesentlichen aus der (falschen) Annahme vieler Schüler, mit entsprechenden schulischen Leistungen hätte jeder in der DDR Abitur machen und anschließend studieren können.

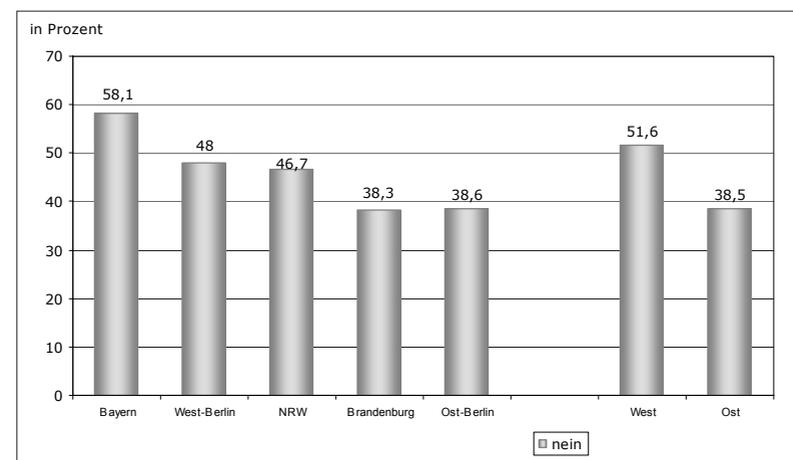
Deutlich kritischer sehen die Jugendlichen die verschiedenen Aspekte von Jugend in der DDR. Eine sehr breite Mehrheit möchte den Bedingungen jugendlichen Lebens, wie es in der DDR üblich war, nicht ausgeliefert sein. Selbst in den beiden ostdeutschen Regionen spricht sich eine gute absolute Mehrheit dagegen aus.²⁸ Erfreulicherweise möchte sich eine sehr breite Mehrheit – gleichermaßen im Osten wie im Westen – nicht einer Gemeinschaft oder Gruppe unterordnen, sondern hält es für wichtiger, die eigene Persönlichkeit zu entwickeln. Positiv formuliert lässt sich konstatieren, dass die meisten Schüler Individualität verbunden mit Freiheit favorisieren und eine verordnete Ein- und Unterordnung in ein Kollektiv ablehnen.

In den drei Skalen zum politischen System und zu den Herrschaftsverhältnissen schneidet die DDR nur bei der Außenpolitik, die den meisten Schülern eher fremd ist, zumindest im Gesamtergebnis einigermaßen gut ab. Eine knappe Hälfte, unter ihnen überdurchschnittlich viele ostdeutsche, Gesamtschüler und Jüngere, lobt ausdrücklich die Außenpolitik der SED oder nimmt eine neutrale Haltung ein, insbesondere bayerische lehnen sie dagegen durchgängig ab.²⁹

Der Diktaturcharakter der DDR wird in der öffentlichen Diskussion nur von wenigen – zumeist aus dem Umfeld der Partei Die Linke und ehemaligen SED-Funktionären und -Ideologen – bestritten.³⁰ Sie halten ihren untergegangenen Staat zwar für eine Diktatur des Proletariats, interpretieren die „Diktatur“ aber als Herrschaft einer breiten Mehrheit über eine kleine Minderheit, mithin als „Volksdemokratie“. Diese dialektische Betrachtung findet unter Schülern wenig Gehör. Fast drei Viertel der Befragten wenden sich gegen jede Form der Verharmlosung diktatorischer Verhältnisse und nur etwa 5 Prozent können der Diktatur Positives abgewinnen, aber immerhin gut 20 Prozent äußern sich unentschieden.³¹

Am stärksten lehnen bayerische Schüler (84,8 Prozent), am wenigsten Brandenburger (63,5 Prozent) die Diktatur ab. Vor allem Gesamt- und Hauptschüler fallen durch überdurchschnittlich viele positive oder unentschiedene Einschätzungen auf. Insbesondere bei den Fragen zur führenden Rolle der SED und nach der Legitimation des SED-Staates durch freie Wahlen zeigen sich viele, besonders jüngere Schüler verunsichert, was sich in hohen Anteilen neutraler Antworten niederschlägt. Unter dem Strich widerspricht nicht einmal die Hälfte – im Osten und unter Gesamtschülern deutlich weniger als im Westen und unter Gymnasiasten – der Behauptung, die DDR-Regierung sei durch demokratische Wahlen legitimiert gewesen.

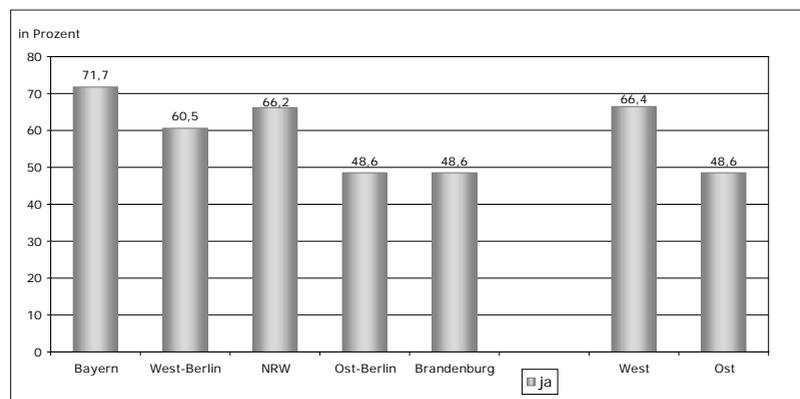
Schaubild 9: Keine demokratische Legitimation der DDR-Regierung nach Ländern/Regionen*



* Verneinende Stellungnahmen zu der Aussage: „Die Regierung der DDR war durch demokratische Wahlen legitimiert.“

Etwa zwei Drittel der Schüler in den drei westlichen Regionen erkennen den Diktaturcharakter des SED-Staates, aber nicht einmal die Hälfte in den beiden östlichen, d.h. eine absolute Mehrheit der Brandenburger und Ost-Berliner und immerhin ein Drittel der westdeutschen Schüler bezeichnen die DDR nicht ausdrücklich als eine Diktatur. Da offensichtlich viele Jugendliche nicht in der Lage sind, eine klare Trennlinie zwischen Demokratie und Diktatur zu ziehen, resultiert dieses Ergebnis nicht zuletzt aus dem mangelhaften Wissen vieler Schüler über den Zusammenhang zwischen Demokratie und freien Wahlen.

Schaubild 10: Die DDR war eine Diktatur nach Ländern/Regionen*



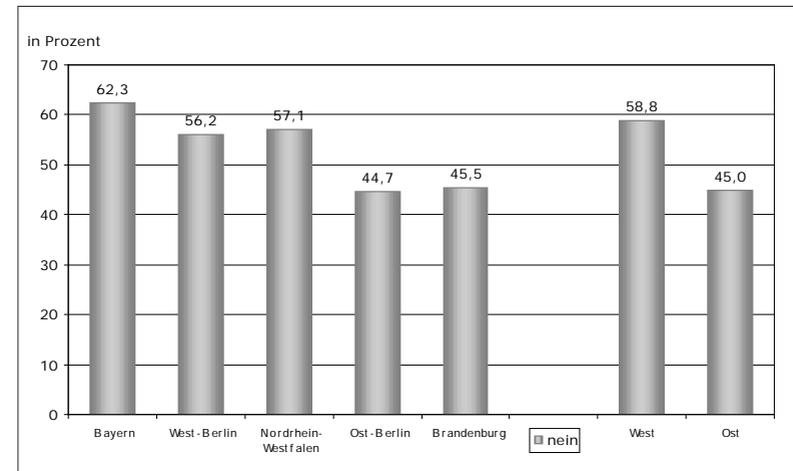
* Stellungnahmen zu der Aussage: „Die DDR war keine Diktatur – die Menschen mussten sich nur wie überall anpassen.“

Im Schaubild wurden die Antworten umgepolt.

Die deutlichste Ablehnung erfährt die Verharmlosung oder Relativierung der repressiven Seite der DDR. Gleichwohl steht der breiten Mehrheit, die die Unterdrückung in der DDR verurteilt, ein knappes Viertel – mit überdurchschnittlichen Anteilen von ostdeutschen sowie Haupt- und Gesamtschülern – gegenüber, das zumindest einige Aspekte von Verfolgung und Unterdrückung Andersdenkender nicht ablehnt oder ihnen sogar zustimmt.³²

Die Stasi bewerten viele Schüler, vor allem ostdeutsche sowie Haupt- und Gesamtschüler, relativ positiv: Nur etwa jeder Zweite verneint die Behauptung, das MfS sei ein Geheimdienst gewesen, wie ihn auch ein demokratischer Staat hat. Dass viele ostdeutsche Schüler MfS-Aktivitäten verharmlosen, überrascht angesichts der Wahlerfolge ehemaliger Inoffizieller Mitarbeiter und der mitunter anzutreffenden Gleichgültigkeit gegenüber der Vergangenheit dieses Personenkreises nicht. Manche westdeutsche, besonders bayerische Hauptschüler, assoziieren mit diesem Geheimdienst dagegen Agentengeschichten à la James Bond.

Schaubild 11: MfS ein normaler Geheimdienst nach Ländern/Regionen*



* Ablehnende Antworten auf die Aussage: „Die Stasi (Ministerium für Staatssicherheit der DDR) war ein Geheimdienst, wie ihn jeder Staat hat.“

Im Gesamtbild sieht eine breite Mehrheit der befragten Jugendlichen die DDR überwiegend negativ, aber immerhin knapp 40 Prozent legen sich nicht fest oder haben ein durchgängig positives Bild. Zu letzteren gehören überdurchschnittlich viele ostdeutsche sowie Haupt- und Realschüler. In diesen drei Teilgruppen beträgt der Anteil der negativen Stimmen nur etwa 40 Prozent.³³

Deutschstämmige, ostdeutsche sowie Gesamtschüler haben den mildesten Blick, Gymnasiasten und westdeutsche Schüler mit den bayerischen und den Schülerinnen eines Mädchengymnasiums in Nordrhein-Westfalen an der Spitze dagegen die kritischste Sicht. Das positivste Bild der DDR zeichnen Anhänger der Linkspartei/PDS und der NPD, das negativste Sympathisanten der Bündnis-Grünen. Zu einem härteren Urteil neigen Schüler, die nach eigenem Eindruck viel über die DDR wissen sowie diejenigen, die im Schulunterricht dieses Thema ausführlicher behandelt haben. Erwartungsgemäß haben ostdeutsche Schüler, die „Wessis“ gegenüber generelle Vorbehalte hegen, ein sehr positives DDR-Bild, westdeutsche mit gleichen Vorurteilen gegenüber „Ossis“ betrachten die DDR dagegen ähnlich wie ihre vorurteilsfreien Schülerkollegen.

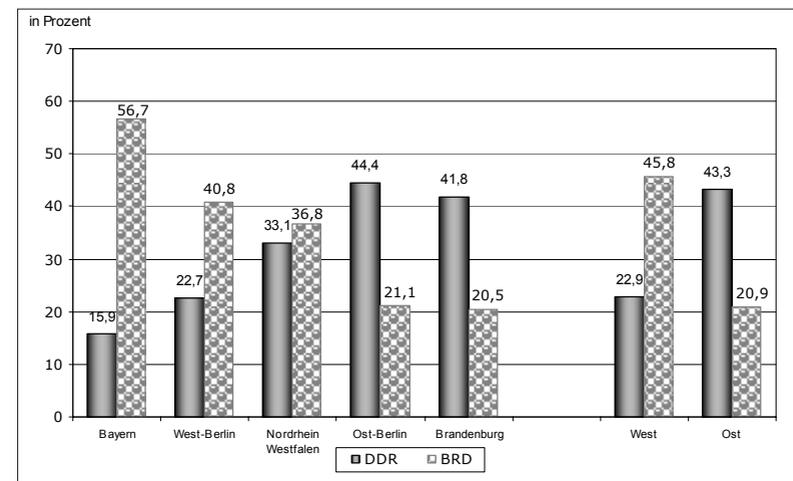
Trotz des vor allem durch die Herkunft und den besuchten Schultyp stark gespaltenen Blicks kann festgehalten werden, dass eine solide absolute Mehrheit der Schüler die DDR kritisch bzw. negativ bewertet, und nur wenige dieser Diktatur durchgängig Sympathie entgegenbringen, aber immerhin deutlich mehr als jeder dritte sich im Urteil unschlüssig zeigt.

Das Wissen über die DDR

Der vermutete geringe Wissensgrad über die DDR bestätigte sich größtenteils durch die Auswertung des letzten Teils des Fragebogens: Nur wenige der achtzehn Fragen, die den Schülern gestellt wurden, konnte eine Mehrheit richtig beantworten. Die Kenntnisse der befragten Jugendlichen über die DDR und die maßgeblichen Politiker im geteilten Deutschland sind nur gering, die Antworten stark von Vorurteilen und Vermutungen geprägt. Auch bei diesem Fragenkomplex erweist sich die Herkunft der Schüler als ausschlaggebender für die Antworten als andere Faktoren. Daneben beeinflusst – etwas abgeschwächt – der besuchte Schultyp den Kenntnisstand.

Prägnantes Beispiel für die gespaltene Ost-West-Sicht ist die Frage nach der saubereren Umwelt. Während knapp jeder zweite westdeutsche Schüler im Vergleich der Umweltbedingungen die Bundesrepublik für besser hält, kreuzen über 40 Prozent der ostdeutschen die DDR an. Dass auch knapp jeder Dritte aus den drei westlichen Regionen die ostdeutsche Mehrheitsmeinung teilt, deutet darauf hin, dass wenig konkretes Wissen vorhanden ist, was angesichts der breiten aktuellen Diskussion um die Verbesserung des Umweltschutzes einigermaßen verwundert. Die Argumentation vieler ostdeutscher Jugendlicher in den Gesprächen, die Umwelt sei in der DDR sauberer gewesen, da es weniger Straßen und Autos gab und weil der Staat den verstaatlichten Betrieben Umweltschutzaufgaben hätte erteilen können, zeigt, mit welcher entwaffnender Naivität Schüler Zusammenhänge konstruieren. Viele Jugendliche können sich nicht vorstellen, dass es gerade der Staat war, der die Betriebe zwang, auf Kosten der Natur die international vergleichsweise schwache Produktivität zu steigern.

Schaubild 12: Umwelt sauberer in der DDR oder der Bundesrepublik?*



* Antworten auf die Frage: „Die Umwelt war sauberer in der ...“.

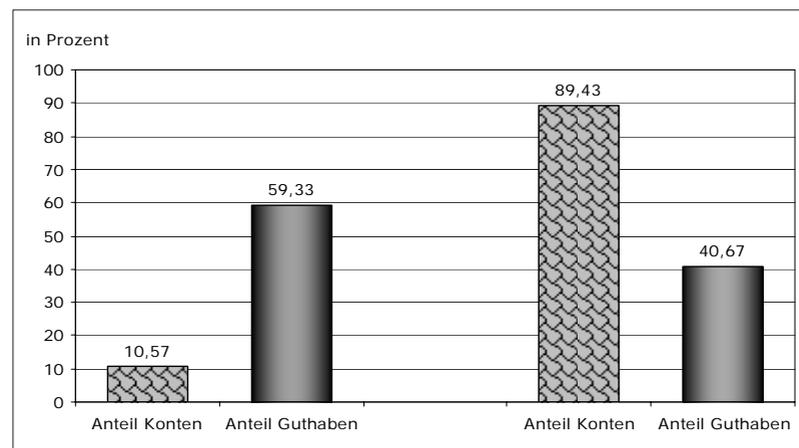
Die DDR profitiert vor allem unter ostdeutschen Jugendlichen jedoch nicht nur bei diesem Aspekt von der Unwissenheit der Schüler. Die bis 1987 geltende Todesstrafe trauen nicht einmal 20 Prozent der Schüler aus Ost-Berlin und Brandenburg dem Staat ihrer Eltern zu. Auch im Westen geht eine Mehrheit davon aus, dass es die Todesstrafe in keinem der beiden Staaten gab.

Eine rückblickende politisch-moralische Entlastung erfährt der SED-Staat dadurch, dass viele Schüler nicht wissen, dass dort Arbeitslager bzw. Arbeitserziehungslager existierten und dass die SED den Befehl zum Bau der Mauer gab. Die Errichtung der Berliner Mauer spricht eine Mehrheit – stärker im Westen als im Osten – der Sowjetunion oder den Alliierten zu; nicht einmal jeder Dritte kreuzt bei dieser Frage die DDR an. Zu diesem Ergebnis passt die geringe Zahl von Schülern, die das Jahr der Errichtung der Mauer angeben konnte: insgesamt etwa jeder zweite, in Nordrhein-Westfalen nicht einmal jeder dritte.³⁴

Eine Mehrheit der Jugendlichen irrt bei den von ihnen unterstellten annähernd gleichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Das tatsächliche Ausmaß der Ungleichheit, das sich nicht wesentlich von dem in der Bundesrepublik unterschied, war den meisten, wenn nicht sogar allen Schülern unbekannt. Die von bestimmten Politikern immer noch verbreit-

tete Legende von der sozial gerechten und solidarischen DDR treibt auch auf diesem Feld seltsame Blüten. Gerade an diesem Beispiel wird deutlich, wie nicht vorhandenes Wissen und die unhinterfragte Übernahme von Erzählungen der Eltern zu einem falschen Bild der DDR, bezogen auf die soziale Dimension, führt. Der Blick auf die Zahlen verdeutlicht, dass die Vermögensungleichheit in der DDR in etwa der in der alten Bundesrepublik und im wiedervereinten Deutschland entspricht.

Schaubild 13: Verteilung des Geldvermögens in der DDR im Jahre 1989



Quelle: Schwarzer 1999 und Sozialreport 1992.

Die richtige Zuordnung von einigen Politikern, die ihren Staat nachhaltig geprägt haben, gelingt zumeist nur einer relativen Mehrheit, bei westdeutschen Politikern manchmal gerade der Hälfte der Schüler. Westdeutsche Staatsmänner sind bekannter als ostdeutsche, werden allerdings häufig dem falschen Staat zugeordnet. So vermutet etwa jeder Vierte – im Osten sogar mehr als jeder Dritte –, Konrad Adenauer und Willy Brandt hätten in der DDR gewirkt. Selbst Helmut Kohl wird von etwa jedem Zehnten in den SED-Staat verpflanzt. Erstaunlicherweise kennen westdeutsche Jugendliche, mit den bayerischen Schülern an der Spitze, ostdeutsche Politiker häufiger als ihre Mitschüler aus den neuen Ländern.³⁵

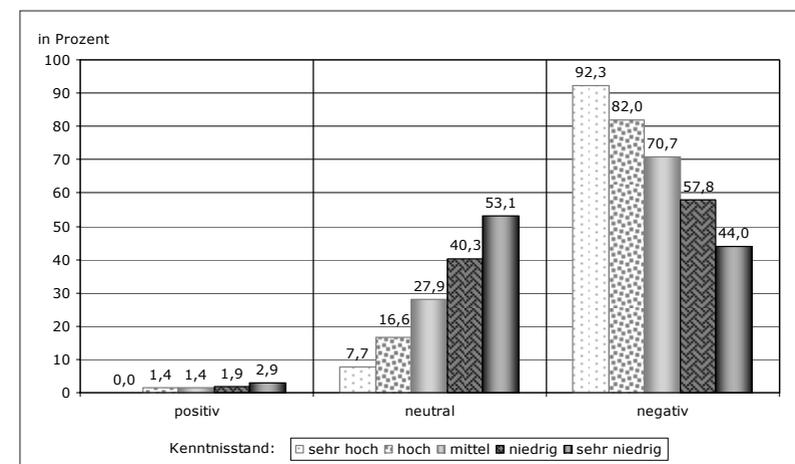
Die meisten Schüler wussten um ihre geringen Kenntnisse über die deutsche Teilungsgeschichte und die DDR. Diese subjektive Einschätzung bestätigte sich bei der Auswertung der Wissensfragen. Ein hohes oder

sehr hohes Wissen kann nur etwa 10 Prozent der befragten Jugendlichen bescheinigt werden, ein niedriges oder sehr niedriges dagegen über 60 Prozent. Dabei verfügen westdeutsche Schüler, vor allem die aus Bayern und die Schülerinnen des Mädchengymnasiums in Nordrhein-Westfalen, über einen höheren Kenntnisstand als ostdeutsche. Einen traurigen Negativrekord stellen die Gesamtschüler auf, von denen fast 80 Prozent nur sehr wenig wissen.³⁶

Der Zusammenhang von Kenntnissen und Bewertung der DDR

Ein geradezu sensationelles und in der Eindeutigkeit von uns nicht erwartetes Ergebnis brachte der Vergleich von Kenntnisstand und Bewertung der DDR. In allen Ländern und bei nahezu allen Skalen sehen wir einen prägnanten direkten Zusammenhang zwischen dem Kenntnisstand und dem Urteil über die DDR: Je mehr die Schüler über den SED-Staat wissen, desto kritischer beurteilen sie ihn. Weitgehend unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter und Schultyp bewerteten Schüler mit etwa gleichem Kenntnisstand den Staat DDR und dessen Gesellschaft ähnlich: Beispielsweise bestehen zwischen Brandenburger und bayerischen Schülern, die einen hohen oder sehr hohen Kenntnisstand aufweisen, kaum Differenzen im Urteil.

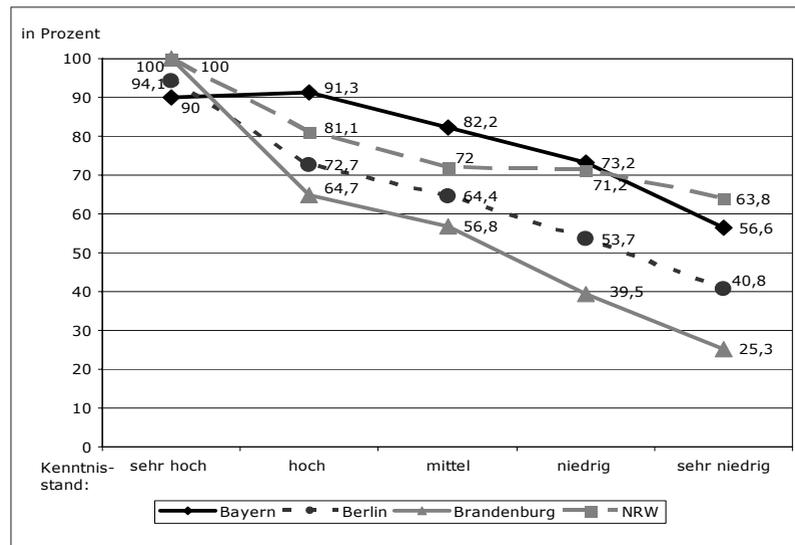
Schaubild 14: Gesamtbewertung der DDR in Abhängigkeit vom Kenntnisstand*



* Angaben in Prozent. Der Kenntnisstand bezieht sich auf 18 gestellte Wissensfragen, dabei bedeutet die Bezeichnung „sehr hoch“: > 16 richtige Antworten, „hoch“: 14-16, „mittel“: 10-13, „niedrig“: 6-9 und „sehr niedrig“: 0-5 richtige Antworten.

Der Zusammenhang zwischen Kenntnisstand und Bild der DDR fällt in Ostdeutschland ausgeprägter als in Westdeutschland aus, d.h. die Bewertungsunterschiede von Schülern mit unterschiedlichem Wissen sind dort erheblich größer. Die herausragende Bedeutung der Vermittlung von Grundkenntnissen über ein Gesellschaftssystem, um Jugendliche zu einem kritischen Urteil zu befähigen, hat sich hiermit eindrucksvoll bestätigt.

Schaubild 15: Negatives Gesamtbild der DDR nach Kenntnisstand in den Ländern*



* Angaben in Prozent. Der Kenntnisstand bezieht sich auf 18 gestellte Wissensfragen, dabei bedeutet die Bezeichnung „sehr hoch“: > 16 richtige Antworten, „hoch“: 14-16, „mittel“: 10-13, „niedrig“: 6-9 und „sehr niedrig“: 0-5 richtige Antworten.

Fazit: Das DDR-Bild von Schülern

Zusammenfassend lässt sich als Ergebnis der Studie festhalten:

- Auch fast neunzehn Jahre nach dem Fall der Mauer zeigt die ostdeutsche Gesellschaft starke postsozialistische Tendenzen, und zwar sowohl in der mentalen Verfassung großer Teile der Bevölkerung als auch im Hinblick auf die Kritik demokratisch-pluralistischer Institutionen. Die in der DDR erworbenen mentalen Prägungen wirken weiter und werden in den verschiedenen Milieus ebenso wie Fragmente eines Geschichtsbildes an jüngere Generationen weitergegeben.
- In familiären Gesprächen wird Jugendlichen ein selektives DDR-Bild vermittelt. Erzählt werden positive Erlebnisse sowie im Nachhinein als lobenswert empfundene Aspekte des SED-Staates. Dabei nehmen die Arbeitsplatzsicherheit – ohne Berücksichtigung ihrer negativen Seiten – und der Zusammenhalt in Betrieb und Wohngebiet eine herausragende Rolle ein. Die diktatorischen Bedingungen und die Mangelwirtschaft werden dagegen ebenso wie die Aktivitäten des MfS nur selten erwähnt.
- In Westdeutschland – vornehmlich in Nordrhein-Westfalen – zeigt sich an den Schulen eine auch in der Bevölkerung vorhandene Tendenz, der DDR und ihrer Geschichte immer weniger Bedeutung beizumessen, da sie nur die Vergangenheit der Ostdeutschen betreffe. Während der Nationalsozialismus gemeinsame Geschichte beider deutscher Staaten sei, müssten sich nur die Ostdeutschen, aber nicht die Westdeutschen mit der DDR befassen.
- Die überwiegende Mehrzahl der befragten Schüler in den vier Ländern bzw. fünf Untersuchungsregionen glaubt, wenig über die DDR und das geteilte Deutschland zu wissen und erfährt hierüber in der Schule kaum etwas oder überhaupt nichts. Dabei ist die DDR in den drei westdeutschen Regionen häufiger Unterrichtsgegenstand als in den beiden ostdeutschen. Gleichzeitig äußern viele der Jugendlichen Interesse an der DDR und möchten mehr über das Leben dort erfahren. In ostdeutschen Familien wird die DDR weitaus häufiger thematisiert, allerdings zumeist nur in Bezug auf das Alltagsleben.
- Eine breite Mehrheit der Schüler hat ein überwiegend negatives Gesamtbild der DDR. Immerhin knapp 40 Prozent legen sich aber nicht fest oder geben eine positive Bewertung ab. In Ostdeutschland sowie unter Haupt- und Realschülern liegt die Quote der negativen Stimmen sogar deutlich unter der absoluten Mehrheit. Anhänger der

PDS/Linkspartei und der NPD urteilen am positivsten, Sympathisanten der Bündnis-Grünen am negativsten über die DDR. Bayerische Schüler und die Schülerinnen eines Mädchengymnasiums in Nordrhein-Westfalen äußern sich in erheblich höherem Maße kritisch als die Schüler aus den anderen Ländern.

- Ostdeutsche Schüler loben mit breiter Mehrheit die sozialen Seiten des SED-Staates und gleichzeitig neigt eine beträchtliche Minderheit unter ihnen zur Ausblendung diktatorischer und repressiver Aspekte. Westdeutsche Schüler sprechen – wenn auch in abgeschwächter Form – der DDR bei einigen sozialen Dimensionen des Lebens ebenfalls ein Lob aus, erkennen aber mit sehr breiter Mehrheit den Diktaturcharakter dieses Staates.
- Der Vergleich verschiedener politischer und gesellschaftlicher Dimensionen der beiden deutschen Teilstaaten zeigt ebenfalls eine unterschiedliche, mitunter sogar gegensätzliche Sichtweise. Westdeutsche Jugendliche präferieren auf nahezu allen Feldern die Verhältnisse in der alten Bundesrepublik, ostdeutsche in den sozialen und alltäglichen Bereichen die DDR und bei den politischen Aspekten mit allerdings geringeren Anteilen als ihre westdeutschen Mitschüler die Bundesrepublik. Eine nennenswerte Minderheit vornehmlich ostdeutscher Schüler favorisiert sogar das politische System und vor allem die Wirtschaftsordnung der DDR. Die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur sind vielen Schülern nicht bekannt. In Ostdeutschland kennzeichnet nicht einmal jeder Zweite, in Westdeutschland immerhin noch jeder Dritte die DDR nicht ausdrücklich als Diktatur. Eine absolute Mehrheit weiß nicht, ob die DDR-Regierung durch demokratische Wahlen legitimiert war.
- Wie die älteren Generationen präferieren junge Westdeutsche stärker als ihre ostdeutschen Altersgenossen individuelle Freiheit statt soziale Rundumversorgung und sind Ausländern gegenüber wesentlich toleranter eingestellt. Erfreulicherweise wird die Wiedervereinigung nur von wenigen Schülern, im Westen häufiger als im Osten, in Frage gestellt.
- Die große Mehrheit der Jugendlichen konnte die von uns gestellten Wissensfragen nicht richtig beantworten. Außer in Bayern, wo die Hauptschüler durch vergleichsweise hohes Wissen glänzen, haben breite Mehrheiten kaum ausgeprägte Kenntnisse über die DDR.

Die Beurteilung der DDR durch die Schüler erfolgt weitgehend assoziativ, wobei das Bild ostdeutscher Schüler stärker von Familiengesprächen, das

westdeutsche stärker durch den Schulunterricht beeinflusst wird. Das Bild der DDR wird stark geprägt vom Kenntnisstand: Je mehr Schüler über den SED-Staat wissen, umso kritischer fällt ihr Urteil aus, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter und besuchtem Schultyp. Es muss Aufgabe der Schule sein, dieses Wissensdefizit auszugleichen. Dabei sollte die Delegitimation der sozialistischen Diktatur mit der Vermittlung freiheitlich-demokratischer Werte verknüpft werden mit dem Ziel, Jugendliche immun zu machen gegen jegliche diktatorische Verführung.

DER GESCHICHTSPOLITISCHE DISKURS UND DIE KENNZEICHNUNG DER DDR IN DER WISSENSCHAFT

Die Vergangenheit, vor allem die jüngste, ist durch ihre Bedeutung für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft auch Gegenstand geschichtspolitischer Auseinandersetzungen. Mit Hilfe der Geschichtspolitik soll in der Bevölkerung ein Geschichtsbewusstsein verankert werden, das mit bestimmten politischen Vorstellungen und Geschichtsdeutungen korrespondiert. Während in diktatorischen Systemen der Staat oder die allein herrschende Partei über alle Medien ein bestimmtes Geschichtsbild verordnet, bedeutet dies für eine freiheitliche und damit pluralistische Gesellschaft fortgesetzte Kontroversen um die kulturelle Hegemonie über verschiedene Geschichtsbilder. So entzündet sich an der Bewertung der DDR, die implizit immer auch eine Bewertung der Bundesrepublik ist, ein Deutungskampf, der bis in tagespolitische Auseinandersetzungen reicht. Für die einen stellen die DDR bzw. einige Aspekte ihres Systems eine positive Folie dar, andere lehnen jeglichen Bezug auf diese sozialistische Diktatur ab. Umstritten ist besonders, was als charakteristisch für die DDR angesehen wird. Alltag versus Diktatur, Gesellschaft versus Herrschaft, Freiheit versus Unfreiheit, Sozialpolitik versus Repression, Recht versus Unrecht u.ä. bilden dabei jeweils die Pole.

Der geschichtspolitische Streit um die historische Einordnung der DDR und ihre Bewertung steht immer noch im Schatten des Nationalsozialismus. Angesichts der singularen Dimension des nationalsozialistischen Terrors neigen einige geschichtspolitische Akteure zu einer Marginalisierung des Unrechts in der SED-Diktatur. Inzwischen wird selbst der Diktaturcharakter der DDR in Frage gestellt und statt von Diktatur und Unterdrückung von „Demokratiedefiziten“ gesprochen. Es ist eine geschichtspolitische Herausforderung ersten Ranges, im Erinnern an die nationalsozialistische und die sozialistische Diktatur weder der Gefahr

einer Relativierung der NS-Verbrechen noch einer Banalisierung des DDR-Unrechts zu erliegen. Die differenzierte Betrachtung und Bewertung dieser beiden deutschen Diktaturen im letzten Jahrhundert muss aus der Perspektive einer freiheitlich-demokratischen Ordnung deren Analogien deutlich machen, ohne die gewaltigen Unterschiede in Ausmaß und Intensität der Verbrechen zu nivellieren.³⁷

Das Bild des geteilten Deutschlands wird bei älteren Generationen, die in der ehemaligen DDR und der alten Bundesrepublik (mithin in unterschiedlichen Systemen) gelebt haben, von vergangenen Erfahrungen und Weltbildern geprägt. Ihr ursprüngliches Geschichtsbild wird zum Teil überlagert oder bestätigt von der Situation im wiedervereinigten Deutschland. Dies betrifft allerdings mehr die ostdeutsche als die westdeutsche Bevölkerung, denn für erstere haben sich mit dem Sturz der SED-Diktatur und der nachfolgenden Wiedervereinigung die Lebensbedingungen nahezu vollständig verändert. Für jüngere Generationen, die das geteilte Deutschland nur wenige Jahre oder überhaupt nicht erlebt haben, konstituiert sich das Geschichtsbild jenseits persönlicher Erlebnisse und Erfahrungen.

Der methodische und inhaltliche Streit um die Bewertung der DDR schien mit dem Fall der Mauer entschieden: Die systemimmanente DDR-Forschung, die den Diktaturcharakter dieses Staates weitgehend ausblendete und auf Werturteile verzichtete, erlebte ein Fiasko. Ihre Bewertung der DDR als ein stabiler Industriestaat mit einer reformbereiten politischen Führung hatte sich als Fata Morgana erwiesen. Totalitarismustheoretische Betrachtungen erwiesen sich als plausibler. Sie hatten zumeist zwar auch nicht den raschen Untergang des SED-Staates prognostiziert, aber auf den Widerspruch zwischen abgeschotteter politischer Elite und ihrer dogmatischen Ideologie und den Bedürfnissen der Bevölkerung hingewiesen.³⁸

Wie in freiheitlichen Gesellschaften üblich, existiert auch in der Wissenschaft kein einheitliches Bild der DDR. Zwar sind sich, abgesehen von einigen „abgewickelten“ SED-Historikern und ehemaligen westdeutschen DDR-Sympathisanten, im akademischen Milieu nahezu alle ernstzunehmenden Zeitgeschichtler einig, dass die DDR eine Diktatur war. In den letzten Jahren hat sich jedoch eine breite Strömung entwickelt, die mehr oder weniger direkt an die so genannte systemimmanente westdeutsche DDR-Forschung vor 1989 anknüpft und die Darstellung von Gesellschaft

und Alltag in den Vordergrund, die diktatorischen Aspekte dagegen in den Hintergrund rückt. In dem Maße, wie diese Wissenschaftsrichtung das Klima an den Universitäten und Weiterbildungseinrichtungen bestimmt, wird erneut Studenten, Lehrern und Schülern ein verharmlosendes Bild des SED-Staates vermittelt. Da Vertreter dieses Ansatzes auch an maßgeblicher Stelle in Institutionen, die sich mit der Aufarbeitung der DDR-Geschichte beschäftigen, tätig sind, wird der deutsche Teilstaat inzwischen wieder von vielen Wissenschaftlern weniger als Diktatur denn als moderne Industriegesellschaft charakterisiert.

Ihre Fehlwahrnehmungen entschuldigen systemimmanente Forscher oftmals mit dem Hinweis auf den engen Zusammenhang von Politik und Zeitgeschichte. So begründen der ehemalige und der jetzige Leiter des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) Christoph Kleßmann und Martin Sabrow den seinerzeitigen Verzicht auf den Diktaturbegriff als Schlüsselkategorie mit den – für seriöse Wissenschaftler kaum fassbaren – Worten: „Zwar konnte auch jeder zeitgenössische Beobachter oder Besucher der DDR wissen, dass er es mit einer Parteidiktatur zu tun hatte, aber man sagte das zumindest nicht laut, weil es die zarte Pflanze der angestrebten Normalisierung im Verhältnis beider deutscher Staaten zu knicken drohte.“³⁹

Während diese Zeithistoriker heute immerhin noch den diktatorischen Charakter des SED-Staates und seine Strukturen mehr oder weniger in die Analyse mit aufnehmen, nicht ohne allerdings darauf hinzuweisen, dass die DDR in ihrem Diktaturcharakter nicht aufging, lehnen ostdeutsche Wissenschaftler wie Wolfgang Engler und Dietrich Mühlberg dies ausdrücklich ab. Engler zeichnet das Bild einer mit sich selbst zufriedenen, ja glücklichen DDR-Gesellschaft. Unter strikter Nichtbeachtung restriktiver und repressiver Rahmenbedingungen zeichnet er das dortige Alltagsleben. Ohne weitere Begründung verzichtet er auf herrschaftsgeschichtliche Analysen, die die DDR mit Begriffen wie Diktatur, Unrechtsstaat, Totalitarismus, Kommandowirtschaft oder Gewalt Herrschaft kennzeichnen, da diese den Erfahrungen der Ostdeutschen nicht gerecht würden. Maßstäbe und Urteile müssten – so Engler in unbewusster oder jedenfalls nicht ausdrücklich erwähnter Anlehnung an die alte systemimmanente DDR-Forschungsrichtung – von innen und nicht von außen kommen.⁴⁰ Dieser positive Blick auf die DDR korrespondiert bei Engler mit einer Kritik an zentralen Werten der westlichen Welt. Werden DDR und Bundesrepublik auf „gleicher Augenhöhe“ betrachtet, stehen sich

aus seiner Perspektive individuelle und soziale Menschenrechte gleichberechtigt gegenüber, wobei die individuellen eine „unendlich verdünnte, triviale und primitive Form der Menschenrechte“ darstellen.⁴¹

Wie Engler lehnt auch sein ostdeutscher Kollege Dietrich Mühlberg eine polarisierende Bewertung der beiden deutschen Teilstaaten als Demokratie und Diktatur ab, weil diese für die Mehrheit seiner „Landsleute“ unannehmbar sei. Auch dürfe die pluralisierte und individualisierte westdeutsche Gesellschaft nicht als Maßstab für die ostdeutsche genommen werden. Vielmehr sollen der „Eigenwert“ der ostdeutschen Gesellschaft und ihre kulturelle Ausprägung gleichsam als Sonderweg in das vereinte Deutschland transportiert werden.⁴² In diesem Punkt stimmen die Autoren mit Kleßmann, Sabrow und anderen sozialgeschichtlich orientierten DDR-Forschern überein.

Jüngere ostdeutsche Wissenschaftler, die der PDS/Linkspartei oder der SPD nahestehen, verwischen mit ihren Beiträgen gezielt die Trennlinien von Demokratie und Diktatur, sprechen stattdessen von „Demokratie-defiziten“ und loben die Sozialpolitik des SED-Staates.⁴³ Für viele stehen nicht individuelle, sondern so genannte „soziale Menschenrechte“ im Vordergrund. Die DDR und die Bundesrepublik werden auf gleicher Augenhöhe betrachtet, dem einen Staat die Vernachlässigung sozialer Bereiche, dem anderen die unzureichende Berücksichtigung demokratischer Dimensionen vorgeworfen.⁴⁴

Bei einer umfangreichen Studie zur Behandlung der DDR in der universitären Lehre⁴⁵ wurde deutlich, dass die Studierenden hierbei weniger mit dem diktatorischen Kern des SED-Staates, sondern mit eher „weichen Themen“ konfrontiert werden. In den untersuchten Semestern nach der Jahrtausendwende wurden am häufigsten Veranstaltungen zum ostdeutschen Kulturleben, zum politischen System/Verwaltung sowie zu Sozialgeschichte und Alltag angeboten. Das Wirtschaftssystem, Widerstand und Repression, Religion und Kirche, aber auch Ökologie und Umweltpolitik, fanden dagegen kaum Beachtung.

Die von interessierter Seite geäußerte Befürchtung, die DDR werde in der Forschung und in Lehrveranstaltungen mit dem NS-Staat gleichgesetzt oder auch nur gemeinsam behandelt, bestätigte sich nicht. Stattdessen werden zumeist die beiden deutschen Teilstaaten und damit die gesamtdeutsche Geschichte nach 1945 in Seminaren thematisiert.

In der politischen Weiterbildung kommt die DDR ebenfalls nur am Rande vor. Noch stärker als in Lehrplänen und Schulbüchern fehlt es in der universitären Lehre und der Weiterbildung an normativen Bewertungsmaßstäben. Der SED-Staat wird oftmals nicht auf der Basis freiheitlich-demokratischer Werte beurteilt, sondern an seinen eigenen Ansprüchen gemessen, was bezogen auf die Zeit des Nationalsozialismus sicherlich Proteststürme hervorrufen würde. Zeithistoriker aus dem Umfeld des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam plädieren für eine Forschung und Lehre, die die „Grenzen der Diktatur“ und die „Rekonstruktion des Alltags“ anstelle des Diktaturcharakters und der durch diesen geprägten Gesellschaft in den Vordergrund stellen. Mit dieser Forderung finden sie selbst unter Wissenschaftlern der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und Mitarbeitern der Stiftung Aufarbeitung Resonanz. So stimmt zum Beispiel der bei der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur für Veranstaltungen zum 20. Jahrestag der friedlichen Revolution zuständige Jens Hüttmann ein Loblied auf die alte systemimmanente DDR-Forschung an und weist Kritik an ihr als politisch motiviert zurück.⁴⁶

Die notwendige Delegitimierung der SED-Diktatur stößt insofern nicht nur in der Schule auf enge Grenzen. Diesen unbefriedigenden Zustand zu verändern, ist Aufgabe von Wissenschaftlern, Politikern und Medien, die sich der freiheitlich-demokratischen Ordnung einer zivilen Gesellschaft verpflichtet fühlen. Dabei geht es – um es noch einmal zu wiederholen – nicht um die Delegitimierung ostdeutscher Biographien, sondern um die Delegitimierung einer Diktatur, die den Menschen Unfreiheit und Leid gebracht hat. Einem Bild, auf dem die positiven Impulse der friedlichen Revolution, der Wunsch nach Freiheit, Demokratie und Wohlstand, verblassen, während die Erinnerung an das vermeintliche schöne und solidarische Leben in der DDR⁴⁷ die dunklen Seiten der sozialistischen Diktatur überlagert, muss durch Aufklärung entgegengewirkt werden.

Die Jahre 2009 und 2010 bieten als Erinnerungsjahre an den Fall der Mauer und die deutsche Vereinigung Raum, sich ausführlich mit der deutschen Teilungsgeschichte und der DDR zu beschäftigen. Es liegt an der Politik, den öffentlichen Weiterbildungseinrichtungen, aber auch den Medien, jüngeren Menschen ein realistisches, die latenten und manifesten repressiven Seiten berücksichtigendes Bild des SED-Staates zu vermitteln. Dass große Teile älterer Generationen, die nachhaltig vom

Leben in einem diktatorischen System geprägt sind, noch zu einer selbstkritischen Einsicht fähig sind, kann – wie die Erfahrungen nach 1945 zeigen – bezweifelt werden. Die Möglichkeit, freiheitlich-demokratische Werte bei Jugendlichen zu verankern, auch um diktatorischen Verführungen jeglicher Art entgegenzuwirken, sollte genutzt werden, auch wenn derzeit zumindest bezogen auf die DDR die nostalgische Verklärung bei Jung und Alt in den neuen Ländern noch überwiegt. Dabei geht die Verklärung der DDR mit einer Fundamentalkritik an der Wiedervereinigung und dem nachfolgenden Transformationsprozess einher. Die (fiktive) DDR ist für viele Ostdeutsche gleichsam eine positive Vergleichsfolie zum wiedervereinigten Deutschland geworden. Die reale DDR wünschen sich selbst die meisten Nostalgiker nicht zurück. Die geschichtspolitischen Kontroversen um das Bild der DDR spiegeln insofern die Diskurse um die künftige Gestaltung Deutschlands wider.

LITERATUR

- Assmann 2006 = Assmann, Aleida: *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*. – München: Beck, 2006.
- Beckmann 2005 = Beckmann, Christopher: *Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur. Eine Zwischenbilanz in vergleichender Perspektive*. In: *Deutschlandarchiv*, 38 (2005) 6, S. 1084 ff.
- Borries 1995 = Borries, Bodo von: *Das Geschichtsbewusstsein Jugendlicher. Eine repräsentative Untersuchung über Vergangenheitsdeutungen, Gegenwartswahrnehmungen und Zukunftserwartungen von Schülerinnen und Schülern in Ost- und Westdeutschland*. – Weinheim, München: Juventa-Verlag, 1995.
- Burrichter u.a. 2006 = Burrichter, Clemens / Nakath, Detlef / Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): *Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik*. – Berlin: Dietz, 2006.
- Deutz-Schroeder / Schroeder 2007a = Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: *Das Bild der DDR von Schülern in Berlin*. – Arbeitspapier des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 38/2007.

- Deutz-Schroeder / Schroeder 2007b = Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: *Das Bild der DDR von Schülern in Nordrhein-Westfalen*. – Arbeitspapier des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 39/2007.
- Deutz-Schroeder / Schroeder 2007c = Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: *Das Bild der DDR von Schülern in Brandenburg*. – Arbeitspapier des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 41/2007.
- Deutz-Schroeder / Schroeder 2008a = Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: *Das Bild der DDR von Schülern in Bayern*. – Arbeitspapier des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 40/2008.
- Deutz-Schroeder / Schroeder 2008 = Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: *Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich*. – München / Stamsried: Vögel, 2008. – (Berlin & München; 6).
- Engler 1999 = Engler, Wolfgang: *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*. – Berlin: Aufbau-Verlag, 1999.
- Fischer 1999 = Fischer, Gerhard / Krusch, Hans-Joachim / Modrow, Hans / Richter, Wolfgang / Steigerwald, Robert (Hrsg.): *Gegen den Zeitgeist. Zwei deutsche Staaten in der Geschichte*. – Schkeuditz: GNN-Verlag, 1999.
- Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache = Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Sprachwissenschaft: *Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache*. – Berlin, 1977.
- Hofmann 2001 = Hofmann, Jürgen: *Identifikation und Distanz*. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.): *Deutsche Fragen von der Teilung zur Einheit*. – Berlin: Duncker und Humblot, 2001. – (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen; 97).
- Hüttmann 2004a = Hüttmann, Jens: *Die „gelehrte DDR“ und ihre Akteure. Inhalte, Motivationen, Strategien: Die DDR als Gegenstand von Lehre und Forschung an deutschen Universitäten*. – Wittenberg: HoF, 2004. – (Arbeitsberichte / Institut für Hochschulforschung Wittenberg an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; 2004,4).

- Hüttmann 2004b = Hüttmann, Jens: Deutungskonflikte über DDR-Geschichte aus Akteursperspektive. In: Hüttmann / Mähler / Pasternack 2004.
- Hüttmann 2007 = Hüttmann, Jens: „De-De-Errologie“ im Kreuzfeuer der Kritik. Die Kontroversen um die „alte“ bundesdeutsche DDR-Forschung vor und nach 1989. In: Deutschlandarchiv, 40 (2007) 4, S. 671 ff.
- Hüttmann / Mähler / Pasternack 2004 = Hüttmann, Jens / Mähler, Ulrich / Pasternack, Peer (Hrsg.): DDR-Geschichte vermitteln. Ansätze und Erfahrungen in Unterricht, Hochschullehre und politischer Bildung. – Berlin: Metropol, 2004.
- Kleßmann 1988 = Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955 bis 1970. – Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1988. – (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung; 265).
- Kleßmann / Sabrow 1996 = Kleßmann, Christoph / Sabrow, Martin: Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 46 (1996) 39, S. 3 ff.
- Korzilius 2005 = Korzilius, Sven: „Asoziale“ und „Parasiten“ im Recht der SBZ/DDR. Randgruppen im Sozialismus zwischen Repression und Ausgrenzung. – Köln u.a.: Böhlau, 2005. – (Arbeiten zur Geschichte des Rechts in der DDR; 4).
- Leo 2000 = Leo, Annette: Das Bild der DDR und des realen Sozialismus. In: Faulenbach, Bernd / Leo, Annette / Weberskirch, Klaus: Zweierlei Geschichte. Lebensgeschichte und Geschichtsbewusstsein von Arbeitnehmern in West- und Ostdeutschland. – Essen: Klartext, 2000, S. 260 ff. – (Geschichte und Erwachsenenbildung; 11).
- Mühlberg 1999 = Mühlberg, Dietrich: Nachrichten über die Verfassung der Ostdeutschen. – In: Berliner Debatte Initial, 10 (1999) 2, S. 4 ff.
- Neller 2006 = Neller, Katja: DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen. – Wiesbaden: VS Verlag, 2006.

- Rühmkorf 1997 = Rühmkorf, Peter: Tabu I. Tagebücher 1989-1991. – Reinbek: Rowohlt, 1997.
- Schmid 2005 = Schmid, Harald: Systemwechsel und Geschichtsbild. Zur Debatte um die „doppelte Vergangenheitsbewältigung“ von NS- und SED-Vergangenheit. In: Deutschlandarchiv, 38 (2005) 2, S. 290 ff.
- Schroeder 1998 = Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990. – München: Hanser, 1998.
- Schroeder 2006 = Schroeder, Klaus: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung. – Stamsried: Vögel, 2006. – (Berlin & München; 4).
- Schroeder / Stadt 1993 = Schroeder, Klaus / Stadt, Jochen: Der diskrete Charme des Status quo. DDR-Forschung in der Ära der Entspannungspolitik. In: Leviathan, 1/1993, S. 26 ff.
- Schroeder / Stadt 2007 = Schroeder, Klaus / Stadt, Jochen: Linkes Standbein sucht Halt. Reanimationsbemühungen für die „systemimmanente DDR-Forschung“. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 22/2007, S. 152 ff.
- Schuller 2003 = Schuller, Wolfgang: Westdeutsche DDR-Bilder. In: Arends, Jürgen / Buchstab, Günter / Gauger, Jörg-Dieter (Hrsg.): Geschichtsbilder: Weichenstellungen deutscher Geschichte nach 1945. – Freiburg: Herder, 2003, S. 169 ff.
- Schwarzer 1999 = Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945-1989). – Stuttgart: Steiner, 1999. – (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte: Beihefte; 143).
- Sozialreport 1992 = Sozialreport 1990 ff. – Winkler, Gunnar: Sozialreport 1990 ff. – Berlin, 1990 ff.
- Spinelli 2002 = Spinelli, Barbara: Der Gebrauch der Erinnerung. Europa und das Erbe des Totalitarismus. – München: Kunstmann, 2002.

- Zimmermann 2004 = Zimmermann, Verena: „Den neuen Menschen schaffen“. Die Umerziehung von schwererziehbaren und straffälligen Jugendlichen in der DDR (1945-1990). – Köln u.a.: Böhlau, 2004.

- 1| Vgl. Deutz-Schroeder / Schroeder 2008, S. 87 ff.
- 2| Vgl. Schroeder 2006, S. 328 ff.
- 3| Vgl. Deutz-Schroeder / Schroeder 2008.
- 4| Vgl. zur Genese und Bedeutung von Geschichtsbildern und Erinnerungen Schmid 2005 und Spinelli 2002.
- 5| Vgl. Schroeder 2006, S. 264 ff.
- 6| Hofmann 2001, S. 439.
- 7| Leo 2000, S. 269.
- 8| Ebd., S. 272.
- 9| Ebd.
- 10| Ebd., S. 276.
- 11| Schuller 2003, S. 189.
- 12| Ebd.
- 13| Rühmkorf 1997.
- 14| Schuller 2003, S. 192.
- 15| Berliner Zeitung, 2. Januar 2009.
- 16| Vgl. Neller 2006, S. 187 f.
- 17| Vgl. Schroeder 2006, S. 715.
- 18| Vgl. ebd.
- 19| Vgl. Beckmann 2005, S. 1087.
- 20| Zu den Ergebnissen siehe Deutz-Schroeder / Schroeder 2008. Da sich die Befragungsergebnisse West- und Ost-Berliner Schülern stark von einander unterscheiden, wurde in der Auswertung zwischen fünf Untersuchungsregionen – Bayern, Ost-Berlin, West-Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen – differenziert. Die regionalen Ergebnisse der Befragung sind gesondert in Arbeitspapieren des Forschungsverbundes SED-Staat veröffentlicht; vgl. Deutz-Schroeder / Schroeder 2007a; Deutz-Schroeder / Schroeder 2007b; Deutz-Schroeder / Schroeder 2007c und Deutz-Schroeder / Schroeder 2008a.
- 21| Der Fragebogen bestand neben den persönlichen Angaben aus drei Teilen: Erstens einem Vergleich: Die Schüler sollten – mehr oder weniger assoziativ – ausgewählte Aspekte von Staat und Gesellschaft der DDR und der Bundesrepublik vergleichend beurteilen. Zweitens einer Befragung nach Skalen: Die Auswertung ausgewählter Items zu verschiedenen Aspekten der DDR erlaubte eine nach dem Skalenverfahren ermittelte Aufteilung der Befragten hinsichtlich eines positiven, neutralen oder negativen Bildes der DDR. Drittens einer Abfrage von Kenntnissen: Hiermit sollte das Wissen über die DDR – und zum Teil auch über die Bundesrepublik – ermittelt werden. Zur Methode vgl. Deutz-Schroeder / Schroeder 2008, S. 175ff.
- 22| Vgl. Deutz-Schroeder / Schroeder 2008, S. 190.
- 23| Vgl. Deutz-Schroeder / Schroeder 2007a, S. 66 f.
- 24| Vgl. Deutz-Schroeder / Schroeder 2008, S. 202 ff.
- 25| Vgl. ebd., S. 308.
- 26| Vgl. ebd., S. 317.
- 27| Vgl. ebd., S. 336.
- 28| Vgl. ebd., S. 327.

- 29| Vgl. ebd., S. 344.
- 30| Vgl. die Beiträge in Burrichter u.a. 2006 und Fischer 1999.
- 31| Vgl. Deutz-Schroeder / Schroeder 2008, S. 354.
- 32| Vgl. ebd., S. 366.
- 33| Vgl. ebd., S. 372.
- 34| Vgl. ebd., S. 411 sowie Deutz-Schroeder / Schroeder 2007b, S. 220 f.
- 35| Vgl. Deutz-Schroeder / Schroeder 2008, S. 421 ff.
- 36| Vgl. ebd., S. 438.
- 37| Vgl. Schroeder 2006, S. 303 ff.
- 38| Vgl. Schroeder 1998, S. 634 ff.
- 39| Kleßmann / Sabrow 1996, S. 11. Kleßmann sprach 1988 sogar von einem „Wirtschaftswunder DDR“ und behauptete, „Modernisierung sei in der DDR seit den sechziger Jahren“ nicht nur Programm, sondern „bestimmte auch die politische und soziale Realität“. Vgl. Kleßmann 1988, S. 11/12.
- 40| Vgl. Engler 1999.
- 41| Telegraf 2/1999.
- 42| Vgl. Mühlberg 1999.
- 43| Vgl. verschiedene Beiträge in: Burrichter / Nakath / Stephan 2006.
- 44| Vgl. exemplarisch für diese Sicht: Borries 1995.
- 45| Vgl. Hüttmann 2004a und 2004b sowie Deutz-Schroeder / Schroeder 2008, S. 113 ff.
- 46| Vgl. Hüttmann 2007 und die Kritik an seiner Sichtweise durch Jochen Staadt und Klaus Schroeder in: Schroeder / Staadt 2007.
- 47| Die SED definierte im Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache Nostalgie im Übrigen wie folgt: „Vom Unbehagen an der Gegenwart bestimmte Hinwendung zur Vergangenheit, die vergangene gesellschaftliche Verhältnisse meist reaktionär und in manipulierender Weise verklärt.“

IRRLICHTER DER VERGANGENHEIT

DAS GESCHICHTSVERSTÄNDNIS DER PARTEI „DIE LINKE“

Jürgen P. Lang

1. EINLEITUNG

Landesparteitag der „Linken“ in Mecklenburg-Vorpommern Ende Oktober 2008: Über den im Seehotel Sternberg versammelten Delegierten leuchten die gleichen Lampen, die einst den „Palast der Republik“ erhellten. Diesem Zufall wird eine besondere Metaphorik zuteil, steht doch eine Debatte über das Geschichtsbild der Partei auf der Tagesordnung. Als Helmut Holter ans Rednerpult tritt, herrscht nicht gerade ungeteilte Freude. Der ehemalige Vizeministerpräsident des Bundeslandes hatte den Unmut der Basis auf sich gezogen, seit er in einem Interview mit dem *stern* verlangt hatte, die Partei müsse als Preis für ihre Glaubwürdigkeit „das, was das SED-Regime ausgemacht hat, klar verurteilen: Terror, Mord, Repression.“ Holter sah sich auf den Parteitag denn auch zu einer Klarstellung gezwungen: „SED-Regime“ bedeute nicht „DDR“. Diese habe er keinesfalls „delegitimieren oder verunglimpfen“ wollen.¹ Was sich in Sternberg abspielte als skurrile Anekdote abzutun – dazu gibt es selbst zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur keinen Anlass. Je größer der zeitliche Abstand wird, desto mehr hat das Schönreden der DDR Konjunktur.

Die 1990 in PDS umbenannte SED selbst hat wesentlich zu dieser Unkultur des Umdeutens beigetragen.² Auch nach ihrer Fusion mit der westdeutschen WASG zur Partei „Die Linke“ tut sie sich schwer, die DDR als das zu bezeichnen, was sie wesentlich war: eine kommunistische Diktatur nach sowjetischem Vorbild. Den meisten in der Partei gilt die DDR als Paradies sozialer Fürsorge, und sie dient der Rechtfertigung persönlicher Lebensleistung. Gleichwohl geht „Die Linke“ unterschiedlich mit ihrer Vergangenheit um; ein einheitliches Geschichtsverständnis existiert nicht. Dieser Beitrag will die wesentlichen Argumentationslinien in Bezug auf die DDR herausarbeiten. Idealtypisch stehen zunächst orthodox-kommunistische Positionen denen der sogenannten „Reformer“ gegenüber. Beide eint die Legitimierung der DDR. Es verwundert kaum, dass sich mit diesem Aspekt sozialistischer Vergangenheit fast ausschließlich der – große – Teil der „Linken“ auseinandersetzt, der aus der Ostpartei PDS kommt. Die Bedeutung der Geschichtsmythen in der nach Westen erweiterten Formation soll anschließend bewertet werden.

2. „ORTHODOXE“ LEGITIMATIONSSTRATEGIEN IN DER PDS

„Orthodoxe“ Gruppierungen wie die Kommunistische Plattform (KPF) waren – anders als oft behauptet wird – keine Randerscheinung in der „Linken“. Die Geschichte der PDS hat gezeigt: Der Einfluss der „Orthodoxen“ war nicht unerheblich – sie gehörten zum Kern der Partei. Es gelang ihnen gerade zu Krisenzeiten immer wieder, die Mitglieder auf ihre Seite zu ziehen. Auf Betreiben der KPF konnten die „Reform“-Kräfte der PDS die Partei nicht ohne weiteres auf einen „antistalinistischen Konsens“ verpflichten. Die „Orthodoxen“ setzten 1995 auf einem Parteitag zudem durch, dass von nun an „antikommunistische“ Auffassungen in der Partei unerwünscht waren. Doch was heißt schon „Stalinismus“? Die KPF verstand unter diesem Begriff keine Fundamentalkritik an der SED-Diktatur, sondern eine bestimmte – mit der Person des Diktators verknüpfte – Herrschaftspraxis, die mit dem Kommunismus nichts zu tun gehabt und letztlich Gorbatschow, dem Henker des „Staatsozialismus“, den Weg bereitet habe.³ Stalin und Gorbatschow standen in der Reihe der Verräter. Noch 2007 musste der Vorstand der an der Seite der SPD regierenden Berliner PDS einräumen, dass seine geschichtspolitischen Positionen „nicht ausreichend in der Basis verankert sind.“⁴

Das Geschichtsbild der „Orthodoxen“ ist auf eine praktisch vollständige Rechtfertigung der DDR aus. Es basiert auf einer marxistisch-leninisti-

schen Geschichtsinterpretation und folgt zwei zentralen Argumentationslinien. Die erste wird in folgendem Zitat – es stammt aus einem Antrag der Kommunistischen Plattform an den Berliner Landesparteitag im März 2007 – deutlich: „Wir bagatellisieren die Fehler, Irrtümer und Strukturdefizite des frühen Sozialismus nicht, schon gar nicht die begangenen Verbrechen. Zugleich entspricht es unserer Überzeugung, dass die Welt [...] um viele Hoffnungen reicher war, als dieser unvollkommene frühe Sozialismus ungebremste Kapitalherrschaft auf diesem Planeten verhinderte.“⁵

Indem die KPF die DDR eine „frühsozialistische“ Gesellschaft nennt, heißt sie die Methoden einer Diktatur gut. Auch der kanonisierte Marxismus-Leninismus der SED hatte dies ausdrücklich getan. Er wandte sich explizit gegen die „bürgerliche Ideologie“, die Diktatur und Demokratie als Antipoden gegenüberstellt. Solange die „klassenlose Gesellschaft“ des Kommunismus nicht erreicht sei, handle es sich vielmehr um „voneinander nicht zu trennende Seiten der staatlichen Organisation“.⁶ Die Methoden der Diktatur waren aus dieser Sicht in der noch nicht „klassenlosen“, „frühsozialistischen“ DDR legitim. Tatsächliche und vermeintliche Renegaten durften als „Klassenfeinde“ gebrandmarkt und mit allen Mitteln bekämpft werden, was in der Praxis auch geschah.

Die zweite Argumentationslinie der „Orthodoxen“ zielt auf die Legitimation der kommunistischen Diktaturen als „antikapitalistische“ und „antifaschistische“ Systeme. In einer Streitschrift des Ältestenrates der „Linken“ – der Vorsitzende dieses Gremiums ist Hans Modrow, der zu anderen Zeiten vor allem im Westen als Hoffnungsträger galt – heißt es in marxistischer Diktion: „Bei einer unbedingt [...] notwendigen Verurteilung aller selbstverschuldeten Deformation bei der Verwirklichung einer [...] antikapitalistischen Alternative sollten wir uns dennoch überzeugend zur Legitimität der Herausbildung sozialistischer Gesellschaftsformationen im 20. Jahrhundert bekennen“. Die DDR wird als „organischer Bestandteil der deutschen Geschichte“ und als „demokratisch-antifaschistisches Reformmodell“ bezeichnet, das sich „nach 1945 als historisch herangereifte Antwort“⁷ herausgebildet habe.

Von der – die SED-Diktatur verharmlosenden – Vokabel „Deformation“ einmal abgesehen, betreibt der Ältestenrat nichts anderes als Geschichtsklitterung. Die DDR entstand keineswegs als Reaktion der Menschen auf den Nationalsozialismus oder – wie es die in linksextremen Kreisen noch

immer virulente, kommunistische „Dimitroff-Doktrin“ unterstellte – als Reaktion auf kapitalistische Voraussetzungen des Faschismus. Die DDR war nichts anderes als ein Implantat der Sowjetunion auf deutschem Boden. Zudem bietet „Antifaschismus“ nicht nur „Orthodoxen“ ein wohlfeiles Motiv, den demokratischen Verfassungsstaat zu delegitimieren.⁸ Die „Linke“ will mit aller Macht eine „antifaschistische Klausel“ in den Verfassungen des Bundes und der Länder verankern und den – ohnehin ziemlich angeschlagenen – antiextremistischen Konsens der Bundesrepublik ersetzen, der sich auch gegen linke Feinde der Demokratie wappnet.⁹

3. LEGITIMATIONSSTRATEGIEN DER PDS-„REFORMER“

Die Einlassungen der „Orthodoxen“ waren nicht unbedingt für eine breite gesellschaftliche Debatte gedacht. Angesprochen war in erster Linie die eigene – „reformerische“ – Parteiführung, der man vorwarf, einen „Kotau vor der veröffentlichten Meinung“¹⁰ vollzogen zu haben. Damit spielten die Kommunisten unter anderem auf die Entschuldigung der PDS-Spitze für die sogenannte Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED an oder die Feststellung im Berliner Koalitionsvertrag mit den Sozialdemokraten 2001, die Mauer sei ein „Symbol für Totalitarismus und Menschenverachtung“ gewesen. Man fragt sich in der Tat: Stand hier die Koalitionsräson über den Überzeugungen? Einerseits haben PDS-Politiker wie Petra Pau glaubhaft gemacht, dass sie es in diesem Punkt ernst meinen.¹¹ Andererseits fiel etwa der frühere sächsische PDS-Chef Peter Porsch – er gehört nicht dem „orthodoxen“ Lager an – beizeiten mit der Bemerkung auf, die Mauer habe den Frieden in Europa gesichert.

Wie sieht das Geschichtsverständnis der „Reformer“ nun im Kern aus? Dieses in der alten PDS tonangebende Lager definiert sich im wesentlichen dadurch, dass es die fehlende Demokratie und die fehlende Freiheit in der DDR bemängelt. Das ist auf den ersten Blick durchaus eine Diktaturkritik. Bei näherem Hinsehen relativiert sich dieser Befund jedoch. Der Kritik der „Reformer“ am „Realsozialismus“ folgte kein Plädoyer für den demokratischen Verfassungsstaat, zu dem man ein eher instrumentelles Verhältnis an den Tag legte. Pluralismus und Rechtsstaat seien „trotz ihrer Dienlichkeit als Herrschaftsmechanismus eine Chance für Gegenmächte“.¹²

Demokratische Grundwerte wie die Freiheit – das zeigt schon ein Blick in das letzte PDS-Programm – sind für die „Reformer“ keine unpolitischen

Werte, sondern der Verwirklichung bestimmter Bedingungen beziehungsweise Pflichten der Bürger unterworfen. Die propagierte Selbstbestimmung der Individuen sollte in eine „solidarische Entwicklung aller durch bewusste Rahmensetzung“¹³ kanalisiert werden. In diesem Sinne nur eine übergeordnete Instanz – der Staat, die Partei – definieren, was „Freiheit“ ist. Selbst bei den „Reformern“ wirkt ein identitäres Demokratieverständnis nach, das auf einen Interessenmonismus zwischen Bürgern und Herrschaft aus ist und den Interessenpluralismus einer freiheitlichen Demokratie ablehnt.¹⁴ Ihr Freiheitsverständnis ist insofern gar nicht so weit von dem entfernt, was früher die SED propagierte. Auch in deren Dogmatik war „persönliche F[reiheit] des Menschen [...] immer an gesellschaftliche Voraussetzungen [des Sozialismus] gebunden.“¹⁵

Dennoch zeichnen die „Reformer“ ein wesentlich realistischeres Bild von der DDR als die „Orthodoxen“. Dasselbe kann man auch der heute noch existierenden Historischen Kommission der Partei attestieren. 2003 – anlässlich des 50. Jahrestags des Volksaufstands in der DDR – wartete sie mit einer Erklärung auf, der in weiten Teilen auch nicht-sozialistische Historiker zustimmen können. Zum Beispiel war von einer west-gesteuerten Verschwörung nicht die Rede. Und man erkannte auch an, dass sich die Proteste 1953 gegen das System der DDR insgesamt gerichtet hatten.

Doch die Aufständischen werden pauschal zu aufrechten Sozialisten stilisiert, die gegen ein korruptes Regime aufbegehrt hätten.¹⁶ Eine „stalinistische“ Polit-Kaste habe sozusagen einen vom Volk gewollten Sozialismus pervertiert. Aus Sicht der „Reformer“ ist die wahre sozialistische Tradition in der DDR einen Irrweg gegangen. Sie musste quasi eine Art historische Pause eingelegt haben, um nun nach dem Ende der DDR wieder erblühen zu können. Außen vor bleibt dabei dass viele der „wahren Sozialisten“ eine staatstragende Rolle in der DDR gespielt haben. Dennoch kommt die DDR auch bei den „Reformern“ zu höheren Weihen als „antikapitalistischer“ und „antifaschistischer“ Staat. Sie bezeichnen die DDR nicht als „frühsozialistisch“. Sie sprechen vielmehr von einem „Sozialismusversuch“, der gescheitert sei. „Sozialismusversuch“ – das heißt: Zwar falsch ausgeführt, aber doch von vornherein gut gemeint.

4. „DIE LINKE“ UND DIE SED-DIKTATUR

Mit der Vereinigung mit der WASG hat sich die PDS in den Westen ausgedehnt. Langjährige, von der SPD enttäuschte Sozialdemokraten kamen in die Partei. Der Verlauf der Fusionsverhandlungen hat gezeigt, dass sie vom SED-Stallgeruch, der der PDS anhaftete, nicht gerade begeistert waren. Die Herkunft der PDS wurde zu Recht als hinderlich für eine Etablierung in den alten Bundesländern angesehen – was unter anderem dazu führte, dass sich die PDS zunächst in „Linkspartei“ umbenennen musste. Die WASG-Leute verfochten zu einem Gutteil den Sozialstaat der Ära Willy Brandts. Von den Utopien der PDS wollten sie genauso wenig wissen wie ihnen die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit fremd war.

Doch zu einer Änderung im Geschichtsverständnis der Partei hat dies nicht geführt. In den provisorischen „Programmatischen Eckpunkten“ der „Linken“ finden wir viel Apologetisches, zum Beispiel die positive Würdigung des Schulsystems der DDR, das man zynisch als „modern“ bezeichnet. Vom totalitären Anspruch der SED, die gesamte Gesellschaft – auch das Schulsystem – zu kontrollieren und ideologisieren ist dagegen nicht die Rede. Es heißt aber: „Wir lehnen jede Form der Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus.“¹⁷ Das ist nur auf den ersten Blick distanzierend, in Wahrheit aber rechtfertigend. Denn der Stalinismus-Begriff ermöglicht es jeder innerparteilichen Strömung, die DDR nach Gusto zu entlasten. Wie die PDS konstruiert „Die Linke“ den Mythos einer Gesellschaft sozialistischer Idealisten, die mit dem Herrschaftssystem der DDR nichts zu tun gehabt hat. Vergessen ist offenbar, dass die Bürger der DDR die SED 1989 in einer demokratischen, und nicht in einer sozialistischen Revolution stürzten.¹⁸

Alles in allem gibt sich das Grundsatzpapier der „Linken“ antikapitalistischer und radikaler als das Chemnitzer PDS-Programm, was die „orthodoxen“ Kräfte ausdrücklich begrüßten. Populistische Forderungen verdrängten realistische Konzepte der PDS. In der Feststellung, mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sei „das größte Gegengewicht“ zu den „zerstörerischen Tendenzen des ungehemmten kapitalistischen Marktes“¹⁹ weggefallen, liegt nahe an der alten SED-Ideologie des Systemantagonismus, die die PDS eigentlich hinter sich lassen wollte. Auf dem Vereinigungsparteitag der „Linken“ überboten sich die Vorsitzenden Oskar Lafontaine und Lothar Bisky mit Parolen wie: „Wir stellen die Systemfrage!“ Die Unverblümtheit dieser Worte überrascht. All das wertet

die DDR auf und stärkt die in der Partei ohnehin weit verbreitete apologetische Sicht auf den SED-Staat.

Meist wird übersehen, dass mit der WASG nicht nur Anhänger des Sozialstaatskonzepts, sondern auch Linksextremisten in die Partei kamen. Die Linksaußenformationen bilden in der neuen Partei sogar ein weit größeres Lager. Schon während des Fusionsprozesses hatten sie sich in zwei Strömungen formiert, die „Antikapitalistische Linke“ und die „Sozialistische Linke“. In den westlichen Landesverbänden stellen Linksextremisten eine starke Bastion. Sie lieferten sich Machtkämpfe mit gemäßigten Kräften und obsiegt meist. Paradoxiert finden die „Orthodoxen“ Verbündete in Parteichef Oskar Lafontaine und den auf die Arbeiterklasse und einen regressiven Antikapitalismus fixierten sozialen Populisten der Ex-WASG. Diese neue Phalanx bekämpft alle tatsächlichen und vermeintlichen „liberalen“ Auswüchse in der Partei. Die Kommunisten in der „Linken“ werden gestärkt, die „Pragmatiker“ der alten PDS, die durchaus für eine demokratische Entwicklung stehen konnten, geschwächt. Das sind keine guten Bedingungen für die Entwicklung einer realistischen, von ideologischen Implikationen freien Sicht auf die Vergangenheit.

5. AUSBLICK

Das Geschichtsverständnis der „Linken“ legt ein zwiespältiges bis ablehnendes Verhältnis zum demokratischen Verfassungsstaat an den Tag. Bekanntlich profitiert die Partei nun auch im Westen von günstigen Gelegenheiten. Dort stieß sie in neue Wählerschichten vor, die bislang nicht zur klassischen PDS-Klientel gehörten: Arbeiter, Arbeitslose und sozial Schwache. Wenngleich in den Verbänden der alten Länder Debatten über die DDR kaum eine Rolle spielen, unterstützt der strikte Antikapitalismus der Ex-WASG zumindest indirekt „orthodoxe Positionen“. Die Erfolgsbedingungen der Partei im Osten hängen dagegen nach wie vor eng mit dem von ihr vertretenen Geschichtsbild zusammen. In den neuen Ländern ist „Die Linke“ immer noch weniger eine Partei der materiell Benachteiligten, sondern vor allem der ehemaligen SED-Dienstklasse. Dort fällt die Verklärung der DDR auf fruchtbaren Boden. Sie befördert „antikapitalistische“ und „antiwestliche“ Ressentiments, die weit über die Anhängerschaft der alten PDS hinausreichen und die Demokratie in Zweifel ziehen.²⁰

Eine Abgrenzung durch die demokratischen Parteien tut Not, unangenehme Wahrheiten über „Die Linke“ auszusprechen, ebenso. Die Skrupel im Umgang mit ihr wachsen, je erfolgreicher die Partei ist. Die Scheu ist groß, ihre Wähler vor den Kopf zu stoßen. Doch wer überzeugend argumentiert und die Geschichtsmythen der „Linken“ entzaubert, kann zumindest zum Nachdenken anregen und dem Vergessen entgegenwirken.

- 1| Vgl. Schäfer, Velten: *Debatte unter historischen Leuchten*, in: *Neues Deutschland*, 27.10.2008.
- 2| Vgl. Knabe, Hubertus: *Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur*. – Berlin: List, 2008.
- 3| Vgl. Czichon, Eberhard / Hecker, Thomas / Marohn, Heinz: *Zur Programmatik von Kommunistinnen und Kommunisten in der PDS*. In: *Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS (Hrsg.): Warum sind KommunistInnen in der PDS?* – Berlin, 1994. – S. 18.
- 4| *Sofortinformation der Sitzung des Berliner Landesvorstandes*, Manuskript, 23.01.2007.
- 5| Goldstein, Kurt u. a.: *Fünf Überlegungen zum Umgang mit Geschichte*, Manuskript, 11.03.2007.
- 6| Kosing, Alfred: *Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie* – 3. Aufl. – Berlin: Dietz, 1987. – S. 105.
- 7| Ältestenrat der Partei „Die Linke“: *Anregungen zum Umgang mit der Geschichte*, Manuskript, 16.07.2008.
- 8| Vgl. umfassend Peters, Tim: *Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht*. – Wiesbaden: VS Verlag, 2006.
- 9| Vgl. Jesse, Eckhard / Lang, Jürgen P.: *„Die Linke“ – der smarte Extremismus einer deutschen Partei*. – München: Olzog 2008. – S. 265-268.
- 10| Goldstein u.a., *Fünf Überlegungen (Anm. 5)*.
- 11| Vgl. Pau, Petra: *Ratschlag zu linker Geschichte?*, Manuskript, 17.08.2008.
- 12| *Programmkommission der PDS: Thesen zur programmatischen Debatte*. In: *PDS-Pressedienst*, 26.11.1999.
- 13| Brie, Michael: *Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich? Fünf Einwände von Rosa Luxemburg und fünf Angebote zur Diskussion*, In: *Ders. / Hildebrandt, Cornelia (Hrsg.): Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch*. – Berlin: Dietz, 2006. – S. 89. – (Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung: 30).
- 14| Vgl. ausführlich Jesse / Lang, *„Die Linke“ (Anm 9)*, S. 202-204.
- 15| Kosing, *Wörterbuch (Anm. 6)*, S. 184.
- 16| Vgl. *Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS: Der 17. Juni – eine spontane Arbeitererhebung*, Manuskript, 25.04.2003.
- 17| *Programmatische Eckpunkte*. In: *Disput*, April 2007.
- 18| Vgl. Neubert, Ehrhart: *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*. – München: Piper, 2008.
- 19| *Programmatische Eckpunkte (Anm. 17)*.
- 20| Vgl. Neu, Viola: *Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus*. – Baden-Baden: Nomos, 2004. – (Extremismus und Demokratie: 9).

HERAUSFORDERUNGEN ALS CHANCE BEGREIFEN

ZUM AUSBAU VON ZUKUNFTSFELDERN IN DEN NEUEN LÄNDERN

Marion Eich-Born

„Die neuen Länder verfügen über durchaus beeindruckende endogene Potentiale in Zukunftsfeldern, mit denen sich die Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich bewältigen lassen.“ Diese Schlussfolgerung basiert auf den Ergebnissen einer Forschungsstudie, die die Autorin zusammen mit ihrem Kollegen Prof. Dr. Gerald Braun von der Universität Rostock im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums 2008 durchgeführt hat.

Achtzehn Jahre nach der Wiedervereinigung zeigen die statistischen Eckdaten immer noch erhebliche Wohlstandsunterschiede zwischen Ost und West auf, für die mehrere Ursachen zu identifizieren sind:

1. Die zunehmende Überlagerung transformationsbedingter Anpassungsprozesse der Nachwendejahre durch globale wirtschaftliche und gesellschaftliche Anpassungsprozesse, die in ihrem Ausmaß und daraus resultierenden Herausforderungen bisher beispiellos sind.
2. Der Einsatz eines regionalökonomischen Instrumentenkastens von gestern auf die globalisierte Ökonomie von heute.

3. Die Übertragung von Heilsrezepten aus den von Strukturwandel geprägten alten auf die neuen Länder, deren Rahmenbedingungen sich jedoch transformationsbedingt vollkommen anders darstellen.

Es ist daher ein Paradigmenwechsel in der Förderpolitik nötig.

GLOBALE WIRTSCHAFTLICHE UND GESELLSCHAFTLICHE ANPASSUNGSPROZESSE

Im Zeitalter der Globalisierung lassen sich regionale Wirtschaftserfolge in Industrienationen nur dann erzielen, wenn sie Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit anbieten. Die Identifikation dieser Herausforderungen, das Abschätzen daraus resultierender zukünftiger technologischer Entwicklungen und zielgerichtete wirtschaftspolitische Maßnahmen sind wesentliche Grundlagen für den Erfolg des zu vollziehenden Anpassungsprozesses. Zu den Herausforderungen unserer Zeit zählen:

- Globalisierung und zunehmender Wettbewerb zwischen den Regionen der Welt: Die Wiedervereinigung trat unglücklicherweise zeitgleich mit der Globalisierung ein, was den neuen Ländern die Möglichkeit raubte, einen „geschützten“ Transformationsprozess zu erfahren. Sie waren unmittelbar einem kolossalen internationalen Wettbewerb ausgesetzt mit entsprechend tiefgreifenden Folgen für Unternehmen, Sektoren, Standorte und Wirtschaftsräume. Im Ergebnis kristallisieren sich in den neuen Ländern heute Gewinner- und Verliererregionen heraus. Zu den Gewinnerregionen zählen die Gebiete, die mit innovativen Produkten, Herstellungsverfahren und Dienstleistungen neue Märkte erschließen, sowie der Notwendigkeit zur Miniaturisierung, Modularisierung und Beschleunigung des weltweiten Informationsflusses nachkommen.
- Damit ist zwangsläufig der Übergang zur Wissensgesellschaft verknüpft, denn nur dort, wo neues Wissen entsteht, können neue Produkte und neue Märkte erschlossen werden. Nur durch hoch qualifiziertes Humankapital wird in Forschung und Wissenschaft neues Wissen generiert, bzw. bestehendes Wissen neu kombiniert, so dass daraus Inventionen, Patentanmeldungen und innovative Unternehmensgründungen resultieren. Sie erweitern die Exportbasis und beschleunigen regionale Wachstumsprozesse.
- Die steigende Nachfrage nach Energieressourcen nicht nur durch die etablierten Industrienationen resultiert in enormen Preissteigerungen.

Insbesondere die Aufsteignationen China und Indien haben sich als entscheidende Preistreiber auf den energetischen Beschaffungsmärkten erwiesen und nehmen damit einschneidenden Einfluss auf die Wachstums- und Entwicklungschancen anderer Akteure.

- Die Preisentwicklung wird durch die fossile Ressourcenverknappung, vor allem von Erdöl und Erdgas in den nächsten sechzig bis achtzig Jahren, verschärft. Hinzu kommt die enorme Importabhängigkeit Deutschlands, wie Europas insgesamt, von politischen Krisenregionen (strategische Ellipse). Damit erweist sich die Energiebasis schon heute als eine entscheidende Determinante im sozioökonomischen Aufholprozess der neuen Länder, denn die steigenden Preise werden Haushalten und Unternehmen in den neuen Ländern aufgrund niedrigerer Einkommen und Produktivität viel stärker zusetzen als in den alten Ländern.
- Unter den Folgen des globalen Klimawandels spitzt sich das Energiethema weiter zu, so dass sich in den ersten Dekaden des 21. Jahrhunderts die Notwendigkeit für eine neue „lange Welle“ umwelt-, energie- und klimatechnologischer Basisinnovationen abzeichnet mit der Forderung nach einer Energiewende hinsichtlich Effizienz und Rohstoffen.
- Der demographische Wandel ist mit Abwanderung einer jungen, hoch qualifizierten Bevölkerung in ökonomisch prosperierende Regionen Deutschlands oder gar ins Ausland, Überalterung sowie heute schon spürbarem Fachkräftemangel verbunden, der sich in naher Zukunft weiter verschärfen wird. Damit einher geht die Verödung ganzer Landstriche, in denen die Akteure vor Ort kaum mehr Chancen sehen, an nach wie vor schwache Leuchttürme (Jena, Erfurt, Weimar, Eisenach, Dresden, Leipzig etc.) anzudocken.
- In jüngster Zeit gesellt sich die Finanzkrise als eine zentrale, global zu bewältigende Aufgabe hinzu.

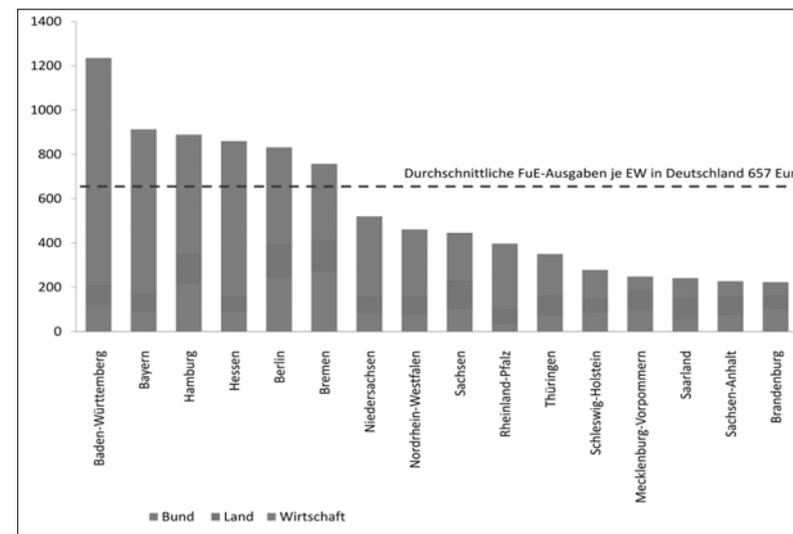
In der Summe dieser Herausforderungen wird die Wettbewerbsfähigkeit der neuen Länder in Zukunft noch stärker als bisher in Frage gestellt, wenn es nicht gelingt, technologische Wissensvorsprünge in Zukunftsfeldern zu erschließen. Notwendige Voraussetzungen hierfür sind

- Investitionen in Forschung und Entwicklung,
- systematische Vermittlung von etabliertem und neuem Wissen an das Humankapital,
- Patentierung neuer Ideen bzw. Gebrauchsschutz,
- Forcierung innovativer Unternehmensgründungen und
- systematischer Transfer von Forschungsergebnissen in neue Produkte.

In dieser Hinsicht sind die neuen gegenüber den alten Ländern wiederum im Nachteil, da das erforderliche Maß an FuE-Ausgaben von den kapital-schwachen, überwiegend klein- und mittelständisch geprägten Unternehmen nicht aufgebracht werden kann (vgl. Abbildung 1) Während in Westdeutschland 70 Prozent aller Leistungen für Forschung und Entwicklung (FuE) von der Wirtschaft getätigt werden, sind es in Ostdeutschland knapp über 40 Prozent. Insbesondere Thüringen und Sachsen mühen sich, dieses Defizit aus ihren Landeshaushalten so gut wie möglich auszugleichen. Grundsätzlich müssen in den neuen Ländern Wege gefunden werden, die Ausgaben von Bund und Ländern zu erhöhen und diese synergetisch zu verstärken. Der Aufholprozess gegenüber den alten Ländern gelingt nur, wenn mehr Mittel als bisher

- auf die Generierung von Alleinstellungsmerkmalen gegenüber der westdeutschen Konkurrenz ausgerichtet werden, da sich nur so Vorrangpositionen auf dem Weltmarkt erobern lassen,
- in Querschnittstechnologien fließen. Querschnittstechnologien stellen im klassischen Sinne keine klar definierten bzw. statistisch sauber abgrenzbaren Branchen dar sondern erschließen mehrere neue Branchen gleichzeitig und tragen mit ihren Ergebnissen zu Revitalisierungserfolgen bereits etablierter Branchen bei. Mit anderen Worten, Querschnittstechnologien verfügen ganz im Sinne Schumpeters über Potentiale, mit denen sich nachhaltige, alle Bereiche der Wirtschaft umfassende Konjunkturaufschwünge induzieren lassen.

Abbildung 1: FuE-Ausgaben nach Ländern und Akteuren (Wirtschaft, Bund, Land) 2005



Quelle: Bundesforschungsbericht 2008, Darstellung: Eich-Born.

METHODISCHES VORGEHEN

Zentrale Aufgabe der Forschungsstudie war die Identifikation von potentiellen Zukunftsfeldern in den neuen Ländern. Durch Analyse internationaler und nationaler Studien zu Megatrends sowie politischer Strategien zum Thema konnten insgesamt dreizehn Zukunftsfelder isoliert werden. Für die neuen Länder wurden daran anschließend über sekundärstatistische Analysen und qualitative Verfahren vorhandene Forschungsschwerpunkte, Humankapital- und Unternehmenspotentiale sowie Patentanmeldungen aus diesen dreizehn insgesamt sechs Zukunftsfelder identifiziert, die schon heute über Alleinstellungsmerkmale gegenüber der westdeutschen Konkurrenz, querschnittstechnologische Eigenschaften sowie ausreichender kritischer Masse hinsichtlich FuE-Kapazitäten, Humankapital, Unternehmensanzahl und eingeschränkt auch Patentanmeldungen verfügen:

- Gesundheit/Medizin
- Biotechnologie
- Energie/Umwelt (Biodieselproduktion, Windkraft, Photovoltaik)

- Information/Kommunikation
- Optoelektronik
- Nanotechnologie/Neue Materialien

Auffallend ist, dass die meisten Zukunftsfelder in den neuen Ländern an bestehende Traditionen, wenn auch in einem anderen Gewand, anknüpfen. So hat die Photovoltaik mit ihrer unglaublichen Entwicklungsdynamik gezeigt, dass Zukunftsfelder von vorhandenem, tradiertem Wissen aus der chemischen Industrie (Bitterfeld) profitieren und zur Herausbildung neuer industrieller „hot spots“ (Erfurt, Freiberg-Dresden) beitragen können. Aktuell wird die Dynamik der Photovoltaik durch die Spitzenclusterinitiative des BMBF mit einem weiteren Finanzvolumen von 40 Millionen Euro über die drei Länder Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt hinweg unterstützt und der vorhandene Wissensvorsprung weiter ausgebaut:

- Bereits 80 Prozent der Herstellungskapazitäten der Photovoltaik befinden sich in den neuen Ländern, was dem Kriterium des Alleinstellungsmerkmals – wenn auch eingeschränkt – entgegenkommt.
- Als Querschnittstechnologie entsendet die Photovoltaik Innovationsimpulse in viele Branchen: So eröffnet sie z.B. der Optik/Lasertechnologie neue Chancen mit ihren Beschichtungsverfahren, ebenso trägt sie zu Innovationspfaden in der Automobilindustrie (z.B. Solardächer) oder gar Fertigungstechnologie bei, um nur einige Beispiele zu nennen.

Mit dem Ausbau der Zukunftsfelder erschließt sich für die neuen Länder die Möglichkeit, einen entscheidenden Mangel der Transformation auszugleichen: Das Fehlen von Unternehmenszentralen, die sich auf der Basis des dynamischen Wachstums von Zukunftsfeldern auf- und ausbauen lassen. Auffallend sind die schon heute respektablem geographischen Konzentrationen von Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Produktion, Beschäftigung und Beschäftigungswachstum von allen sechs Zukunftsfeldern in Teilregionen der neuen Länder (vgl. Abbildung 2 und 3). Leider ließ sich aufgrund der unterschiedlichen Datenlage keine Vergleichbarkeit der Karten z.B. auf der Basis einer Indikatorkombination, wie etwa Produktionsbeschäftigung, FuE-Beschäftigung und Anzahl der Unternehmen, erzielen.

Abbildung 2: Optik

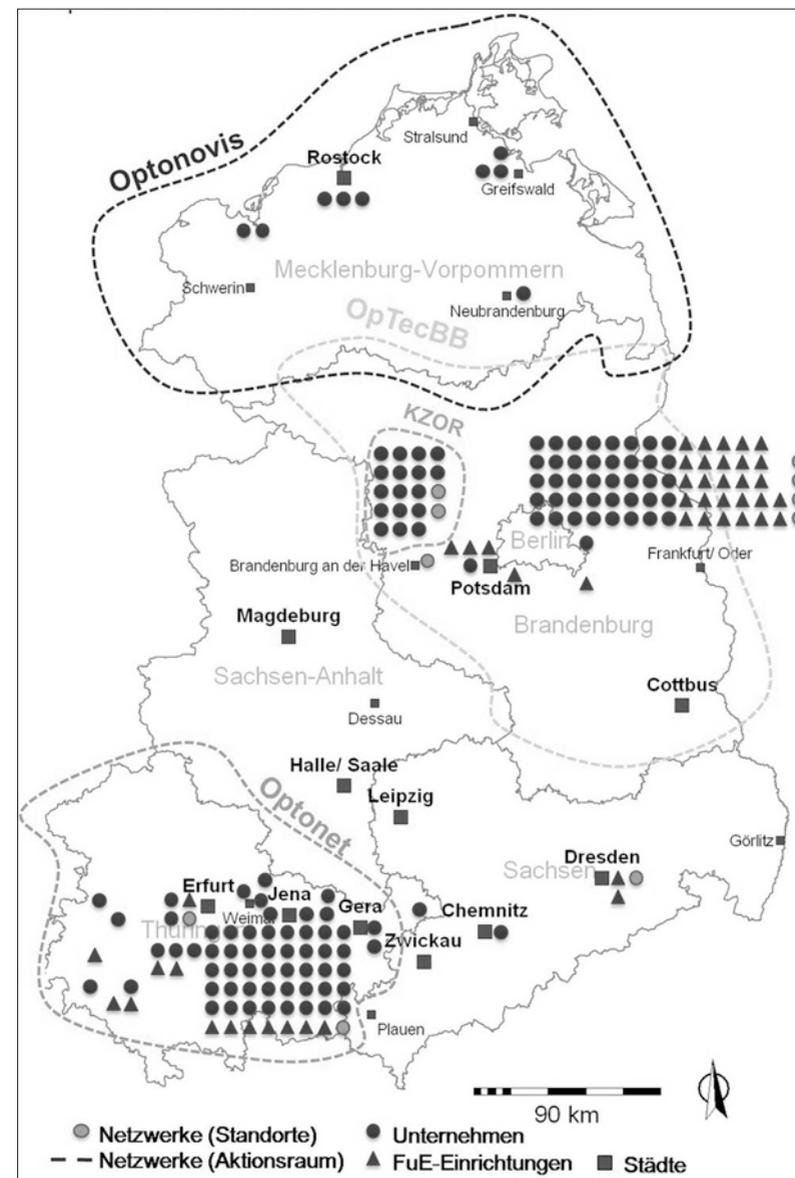
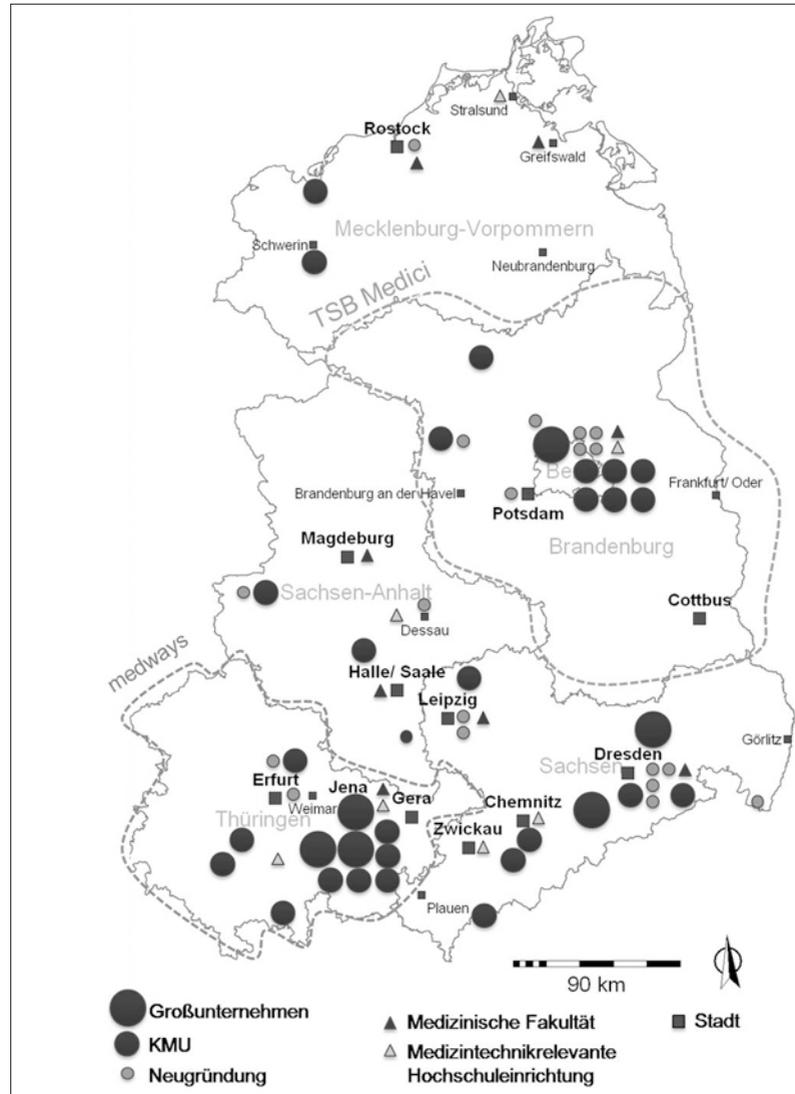


Abbildung 3: Medizintechnik



Räumlich haben sich die neuen Länder im Hinblick auf diese sechs Zukunftsfelder deutlich ausdifferenziert. Es ragen Berlin und sein brandenburgisches Umland neben den sächsischen (Dresden, Halle/Leipzig, Chemnitz, Zwickau) und thüringischen Agglomerationsräumen (Jena, Erfurt) als Aufsteiger heraus. Dort konzentrieren sich Humankapital,

wirtschaftliche Aktivitäten und FuE-Kapazitäten. Aber auch ländliche Regionen zeigen in Zukunftsfeldern Ansatzpunkte für weitere Entwicklung insbesondere im Bereich der Erneuerbaren Energien, die Grundlage für spill-over-Effekte im Bereich Gesundheits- und Agrarwirtschaft sein können. Problematisch ist, dass die Wachstumskerne in den Agglomerationsräumen nur sehr eingeschränkt über die notwendige Ausstrahlungskraft verfügen, um das weitere Umland in die Entwicklung einzubeziehen.

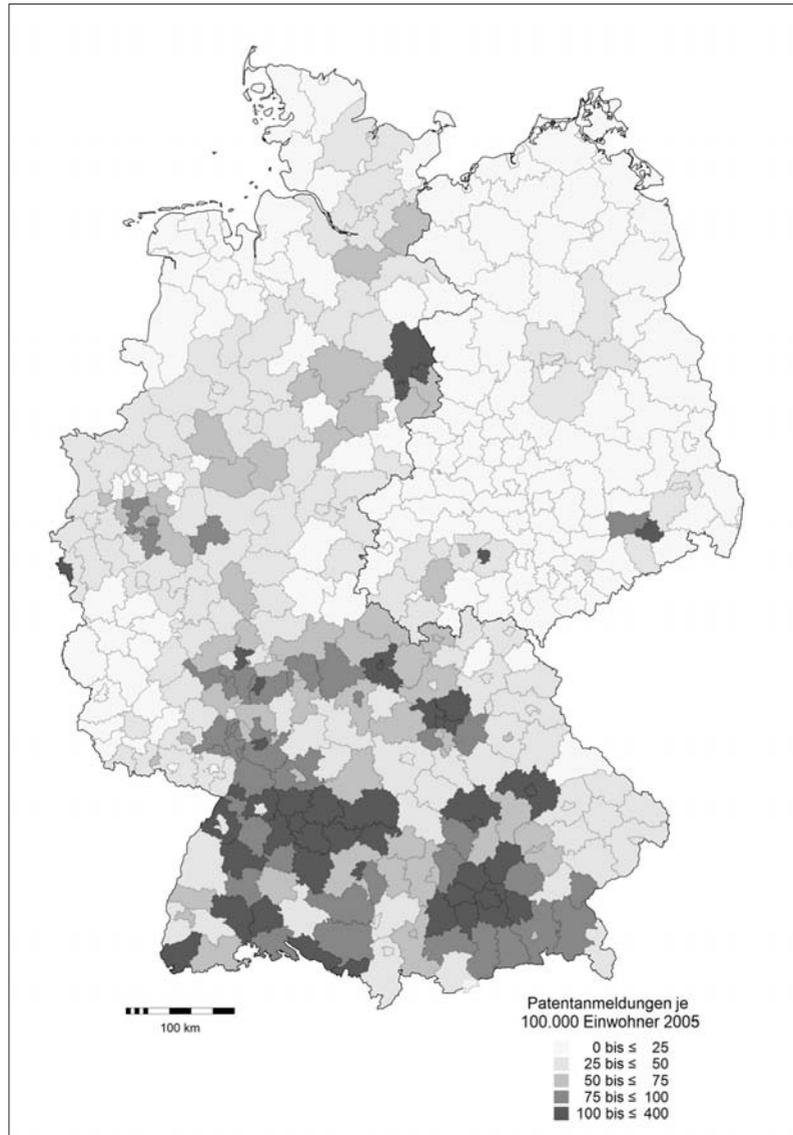
Wenn auch insgesamt in allen sechs Zukunftsfeldern auf eine vergleichsweise gut ausgestattete Forschungsinfrastruktur zurückgegriffen werden kann, so lässt der FuE-Output immer noch zu wünschen übrig. Die Patentanmeldungen in den neuen Ländern bleiben unter dem deutschen Durchschnitt. Abbildung 4 (siehe Seite 86) stellt die geographische Verteilung der Patentanmeldungen branchenübergreifend dar. Lediglich Thüringen und Sachsen können auf Innovationsinseln verweisen. Ursächlich für die Patentschwäche im überwiegenden Teil der neuen Länder ist die kleine und mittelständische Struktur der Unternehmenslandschaft, die so gut wie keine eigenen Forschungsleistungen finanzieren kann. Dieser Tatbestand rückt die Bedeutung von Hochschulen und sonstigen öffentlichen Forschungseinrichtungen viel stärker ins Zentrum der förder- und entwicklungspolitischen Aufmerksamkeit. Allerdings ist die Vernetzung zwischen den beiden Akteursebenen unzureichend, so dass bisher nennenswerte Beiträge aus der Forschung für die Umsetzung in marktfähige Produkte ausgeblieben sind. Dies unterstreicht, dass die neuen Länder nicht nur hoch qualifizierte Fachkräfte und innovative Unternehmer benötigen, sondern auch ein kluges Innovationsmanagement.

DER REGIONALÖKONOMISCHE INSTRUMENTENKASTEN UND DAS THEMA TRANSFORMATION

Der Vorwurf, mit dem regionalökonomischen Instrumentenkasten von gestern die globalen Probleme von heute und morgen lösen zu wollen, trifft auf die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung nur eingeschränkt zu. Es darf nicht vergessen werden, dass es zunächst darum gehen musste, bestehende Strukturen zu erhalten, sofern sie nach ihrem Umbau eine Chance auf Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit besaßen. Allerdings hätte spätestens nach zehn Jahren Strukturerehalt, als die wesentlichen Privatisierungen und Modernisierungen abgeschlossen waren, ein Paradigmenwechsel in der Förderpolitik erfolgen müssen. Nicht umsonst deklariert die EU 2000 die Lissabon-Strategie. Sie fordert

eine Abwendung von Struktur erhaltenden und Hinwendung zu Struktur gestaltenden, auf Innovation, Wissen und Humankapital setzende Maßnahmen in der Förderpolitik.

Abbildung 4: Geographische Verteilung der Patentanmeldungen



Quelle: Patentatlas 2006, Darstellung: Schultz, Kessler, Eich-Born.

Während in den alten Ländern Strukturkrisen in der Regel nur eine Branche und einen Teil der Gesellschaft in einer Subregion Deutschlands umfassten, wurden in den neuen Ländern alle Branchen, alle gesellschaftlichen Gruppen und Teilregionen vom Transformationsprozess gleichzeitig erfasst. Auch dieser Tatbestand unterstützt die Notwendigkeit für eine strukturerhaltende Förderpolitik in den unmittelbaren Nachwendejahren, wenn nicht das gesamte industrielle Rückgrat der neuen Länder dem Transformationsprozess in einer globalisierten Welt zum Opfer fallen sollte. Gewachsene Netzwerkstrukturen zwischen den Unternehmen sind in dieser Zeit jedoch zerbrochen und haben sozusagen im Dominoeffekt regionale Abwärtsspiralen ausgelöst. Der Komplexität eines solchen Prozesses konnten die förderpolitischen Organisationsstrukturen kaum gerecht werden.

Netzwerkstrukturen sind jedoch eine ganz wesentliche Voraussetzung, um den verschärften Wettbewerb unter Globalisierungsbedingungen bewältigen zu können. Sie schaffen durch Aufspaltung der Wertschöpfungsketten auf hochspezialisierte Segmente des Produkts bzw. Produktionsprozesses die Möglichkeit, Forschung und Entwicklung konzentrierter und zielgerichteter durchführen zu können. Räumliche Nähe der jeweiligen beteiligten Akteure spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle, denn nicht-kodifiziertes Wissen verlangt nach zeitnahe und räumlich unmittelbarem Austausch zwischen interdisziplinären Akteuren. Derartige Glokalisierungstendenzen bedürfen spezifischer Steuerungsmechanismen.

Unter diesen Umständen reicht es nicht aus, „von oben“ Fördertatbestände, Fördergebietsabgrenzungen und Förderregeln festzulegen und einzelne Unternehmen auf Antrag in den Genuss von Fördermitteln kommen zu lassen. Komplexität des Transformationsprozesses sowie Intensität des globalen Wettbewerbs erfordern einen systemischen Förderansatz, der nicht nur das einzelne Unternehmen, sondern die gesamte Wertschöpfungskette, FuE, Bildung und damit auch die Region im Auge behalten muss, quasi eine vernetzte Förderung von oben und Entwicklung von unten auf Basis der vorhandenen endogenen Potentiale. Die derzeitige Förderpolitik fokussiert jedoch nach wie vor zu sehr auf die einzelnen Unternehmen, weniger auf Verflechtung von Unternehmen in einer Region bzw. deren Andockung an Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Das dürfte insbesondere für die kapital- und forschungsschwachen, kleinen und mittleren Unternehmen von Bedeutung sein, denn im internationalen

Wettbewerb ist weniger Kleinheit als vielmehr Einsamkeit der Unternehmen von Nachteil. Gerade weil der kleine und mittelständische Unternehmer im Tagesgeschäft untergeht, ist er auf eine gute Vernetzung in einem Innovationscluster angewiesen, wenn er eine gut durchdachte unternehmensstrategische Ausrichtung vornehmen will.

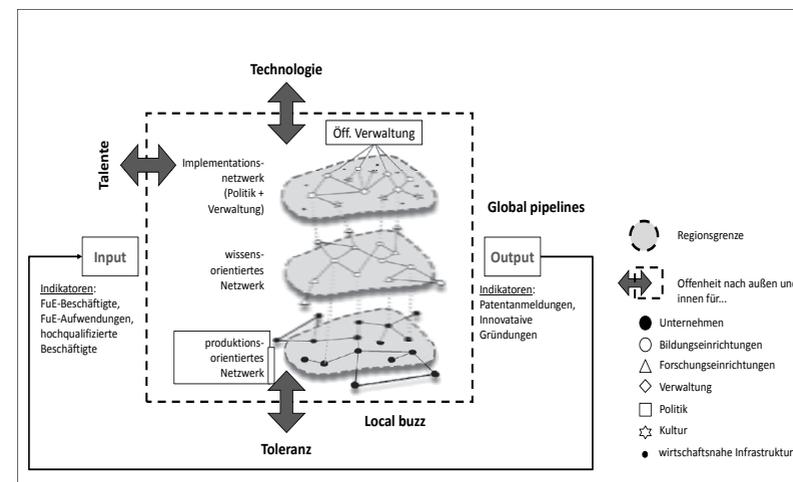
Europäische Vergleichsregionen mit sehr viel schlechteren Voraussetzungen als in den neuen Ländern (Finnland, Irland, Schottland) haben durch eine Kombination von klug aufeinander abgestimmten *top-down*-Förderangeboten und breit angelegten, systemisch ineinander greifenden *bottom-up*-Steuerungsmechanismen bemerkenswerte sozioökonomische Erfolge erzielt. Kernpunkt einer solchen Entwicklungspolitik „von unten“ war die Einbindung nahezu aller regionalen Gesellschaftsschichten (Unternehmer und ihre Arbeitnehmervertretungen, Bildungs- und Forschungsakteure, Administration und Politik; vgl. Abbildung 5) über Kommunikations- und Aktionsplattformen in einem regionalen Innovationscluster.

Eine solche regionale Steuerungsarbeit kommt einer Herkulesaufgabe gleich,

- da ein beständiges regionales Monitoring auf der Basis von sekundärstatistischen Analysen untersetzt mit qualitativen Erhebungsmethoden die neuesten Trends offen legen sollte,
- regionale Stakeholder an einen Tisch zu bringen sind,
- zwecks Formierung von Netzwerken aus Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung als auch Verwaltung (Triple Helix Modell)
- regionale Leitbilder erstellt werden müssen in Kooperation mit allen Interessengruppen
- Initiativen mit gleicher Wirkungsrichtung förder- und entwicklungspolitisch synergetisch zu bündeln sind.

Um Zukunftsfeldpotentiale in vollem Umfang nutzbar machen zu können, liegt nicht nur die Einrichtung von branchenspezifischen Netzwerk- und Clustermanagements nahe, sondern auch die eines Meta-Clustermanagements, das systematisch die möglichen Synergieeffekte zwischen Zukunftsfeldern und anderen Branchen im Land eruiert und steuert.

Abbildung 5: Regionales Innovationscluster in der Förder- und Entwicklungspolitik



Quelle: Eich-Born.

Eine derartige Vorgehensweise garantiert das Erkennen nahezu aller endogenen Potentiale in den einzelnen Regionen (auch des ländlichen Raumes), die Offenlegung der meisten Initiativen, eine bessere Abstimmung der einzelnen Tätigkeiten aufeinander und erschließt Möglichkeiten zur Andockung des ländlichen Raums an die Leuchttürme. Sie mag ebenfalls einen Beitrag dazu leisten, dass die zur Verfügung stehenden Fördermittel auch tatsächlich genutzt werden. Bisher erweist sich nämlich auch die kleine und mittelständische Struktur der Unternehmenslandschaft und ihre einseitige Ausrichtung auf Produktion etablierter Marktgüter als Hemmnis bei der Ausschöpfung des Fördermittelbudgets. Ist eine Investition in einem KMU erst einmal getätigt, dann sind in den Folgejahren nicht unbedingt weitere Mittel erforderlich, so dass sie auch nicht von den Unternehmen abgerufen werden. Die systemische Einbindung der Humankapitalbildung im Umfeld der Unternehmen, die Einbettung der Hochschulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen mit ihrem Forschungspotential in den Förder- und Entwicklungsprozess vermögen sowohl im quantitativen wie qualitativen Sinne zu einer Optimierung der Förderung beizutragen.

In den internationalen, regionalen Erfolgsbeispielen wurde der Komplexität einer solchen Förder- und Entwicklungsaufgabe durch den Einsatz größerer Expertenteams vor Ort Rechnung getragen bestehend aus Regionalentwicklern, Ökonomen, Entrepreneurshipkennern etc. für einen Zeitraum von sechs Jahren. Sie werden durch Ausschreibungsverfahren ausgewählt und können sich nach Ablauf der Frist auf dem Markt wieder für die Übernahme dieser Funktion bewerben. In den einzelnen Regionen der neuen Länder gibt es mittlerweile zwar regionale Niederlassungen wie etwa in Thüringen mit der Gesellschaft für Arbeit und Wirtschaft (GfAW), der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) und der Aufbaubank, deren Aufgabe auch die Impulse gebende Entwicklungssteuerung sein müsste. Allerdings verstehen sie ihre Aufgabe eher im Sinne von Förderung, des Verwaltens von Förderanträgen und damit des Wartens auf den Förderantrag „von unten“. Sie haben zwar den Vorteil, dass sie nicht der regionalen Verwaltung angehören und damit administrative Beharrungsmomente von außen besser aufbrechen können, allerdings nehmen sie diese Funktion nur auf der Förderseite, weniger auf der Entwicklungsseite wahr. Die einzelnen in den Regionen implementierten Regionalmanager können einem solch umfassenden pro-aktiven Handlungsansatz aufgrund mangelnder Manpower kaum gerecht werden.

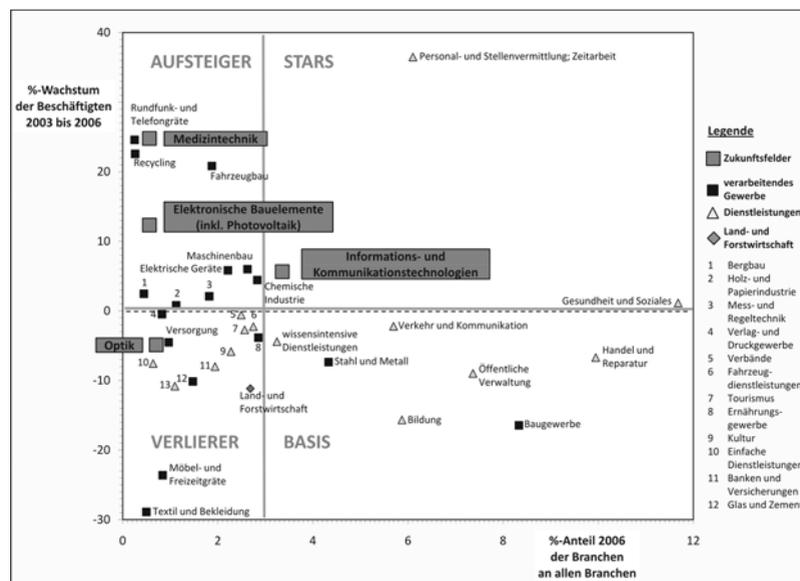
Auch die Branchen-Netzwerkmanager sind nur ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sie sind insbesondere dann erfolgreich – netzwerkfördernde Eigenschaften der jeweiligen Persönlichkeit des Netzwerkmanagers vorausgesetzt –, wenn innerhalb der Branche bereits industriegetriebene Ansätze zur Vernetzung vorhanden sind. Insbesondere die Erfahrungen mit Zukunftsfeldern hat gezeigt, dass die Arbeit der Netzwerkmanager über die Grenzen von Branchen und Zukunftsfeldern hinweg erfolgen muss, wenn rechtzeitig genug technologische *spill-over*-Potentiale einzelner Innovationen synergetisch erschlossen werden sollen, wie etwa die neuen Möglichkeiten der Lasertechnologie im Rahmen der Photovoltaik. Daraus resultiert zwangsläufig die Notwendigkeit für ein Meta-Clustermanagement, das die bisherige Konkurrenzsituation der einzelnen Netzwerkmanager untereinander in ein Kooperationsverhältnis überleitet. Auch an dieser Stelle sieht sich Förder- und Entwicklungspolitik vor neuen organisatorischen Herausforderungen, denn der Aufbau von Netzwerken von unten benötigt Zeit, ein Umstand, der bei der Bewilligung von Förderzeiträumen zu berücksichtigen ist. Schließlich lassen sich die seit Jahren eher *top-down* ausgerichteten Organisationsstrukturen nicht schnell genug neu ordnen, förderpolitische Rituale nicht so

ohne weiteres aufbrechen. Aus diesem Grunde empfiehlt sich eine Unterstützung des pro-aktiven Handlungsansatzes von außen, etwa durch ein Zentrum für Regionalentwicklung an einer regionsansässigen Hochschule. Seine Aufgabe bestünde darin, auf der Basis von sekundärstatistischen Analysen (Dateien der Bundesagentur für Arbeit, der Statistischen Landesämter etc.) und qualitativer Befragungsmethoden Entwicklungsstand und Entwicklungsdynamik der einzelnen Regionen in dem jeweiligen neuen Bundesland in einem beständigen regionalen Monitoring zu analysieren, zwischen den einzelnen Subregionen vergleichbar zu machen, in Zusammenarbeit mit den vorhandenen regionalen Niederlassungen (GfAW, Regionalmanager, Aufbaubank, LEG) und in Kooperation mit den zuständigen Ministerien die notwendigen Impulse in die Regionen zu geben. Ein solches Zentrum hätte schließlich auch den Vorteil, dass es im Rahmen seiner Forschungstätigkeit ohnehin international eingebettet ist und aktuelles Branchen-, Forschungs- und förderpolitisches Wissen von den „Weltbühnen“ an die beteiligten regionalen Akteure herantragen könnte. Es garantiert die Offenheit des Clusters nach außen und mindert die Gefahr der Abschottung und regionalökonomischer lock-ins, denn „jeder geschlossene Raum ist ein Sarg“¹.

Interessante Entwicklungsmöglichkeiten lassen sich alleine schon aus regionsweise zu erstellenden, standardisierten Portfolioanalysen erschließen. Als wesentliche Datengrundlage stellen sie z.B. die Beschäftigungs- und Umsatzentwicklung gemäß den Phasen im Lebenszyklus nach Entwicklungsstand und Entwicklungsdynamik dar. Abbildung 6 visualisiert dies für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung 2003-2006 gemessen am durchschnittlichen Beschäftigungswachstum (waagerechte graue Achse) bzw. der durchschnittlichen Branchenstärke (senkrechte graue Achse) für Thüringen an ausgewählten Branchen. Vier der genannten sechs Zukunftsfelder lassen sich zumindest eingeschränkt statistisch grob erfassen.

Die beiden eingefügten Achsen mit den entsprechenden Durchschnittswerten für den Entwicklungsstand und die Entwicklungsdynamik gliedern das Diagramm in vier Quadranten, die sowohl die wirtschaftlichen Stars einer Region mit überdurchschnittlichem Beschäftigungsanteil und überdurchschnittlichem Wachstum aufzeigen, als auch die Verlierer mit unterdurchschnittlichem Branchenanteil und Wachstum bzw. überdurchschnittlicher Schrumpfung.

Abbildung 6: Portfolioanalyse der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Thüringen 2003 bis 2006



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Darstellung: Zermann, Eich-Born.

Die neuen Länder zeigen durchgängig signifikant geringe Star-Anteile. Unter den wenigen Branchen haben die Personalvermittlungen eine herausragende Position, mit entsprechend niedrigeren Löhnen als bei sogenannten direkten Anstellungsverhältnissen. Sie tragen kaum zu Wohlstand in der Region bei, zumal die betroffenen Arbeitsplätze im konjunkturellen Krisenfall zuerst Opfer des Arbeitsplatzverlusts sind. Sie machen die Notwendigkeit verstärkter Förderung von FuE in den neuen Ländern nur zu deutlich, die sich vorzugsweise auf die Hoffnungsträger der Zukunft, die sogenannten Aufsteiger im ersten Quadranten, konzentrieren sollte. Sie können nach dem jetzigen Entwicklungsstand nur auf eine unterdurchschnittliche Branchenstärke verweisen, zeichnen sich allerdings durch ein überdurchschnittliches Wachstum aus. In Thüringen handelt es sich u.a. um Mess- und Regeltechnik, chemische Industrie und elektronische Bauelemente (u.a. Photovoltaik), Recycling, Maschinenbau etc. Auf wesentlich tieferer Disaggregationsstufe lassen sich in Verbindung mit qualitativen Analysemethoden Zukunftsfeldpotentiale bzw. sich revitalisierende etablierte Branchen herausfiltern. Solche Aufsteiger sollten regionsweise in den Fokus der Förder- und Entwicklungspolitik gerückt werden. Hier gilt es festzustellen, welche Unternehmen sich hinter dieser

Entwicklung verbergen und wie diese in ihrem Wachstumsprozess unterstützt werden können (FuE, Unternehmensberatung, regionale Vernetzung etc.).

Auch der Branchenbasis, unterdurchschnittliches Wachstum bei überdurchschnittlicher Branchenstärke, ist förder- und entwicklungspolitisch in diesem Sinne größere Beachtung zu schenken, denn über entsprechende Produkt- und Prozessinnovationen kann die Position im Lebenszyklus eventuell verjüngt und neue Marktanteile gewonnen werden. Vernachlässigt werden sollten Branchen im Verliererquadranten, sofern sich keine Produkt- und Prozessinnovationen absehen lassen, mit denen eine Revitalisierung der Branche ermöglicht werden kann. In Thüringen zählt landesweit betrachtet die Zukunftstechnologie Optik in dem gewählten Untersuchungszeitraum dazu. Differenziert nach Regionen ergibt sich jedoch ein anderes Bild.

Fazit: In den neuen Ländern gibt es durchaus Zukunftsfelder, die es systematisch zu „beackern“ lohnt. Den Hochschulen des Landes kommt im Rahmen des erforderlichen Innovationsprozesses eine herausragende Bedeutung zu. Die Politik sollte ihre Scharnierfunktion zwischen Wissenschaft und Wirtschaft viel stärker als bisher in den Fokus ihrer Förder- und Entwicklungsaktivitäten rücken.

1| Pütz, Robert (Hrsg.): *Ostmitteleuropa im Umbruch. Wirtschafts- und sozialgeographische Aspekte der Transformation.* – Mainz: Geographisches Institut, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, 1999. – (Mainzer Kontaktstudium Geographie; 5).

DER INNOVATIONSSTANDORT OSTDEUTSCHLAND¹

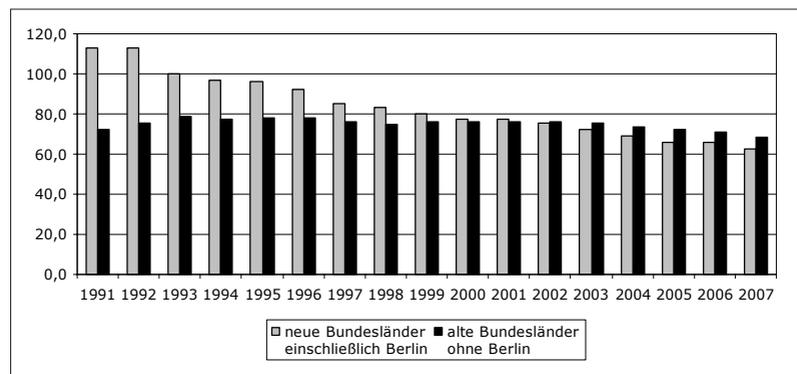
Ulrich Blum | Jutta Günther

1. DAS OSTDEUTSCHE INNOVATIONSSYSTEM IM KONTEXT VON TRANSFORMATION UND KONVERGENZ

Wettbewerb zerfällt immer in zwei Phasen, nämlich den Innovationsprozess, also die Realisierung „neuer Kombinationen“² und den Transferprozess, also die Verschiebung von Marktanteilen von den bisherigen zu den neuen Anbietern, den Innovatoren. Letzteres bedeutet, dass eine Umverteilung stattfindet, welche auch die Beschäftigung tangiert: Niedergehende Branchen oder Unternehmen werden versuchen, sich dem entgegenzustemmen, indem sie entweder zu Nachahmern werden oder indem sie versuchen, sich mit Verbesserungsinnovationen eine neue Spitzenposition zu erobern. Hier lagen die wesentlichen Probleme nach der Wende begraben: Das ostdeutsche Innovationssystem war weitgehend zerfallen, Marktanteile eroberten regionsfremde Unternehmen, vor allem aus Westdeutschland und dem Ausland. Auch Nachahmung war mit den begrenzten Mitteln nur schwer möglich. Die nicht wettbewerbsfähigen Produktionskosten, die sich in hohen Lohnstückkosten zeigten, verhinderten, dass gute Ideen schnell in ein erfolg-

reiches Erobern von Märkten umgesetzt werden konnte. Eine Anpassung musste zunächst durch erhebliche Verbesserungen der Produktivität erfolgen. Abbildung 1 zeigt, dass dieser Prozess knapp zehn Jahre benötigte.

Abbildung 1: Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe = (Arbeitnehmerentgelt im Verarbeitenden Gewerbe je Arbeitnehmer / Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen im Verarbeitenden Gewerbe je Erwerbstätigem) * 100



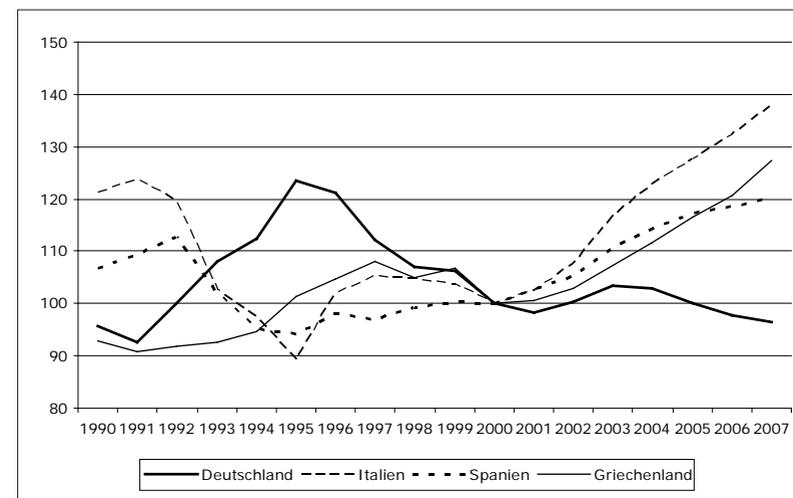
Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2008³, Berechnungen und Darstellung des IWH.

Oft wird argumentiert, viel zu geringe Anteile der hohen öffentlichen Subventionen zur Finanzierung des Übergangs seien dem Aufbau eines neuen Kapitalstocks zugute gekommen. Klassisches *rent-seeking*, also das Vereinnahmen von Entgelten weit oberhalb alternativer Verwendungsmöglichkeiten des Produktionsfaktors Arbeit⁴, habe die Anpassung verlangsamt und dies läge damit in bester Tradition westdeutscher Sündenfälle, wie beispielsweise des Bergbaus. Dies verkennt, dass das Erfordernis, Humankapital vor Ort zu halten, eine notwendige Bedingung des Wiederaufbaus war und ist. Vor allem solche Regionen, die hier einen Schwerpunkt gesetzt haben, sind heute besonders erfolgreich.

Im internationalen Kontext war es erforderlich, dass die Lohnstückkosten im Osten schneller fallen mussten als im Westen, weil die Deutsche Mark, bedingt durch ihre Aufwertung als Folge der Finanzierung der Deutschen Einheit durch Verschuldung und der Zinsreaktion der Deutschen Bundesbank⁵, zu teuer in den Euro gegangen war und somit der „deutsche Euro“ fallen musste, um im europäischen Kontext wieder wettbewerbsfähig zu

werden (Abbildung 2). Das konnte nur dadurch geschehen, dass lokale Preise real sanken, also Immobilienpreise und Löhne über Jahre hinter der Produktivitätsentwicklung zurückblieben.

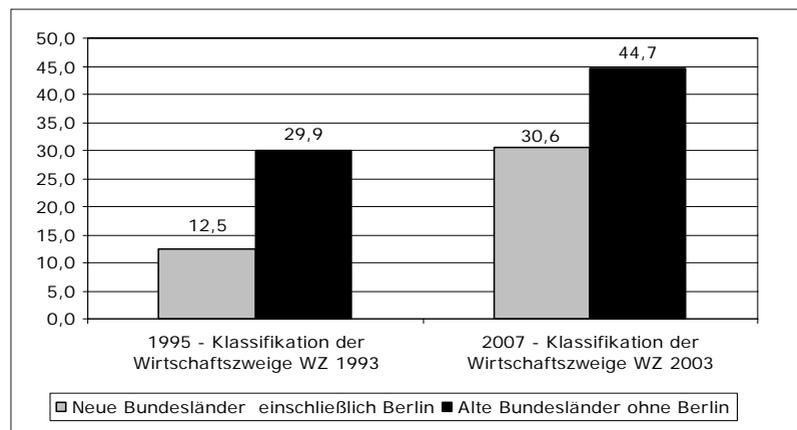
Abbildung 2: Entwicklung der Lohnstückkosten in ausgewählten Ländern Europas



Quelle: IMF, Darstellung des IWH.

Der Erfolg dieser Anstrengung ist an folgenden Zahlen in Abbildung 3 zu erkennen: Die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland lag 1995 bei 30 Prozent und im Jahr 2007 bei knapp 45 Prozent. Die entsprechende Exportquote der neuen Länder stieg in dieser Zeit von 12,5 Prozent auf 30 Prozent. Der Lohnstückkostenfaktor ist die kritische Größe, und dieser Wettbewerbsvorteil lässt sich nur durch Innovationen aufrechterhalten. Im deutschen Kontext wird er vor allem von der Technologie getrieben. Aber nicht alle Innovationen hängen von Forschung und Entwicklung (FuE) ab. Die Franzosen machen sehr viele Innovationen mit Mode, dafür braucht man keine FuE, sondern vor allem Kreativität. Prozessinnovationen sind häufig ein Nebenprodukt der eigentlichen Produktion und nicht selten ist es die Nachfrageseite (Kunden), die Produktinnovationen vorantreibt.

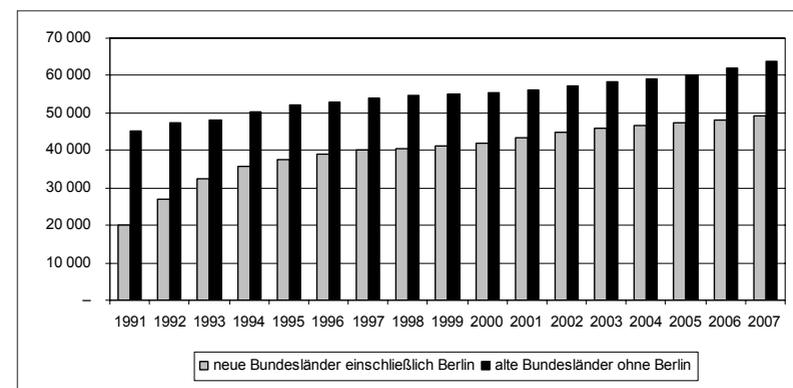
Abbildung 3: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in Betrieben* des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, in Prozent



* Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.
Quelle: Berechnung und Darstellung des IWH auf der Grundlage von Daten aus dem Statistischen Bundesamt (1996,2008)⁶.

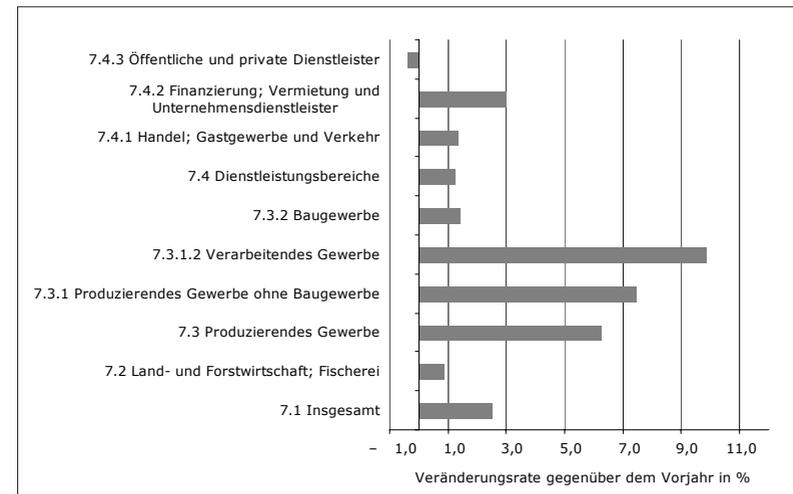
Das zeigt, wie unterschiedlich ausgestaltet Innovationskanäle sein können. Die innovative Kraft Ostdeutschlands ist deshalb entscheidend, weil seit etwa zehn Jahren die Konvergenz zu Westdeutschland stagniert (vgl. Abbildung 4), sich also der absolute Abstand des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf nicht verringert. Es ist schließlich nicht sicher, ob das bisherige Wachstum, das nach erheblichen sektoralen Umstrukturierungen inzwischen fast ausschließlich der Industrie zu verdanken ist, auf nachhaltigen Faktoren aufbaut. Denn starke Kräfte leisten negative Wachstumsbeiträge, beispielsweise die Anpassung des Öffentlichen Diensts (vgl. Abbildung 5, ganz oben, unter „Öffentliche und private Dienstleister“). Offensichtlich stellt die Qualität des Innovationsstandorts Ostdeutschland eine wichtige, zu untersuchende Schlüsselgröße dar, den Abstand zu verringern, also im Weltmaßstab Marktanteile und vor allem Wertschöpfung in der Region zu erzielen.

Abbildung 4: Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigem, in Euro



Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2008, Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung, Darstellung des IWH.

Abbildung 5: Veränderungsrate der Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet) nach Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr, in Prozent



Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2008, Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung, Darstellung des IWH.

2. CHARAKTERISTIKA DES OSTDEUTSCHEN INNOVATIONSSYSTEMS

Innovationsprozesse verlaufen in sehr unterschiedlichen Pfaden oder Trajektorien. Komparative Vorteile, die eine Region besitzt, sollten in diesen Pfaden auch abgebildet sein. Der hohe Grad an Vorleistungsorientierung – auch als Folge fehlender Headquarters – bewirkt, dass hier im großbetrieblichen Bereich Sektoren mit Massenproduktionsvorteilen dominieren, deren bevorzugte Technologiequellen das Produktionsengineering, das Nutzen von Lernkurveneffekten, spezialisierte Entwicklungsbüros und Lieferanten sind. In den übrigen Bereichen haben sich vor allem horizontale, FuE-getriebene, oft mittelständisch strukturierte Cluster aufgestellt⁷, um eine kritische Masse zu überschreiten – die dann aber langfristig auch wirtschaftspolitisch abzusichern sind. Gerade die grüne Gentechnik, aber auch die Umwelttechnologien sind Beispiele.

Tabella 1

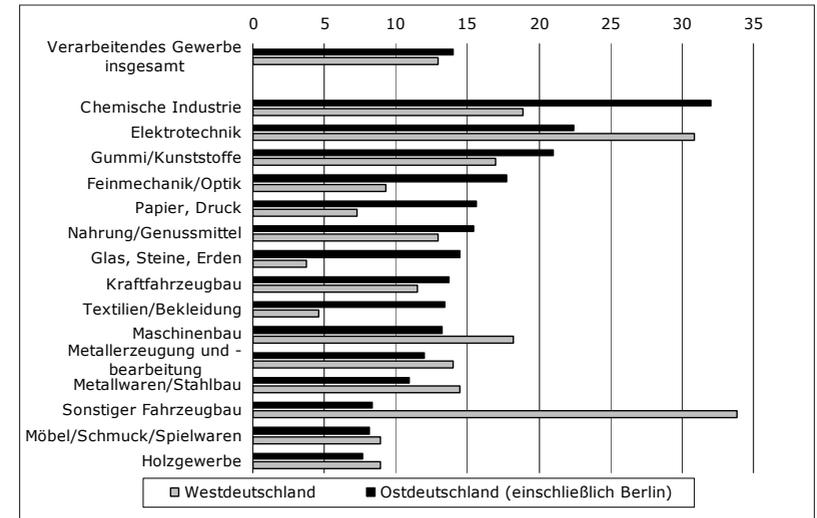
Trajektorium	Typische Sektoren	Hauptquelle der Technologie	Hauptaufgaben einer Technologiestrategie
„Zuliefererdominierte Sektoren“	Landwirtschaft; Dienstleistung; Traditionelles Verarbeitendes Gewerbe	Zulieferer; Lernkurveneffekte	Nutzen auswärtiger Technologie, um Wettbewerbsvorteile zu verstärken
„Sektoren mit Massenproduktionsvorteilen“	Massengüter; Fahrzeuge; Bauwirtschaft	Produktionsengineering; Lernkurveneffekte; Entwicklungsbüros; spezialisierte Lieferanten	Inkrementelle Integration des Wandels in komplexen Systemen; Diffusion von best design and best practice in der Produktion
„Informationsintensive Sektoren“	Finanzsektor; Handel; Reisebüros; Verlagsgewerbe	Software- und Systemhäuser; spezialisierte Anbieter	Design und Bedienung komplexer Informationsverarbeitungssysteme verwandter Produkte
„Wissenschaftsbasierte Sektoren“	Elektronik; Chemie	Forschung und Entwicklung; Grundlagenforschung	Ausbeuten der Grundlagenforschung; Entwicklung verwandter Produkte; Schaffen komplementärer Werte; Neuausrichtung der Organisation

Trajektorium	Typische Sektoren	Hauptquelle der Technologie	Hauptaufgaben einer Technologiestrategie
„Spezialisierte Anbieter“	Maschinenbau; Feinmechanik; Software	Design; Fortgeschrittene Anwender	Monitoring der Bedürfnisse fortgeschrittener Anwender; Integration von neuen Technologien in kleinen Schritten

Quelle: Tidd, Joseph / Bessant, John / Pavitt, Keith: Managing innovation. Integrating technological, market and organizational change. – 3. Aufl. – Chichester u.a.: Wiley, 2005; eigene Übersetzung.

Betrachtet man die Innovationstätigkeit der ostdeutschen Wirtschaft, so zeigen Auswertungen des IAB-Betriebspanels für das Verarbeitende Gewerbe, dass der Anteil der innovativen Betriebe in manchen Branchen in Ostdeutschland höher ist als in Westdeutschland (vgl. Abbildung 6) obwohl die FuE-Intensität in Westdeutschland deutlich über der in Ostdeutschland liegt.

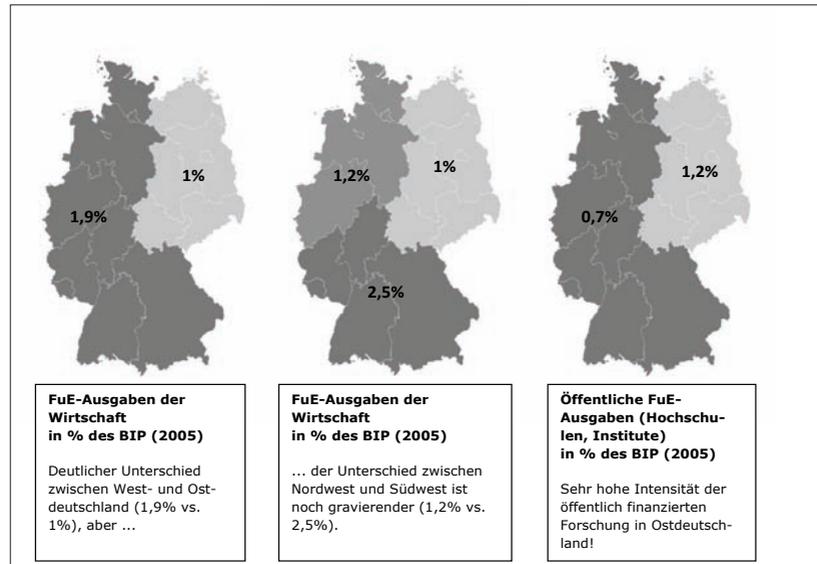
Abbildung 6: Anteil der Betriebe mit Marktneuheiten (Prozent), 2005-06



Quelle: IAB-Betriebspanel, Darstellung des IWH (siehe auch IWH-Wirtschaft im Wandel, Nr. 9/2008).

Die breite Differenzierung des FuE-Inputs lässt sich an zwei wichtigen Daten ablesen: der Verteilung der privaten FuE-Ausgaben auf der einen Seite und der öffentlichen FuE-Ausgaben auf der anderen Seite. Abbildung 7 stellt vergleichend die Struktur in Ost- und Westdeutschland dar. Es zeigt sich, dass sich im privatwirtschaftlichen Bereich der durchschnittliche Nachteil Ostdeutschlands – 1 Prozent des BIPs im Gegensatz zu 1,9 Prozent des BIPs im Westen – vor dem Hintergrund der Nord-Süd-Unterschiede des Westens (2,5 Prozent im Süden versus 1,2 Prozent im Norden) relativiert. Allerdings liegt das BIP pro Kopf im Osten rund 25 Prozent unter dem des Westens (vgl. Abbildung 4), so dass der Wert in absoluten Zahlen noch etwas höher liegt. Zum Teil wird das kompensiert durch die öffentliche FuE-Infrastruktur, die den Osten stark begünstigt (siehe Abbildung 7). Hierauf wird später noch einzugehen sein.

Abbildung 7: Regionale FuE-Ausgaben in Prozent des BIP im Jahr 2005

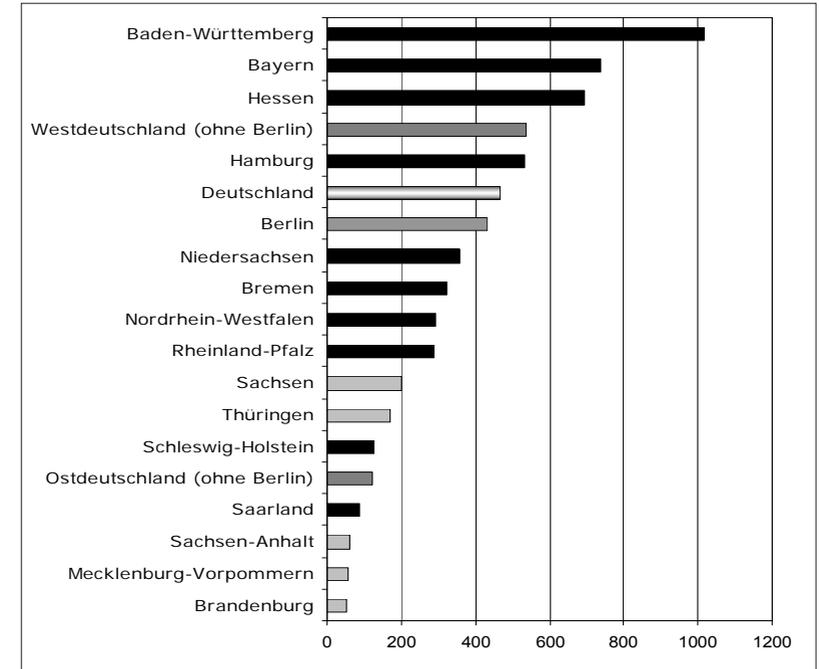


Quelle: In Anlehnung an Legler, Harald: Starker Südwesten. In: Forschung & Entwicklung – Zeitschrift der Wissenschaftsstatistik im Stifterverband, Ausgabe 2007, S. 10-13; Darstellung des IWH.

Analysiert man die FuE-Ausgaben auf Ebene einzelner Bundesländer (Abbildung 8), dann wird das Ergebnis differenzierter, weil der Nord-Süd-Kontrast des Westens im Osten noch wesentlich stärker auftritt. Daher soll bei einer stärker regionalisierten Darstellung der Bezug zu der Bevöl-

kerung gewählt werden. Baden-Württemberg gibt als oberes Extrem rund 1.000 Euro pro Einwohner für industrielle Forschung und Entwicklung aus, Brandenburg nur etwa ein Fünftel. Sachsen und Thüringen zeigen die besten Werte in Ostdeutschland. Das liegt aber vor allem daran, dass sich zwei Regierungen bemüht haben, nach der Wende die Industrieforschung zu erhalten. Diese Kraftanstrengung zahlt sich heute aus.

Abbildung 8: Industrielle FuE-Ausgaben der Länder 2005 (Euro pro Einwohner)



Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Darstellung des IWH.

Die sehr unterschiedlich strukturierten Innovationssysteme zeigen, dass es Bereiche gibt, in denen Ostdeutschland durchaus führend ist, beispielsweise im Kraftfahrzeugbau, im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und in Teilen der chemischen Industrie. Der Westen dominiert bei Marktneuheiten nicht eindeutig. Die Tatsache, dass im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe bei relativ niedriger FuE-Intensität ein beachtlicher Innovationsoutput zu verzeichnen ist, ist (neben Gründen, die in der statistischen Basis zu suchen sind) durch den konzerninternen Wissens- und Technologietransfer zu erklären; von den Unternehmens-

zentralen in Westdeutschland oder im Ausland werden nämlich neue Produkttechnologien an die Betriebsstätten in Ostdeutschland weitergegeben. Mit anderen Worten, die kostenintensive strategisch ausgerichtete und grundlagenorientierte FuE wird zum Großteil durch die Konzernzentralen im Westen durchgeführt.

Offensichtlich ist Ostdeutschland derzeit in der Lage, Innovationskanäle, die vorteilhaft für eine schnelle Umsetzung sind, sehr gut zu nutzen. Insofern ist das Innovationssystem sehr produktiv und profitiert von unternehmensinternen Wissens- und Technologietransfers. Aber es besteht ein Risiko unter der Bedingung gänzlich neuer Innovationsregime, wenn also plötzlich, wie derzeit in der Mikroelektronik und in Zukunft möglicherweise in der Solarindustrie, ganz andere Anstrengungen erforderlich sind. Die Zwischenbilanz lautet folglich, dass transformationsbedingte strukturelle Besonderheiten heute noch vorhanden sind, diese aber bestmöglich kompensiert werden.

Es stellt sich nunmehr die Frage, welche Optionen für die Zukunft des ostdeutschen Innovationssystems existieren. Der Lackmustest des Innovationsstandorts Ostdeutschland könnte, nachdem aus dem Westen kaum Headquarters migrieren dürften, in seinen endogenen Fähigkeiten liegen, technologische Kompetenzen zu nutzen und anzureichern. Die zentralen Fragen, die von Politik und Wirtschaft zu beantworten sind, lauten: **Was sind langfristig tragfähige Kriterien erfolgreicher Weiterentwicklung des ostdeutschen Wirtschaftsstandorts? Müssen (können, dürfen) sich diese von Westdeutschland unterscheiden? Welche Rolle spielt ein eigener, expandierender Mittelstand? Sind schließlich ausländische Investoren eine besonders interessante Gruppe von Unternehmen, weil sie die offene, weltweite Option besitzen, sich für eine Niederlassung zu entscheiden?**

3. AUSLÄNDISCHE INVESTOREN IM OSTDEUTSCHEN INNOVATIONSSYSTEM

Ausländische Tochtergesellschaften haben in der ostdeutschen Wirtschaft ein nicht unerhebliches Gewicht. Etwa jeder vierte Beschäftigte des Verarbeitenden Gewerbes in den neuen Bundesländern arbeitet in einem Unternehmen, an dem ein ausländischer Investor zu mindestens 10 Prozent beteiligt ist⁸. Aus ostdeutscher Sicht ist infolge der Dominanz verlängerter Werkbänke und des Fehlens der Headquarters⁹ sowie einer noch

unzureichenden Internationalisierung der einheimischen Unternehmen (siehe z.B. Exportquote, Abbildung 3) auch die Bedeutung einer von außen, nämlich durch ausländische Direktinvestitionen in die Region hineingetragenen Innovationsstrategie, besonders wichtig¹⁰.

Man unterscheidet in der internationalen Literatur zwei Arten von ausländischen Tochtergesellschaften hinsichtlich ihrer technologisch-strategischen Ausrichtung am jeweiligen Standort:

- Eine *technology exploiting strategy* besitzt die Eigenschaft, dass die Tochtergesellschaft eines Investors als reiner Technologienutzer auftritt, d.h. die konzerninternen technologischen Vorteile werden am jeweiligen Standort genutzt, ggf. auch an die lokalen Marktbedingungen angepasst.
- Eine *technology augmenting strategy* wird dadurch charakterisiert, dass die vor Ort vorhandenen Technologien aktiv in das Innovationssystem des Konzerns eingebunden und weiterentwickelt werden.

Die systemische Innovationstheorie unterstellt, dass die Gegebenheiten des regionalen Innovationssystems Möglichkeiten und Fähigkeiten mitbestimmen, relevante Akteure zu vernetzen und insbesondere ausländische Investoren zu integrieren¹¹. Technologische Leistungsfähigkeit und Potentiale sind zudem abhängig von der Position im Technologiezyklus¹² oder den *milieux innovateurs*¹³. Dieser standörtlichen Angebotsseite stehen vor allem multinationale Unternehmen gegenüber, die ihre FuE-Prozesse weltweit streuen und ihre Tochtergesellschaften an den verschiedenen Standorten entsprechend strategisch ausrichten¹⁴. Zu den zentralen, seitens des Staates beeinflussbaren Milieufaktoren, zählen die öffentliche Forschungsinfrastruktur – das können Leibniz-, Fraunhofer- und Helmholtz-Institute oder Hochschulen sein – aber auch Zulieferer und Lieferanten, beispielsweise im Automobilsektor.

Wie attraktiv ist nun diese Gemengelage für internationale Investoren, die vor allem im gewerblichen Bereich vor der Entscheidung stehen, an welchem Standort sie mit welcher strategischen Ausrichtung investieren sollen? Um die Bedeutung dieses Milieus in Bezug auf ausländische Investoren zu erfassen, wurden in der Zeit von 2006 bis 2007 in Ostdeutschland 1.090 Unternehmen mit mindestens 10 Prozent ausländischer Beteiligung (das ist die international übliche Abgrenzung für eine ausländische Tochtergesellschaft) auf ihre Innovationsstrategien und

lokalen Vernetzungen hin befragt. 222 Unternehmen antworteten und erlaubten es, Motive und Kennziffern der technologischen Leistungsfähigkeit nach OECD-Standards zu erheben. Die sektorale Detaillierung entsprach der Ebene der Zweisteller der Wirtschaftszweigklassifikation. Die so entstandene FDI-Datenbank des IWH (FDI für *foreign direct investment*) ist für Ostdeutschland einzigartig und existiert infolge eines EU-Kooperationsprojekts des IWH auch für einige mittel- und osteuropäische Länder. Tabelle 2 gibt Eigenschaften der Stichprobe und der Grundgesamtheit hinsichtlich der Herkunft der Tochtergesellschaften wieder.¹⁵

Tabelle 2: IWH-FDI-Mikrodatenbank – Grundgesamtheit und Stichprobe nach Größenklassen und Branchen des Verarbeitenden Gewerbes (ausländische Tochtergesellschaften in Prozent)

	Grundgesamtheit	Stichprobe
<i>Größenklassen (Anzahl Beschäftigte)</i>		
1 bis 9	17,8	14,4
10 bis 49	28,7	32,9
50 bis 249	37,2	40,0
über 249	16,3	12,6
<i>Branchen (NACE 2-Steller)</i>		
Ernährungsgewerbe	6,6	6,8
Tabakverarbeitung	0,3	0,0
Textilgewerbe	2,5	3,6
Bekleidungs-gewerbe	0,4	0,9
Ledergewerbe	0,2	0,5
Holzgewerbe	2,6	3,6
Papiergewerbe	3,5	4,1
Verlags- und Druckgewerbe	4,1	3,6
Kokerei, Mineralölverbreitung	0,6	0,9
Chemische Industrie	8,3	12,6
Gummi- und Kunststoffindustrie	5,6	3,2
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	8,8	10,4
Metallerzeugung und -bearbeitung	3,5	5,4
Herstellung von Metallerzeugnissen	10,3	8,6
Maschinenbau	10,0	10,8

	Grundgesamtheit	Stichprobe
<i>Branchen (NACE 2-Steller)</i>		
Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten	2,1	0,5
Elektrotechnik	4,8	2,3
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	5,6	6,3
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	7,4	4,5
Kraftfahrzeugbau	4,7	2,7
Sonstiger Fahrzeugbau	2,7	2,3
Sonstiges Produzierendes Gewerbe n.e.c.	3,4	4,5
Recycling	1,6	2,3

Quelle: IWH-FDI Mikrodatenbank, Darstellung des IWH.

Tabelle 3 stellt einige deskriptive Ergebnisse zur technologischen Leistungsfähigkeit ausländischer Investoren in Ostdeutschland und ihrer Verbindung zu lokalen Akteuren des Innovationssystems dar. Die deskriptiven Ergebnisse zeigen, dass eine technologische Leistungsfähigkeit ausländischer Investoren mehrheitlich gegeben ist. Fast 70 Prozent der befragten Unternehmen führen Produkt- oder Prozessinnovationen durch; 60 Prozent betreiben FuE und über 80 Prozent der ausländischen Tochtergesellschaften betreiben Produkt- oder Prozessinnovationen oder FuE, das heißt sie sind auf irgendeine Art und Weise technologisch aktiv. Ausländische Investoren in Ostdeutschland arbeiten stärker innovationsorientiert als der Durchschnitt der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes¹⁶. Allerdings sind in der Gruppe der ausländischen Tochtergesellschaften vor allem die großen und technologieorientierteren Unternehmen vereint.

Tabelle 3: Innovations- und FuE-Aktivitäten ausländischer Investoren 2006

	Anteil (%)	N
Produktinnovation (2002-2005)	69	153
Prozessinnovation (2002-2005)	69	153
FuE (2006)	60	132
Produkt o. Prozess o. FuE-Aktivität	82	182

Quelle: IWH-FDI Mikrodatenbank, Darstellung des IWH.

Entlang einer Skala von eins bis fünf wurden ausländische Tochtergesellschaften danach befragt, welche Bedeutung die verschiedenen Akteure des ostdeutschen Innovationssystems für die eigene FuE bzw. Innovationstätigkeit haben (Tabelle 4). Man sieht, dass bestimmte Anteile der ausländischen Investoren lokalen Akteuren (Wissenschaft, Kunden, Zulieferern) eine Bedeutung für ihre FuE bzw. Innovationstätigkeit zuschreiben, vor allem den Wissenschaftseinrichtungen, die – wie weiter oben ausgeführt – potentiell dazu beitragen, die unterdurchschnittliche Industrieforschung in den neuen Bundesländern auszugleichen.

Tabelle 4: Bedeutung lokaler Akteure (Wissenschaftseinrichtungen, Kunden, Zulieferer) für die eigene FuE bzw. Innovationstätigkeit ausländischer Investoren 2006

	Bedeutung (3 bis 5)
Wissenschaftseinrichtungen	40%
Kunden (Firmen)	37%
Zulieferer	32%

Anmerkung: Die Bedeutung wurde gemessen auf einer Skala von 1 bis 5 (1-keine Bedeutung, 2-geringe Bedeutung, 3-bedeutend, 4-sehr bedeutend, 5-extrem bedeutend).

Quelle: IWH-FDI Mikrodatabank, Darstellung des IWH.

Die Integration in das ostdeutsche Innovationssystem ist, gemessen an der Vernetzung mit Zulieferern, Kunden und Wissenschaftseinrichtungen, zum Teil also bereits vorhanden. 40 Prozent der ausländischen Tochtergesellschaften in Ostdeutschland messen den lokalen Wissenschaftseinrichtungen eine Bedeutung für ihre eigene FuE und Innovationstätigkeit bei, und 37 Prozent bzw. 32 Prozent sagen das für die lokalen Kunden- und Zulieferbetriebe. Damit ist ein gewisser Grad der Integration in das ostdeutsche Innovationssystem erkennbar, aber angesichts der Tatsache, dass 82 Prozent der ausländischen Tochtergesellschaften technologisch aktiv sind, ist die Vernetzung auch noch ausbaufähig.

Die Daten werden in einem weiteren Analyseschritt in ein Modell eingestellt, um die Determinanten der Integration ausländischer Tochtergesellschaften in das ostdeutsche Innovationssystem zu analysieren (getrennt für die Verbindung ausländischer Tochterunternehmen mit lokalen Wissenschaftseinrichtungen, Zulieferern und Kunden). Die zu erklärende Variable ist die Integration in das ostdeutsche Innovationssystem, gemessen an der Bedeutung (Skala von 1 bis 5) der lokalen Akteure. Das

Modell enthält als potentielle Einflussfaktoren der Integration eine Reihe unternehmensspezifischer Größen, beispielsweise, ob das Unternehmen „Technologiemehrer“ oder „Technologienutzer“ ist (*technology augmenting* versus *technology exploiting*). Ferner geht als unternehmensspezifische Größe die Einbindung in lokale Wertschöpfungsketten (lokaler Handel), der Grad an Autonomie (Selbständigkeit in Entscheidungsprozessen), das „Alter“ des Unternehmens (Jahre seit Eintritt des Investors) in die Schätzung ein. Darüber hinaus werden regionsspezifische Faktoren berücksichtigt, die auf der Ebene von Raumordnungsregionen und für die jeweilige Branche des ausländischen Investors operationalisiert sind. Diese Faktoren bilden die Humankapitalbasis in naturwissenschaftlich-technischen Berufen, die öffentliche FuE-Infrastruktur, die allgemeine Wissensintensität der Region (gemessen an Patenten) und die regionale Verdichtung (Agglomeration) ab. Schließlich gehen als Kontrollvariablen die Unternehmensgröße (Anzahl Beschäftigte) und Branchen-Dummies in die Schätzung ein. Tabelle 5 zeigt die Ergebnisse der Schätzung (O-Probit).

Tabelle 5: Ergebnisse der Schätzung – Determinanten der Integration

	Zulieferer	Kunden	Wissenschaft
	Unternehmensspezifische Faktoren		
Augmenting strategy	+	+	+
Exploiting strategy	n.s.	+	n.s.
Lokaler Absatz		+	
Lokale Beschaffung	+		
Autonomie	-	+	n.s.
„Alter“	n.s.	n.s.	n.s.
Regionale Faktoren			
Humankapital	n.s.	+	n.s.
Wissensch. Infrastruktur	+	n.s.	+
Technolog. Wissen	-	+	-
Agglomeration	n.s.	-	-
N	140	143	144
Pseudo R ²	0,213	0,247	0,142

Anmerkung: + und – signifikant auf dem 10 Prozent-Niveau; n.s. – nicht signifikant.

Quelle: IWH-FDI Mikrodatabank, eigene Berechnungen und Darstellung des IWH.

Hinsichtlich der unternehmensspezifischen Einflussfaktoren der Integration in das ostdeutsche Innovationssystem zeigt sich, dass die strategische Ausrichtung eines *technology augmenting* (Technologiennehmer) wie erwartet einen positiven Einfluss auf die Integration ausübt. Eine Strategie des *technology exploiting* wirkt signifikant positiv auf die Vernetzung mit Kunden. Dies ist nicht überraschend, weil Tochtergesellschaften mit einem Mandat zur Technologienutzung eher geneigt sind, ihre Produkte an die lokalen Absatzmärkte anzupassen. Lokaler Handel, gemessen mittels Absatz und Beschaffung, wirken wie erwartet positiv. Hinsichtlich der regionalen Faktoren ist festzustellen, dass vor allem die öffentliche Forschungsinfrastruktur (gemessen als FuE-Ausgaben der Hochschulen) positiv auf die lokale Integration ausländischer Investoren wirkt, aber auch der Faktor Humankapital hat als regionale Größe einen Einfluss.

4. WIRTSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEPOLITISCHE IMPLIKATIONEN

Die ostdeutsche Wirtschaft ist weiterhin durch transformationsbedingte strukturelle Besonderheiten gekennzeichnet, die neben der generellen wirtschaftlichen Entwicklung auch das Innovationsgeschehen beeinflussen. Dabei sind vor allem die fehlenden Headquarters zu nennen, die unter anderem zu der vergleichsweise niedrigen FuE-Intensität in den neuen Bundesländern beitragen. Die relativ großzügige Ausstattung der neuen Länder im Bereich der öffentlichen Forschungsinfrastruktur kann die schwache industrielle FuE zum Teil kompensieren, aber nur dann, wenn eine Vernetzung von Wissenschaft und Industrie gelingt. Die ausländischen Tochtergesellschaften – eine Gruppe technologisch besonders leistungsfähiger Unternehmen in den neuen Ländern – sind in das ostdeutsche Innovationssystem, vor allem über die Wissenschaftseinrichtungen, zum Teil bereits integriert. Es ist die Aufgabe der politischen Akteure, attraktive Bedingungen für die Verbreiterung und Vertiefung der Integration zu gestalten. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung zu den Determinanten der Integration weisen vor allem auf die wichtige Rolle der öffentlichen Forschungsinfrastruktur und des Humankapitals hin.

Für den Aufbau Ost stellt sich perspektivisch die Frage, von welchen Bereichen der Wirtschaft Impulse für den weiterhin gebotenen Aufholprozess und die Re-Industrialisierung ausgehen sollen. Der arbeitsintensive Niedrigtechnologie-Bereich kann trotz nunmehr wettbewerbsfähiger

Lohnstückkosten kaum erfolgversprechend sein, weil andere internationale Standorte in diesem Segment noch attraktivere Bedingungen aufweisen. Die etablierten „alten“ Industrien, wie beispielsweise der Fahrzeug- und Maschinenbau und Teile der chemischen Industrie, die tendenziell dem Bereich Medium-Tech zuzuordnen sind, gestatten zwar Wachstums- und Innovationsimpulse; diese sind jedoch aufgrund der strukturellen Gegebenheiten limitiert. Die großen Unternehmenszentralen mit strategischer Forschung und einem Großteil der Beschäftigung befinden sich nicht in den neuen Bundesländern und werden auch nicht dorthin abwandern. Mit anderen Worten, die Standorte samt ihrer industriellen Verflechtungen sind hier bereits fest etabliert. Aus diesem Grund ist es notwendig, auf technologiegetriebene, neue Industrien zu setzen, deren Standortmuster bisher noch nicht „vergeben“ sind. Die Solarindustrie, in der man gegenwärtig vielversprechende Clusterentstehungsprozesse in den neuen Ländern beobachten kann, ist ein prominentes Beispiel dafür, dass es gelingen kann, gänzlich neue Wirtschaftszweige für den Standort Ost zu gewinnen. Andere Segmente aus dem großen Bereich „Umwelttechnologie“ könnten im Sinne eines „neuen Technologiezyklus“ folgen. Ob und inwiefern dies gelingt, wird auch von den wirtschafts- und innovationspolitischen Rahmenbedingungen abhängen.

- 1/ Die Abbildungen 1 sowie 3 bis 5 in Kapitel 1 entstanden durch die freundliche Unterstützung von Gerhard Heimpold, bei dem sich die Autoren herzlich bedanken. Kapitel 3 des vorliegenden Beitrags beruht auf den Arbeiten von Jutta Günther, Björn Jindra und Johannes Stephan, die in der Zeitschrift *Applied Economics Quarterly – Supplement* (2008, Vol. 59, S. 137-165) veröffentlicht wurden.
- 2/ Schumpeter, Joseph: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus*. – 5. Aufl. – Berlin: Duncker und Humblot, 1952 (1912).
- 3/ Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (im Auftrag der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a. M.) (Hrsg.): *Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2007*. – Reihe 1, Band 1. – Stuttgart: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, März 2008. (Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2007 / Februar 2008) Quelle: http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/tbls/R1B1.zip (03.07.2008); Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (im Auftrag der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a. M.) (Hrsg.): *Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2007*. – Reihe 1, Band 2. – Stuttgart: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, März 2008. (Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2007 / Februar 2008) Quelle: http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/tbls/R1B2.zip (17.09.2008).

- 4| Vgl. Kirchgässner, Gebhard: *Homo Oeconomicus. Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.* – 2. erg. und erw. Aufl. – Tübingen: Mohr, 2000. – (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften; 74) – S. 126 ff.
- 5| Blum, Ulrich / Ludwig, Udo: *Vom Sündenfall zum Sündenbock – Ein Kommentar.* In: *Wirtschaft im Wandel*, 11 (2005) 6, S. 163.
- 6| Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Fachserie 4 Handwerkszählung. Produzierendes Gewerbe. (Reihe 4.1.1 Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe.)* – Stuttgart: Metzler-Poeschel, 1996; Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Jahresbericht für Betriebe – Arbeitsunterlage Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr tätigen Personen 2007.* Erschienen am 24.07.2008 Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, in: <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1022447> (22.01.2009).
- 7| Blum, Ulrich: *Institutions and clusters.* In: Karlsson, Charlie (Hrsg.): *Handbook of research on innovations and clusters.* – Cheltenham: Elgar, 2008. – (Handbooks of research on clusters series; 2) – S. 361-373.
- 8| Günther, Jutta / Jindra, Björn / Stephan, Johannes: *Foreign subsidiaries in the East German innovation system – Evidence from manufacturing industries.* In: Blum, Ulrich / Wey, Christian / Zimmermann, Klaus F.: *Globalization and competition.* – Berlin: Duncker und Humblot, 2008. – (Applied economics quarterly: Supplement; 59) – S. 137-165.
- 9| Blum, Ulrich: *Der Einfluss von Führungsfunktionen auf das Regionaleinkommen: Eine ökonometrische Analyse deutscher Regionen.* In: *Wirtschaft im Wandel*, 13 (2007) 6, S. 187-194.
- 10| Helpman, Elhanan / Melitz, Marc J. / Yeaple, Stephen R. *Export versus FDI with heterogeneous firms.* In: *American Economic Review*, 94 (2004) 1, S. 300-316; Arnold, Jens Matthias / Hussinger, Kathrin: *Export versus FDI in German manufacturing: Firm performance and participation in international markets.* In: *Deutsche Bundesbank: Discussion Paper. Series 1: Economic Studies*, 04/2006.
- 11| Nelson, Richard R.: *National innovation systems: A comparative analysis.* – New York u.a.: Oxford University Press, 1993; Lundvall, Bengt-Åke: *National systems of innovation. Towards a theory of innovation and interactive learning.* – London: Pinter u.a., 1992.
- 12| Hägerstrand, Torsten: *The propagation of innovation waves.* Lund: University of Lund, 1952. – (Lund Studies in Geography: Serie B: Human Geography; 4).
- 13| Aydalot, Philippe: *L'aptitude des milieux locaux à promouvoir l'innovation.* In: *Technologie nouvelle et rupture régionale.* – Paris: Economica, 1986. – S. 41-58.
- 14| Cantwell, John: *Technological innovations in multinational corporations.* – Oxford u.a.: Blackwell, 1989; Cantwell, John / Piscitello, Lucia: *The emergence of corporate international networks for the accumulation of dispersed technological competences.* In: *Management International Review*, 39 (1999) 1, S. 123-147; Cantwell, John / Mudambi, Ram: *MNE Competence-creating subsidiary mandates.* In: *Strategic Management Journal*, 26 (2005) 12, S. 1109-1128.
- 15| *Eine ausführliche Beschreibung der FDI-Mikrodatenbank des IWH findet sich in Günther, Jindra, Stephan (2008).*
- 16| Günther / Jindra / Stephan, *Foreign Subsidiaries.*

FINANZPOLITIK IN DEN NEUEN LÄNDERN

FORTBESTEHENDE KONSOLIDIERUNGSERFORDERNISSE

Joachim Ragnitz

EINLEITUNG

Bund, Länder und Sozialversicherungen konnten in den letzten Jahren erhebliche Konsolidierungserfolge erzielen. Anders als in der Vergangenheit wurden die konjunkturbedingt steigenden Steuer- und Beitragseinnahmen nicht dafür verwendet, die Ausgaben entsprechend auszuweiten, so dass die Haushaltsfehlbeträge teilweise deutlich zurückgingen; vielfach konnten sogar Überschüsse erzielt und damit Schulden getilgt werden. Dies gilt auch für Ostdeutschland, wo in den Jahren zuvor teilweise gravierende finanzpolitische Fehlentwicklungen zu verzeichnen waren – was sich zum Beispiel darin widerspiegelt, dass sich der Schuldenstand der meisten Ost-Länder (je Einwohner gerechnet) inzwischen weit an den Wert der finanzschwachen westdeutschen Flächenländer (FSFW) angenähert oder ihn gar übertraffen hat, und dass die Zins-Steuer-Quote in allen ostdeutschen Ländern mit Ausnahme Sachsens deutlich über dem Niveau der FSFW liegt. Die absehbare Verringerung der öffentlichen Einnahmen durch Rückführung der Solidarpakt-Mittel und durch fortgesetzte Einwohnerverluste haben jedoch in allen ostdeutschen Ländern die Erkenntnis reifen

lassen, dass Anpassungen auf der Ausgabenseite unumgänglich sind. Dies schlägt sich darin nieder, dass alle Länder mittelfristige Haushaltsplanungen aufgestellt haben, die teilweise bis in das Jahr 2020 reichen und darauf abzielen, auch bei rückläufigen Einnahmen die Spielräume für gestaltende Wirtschafts- und Finanzpolitik zu erhalten.

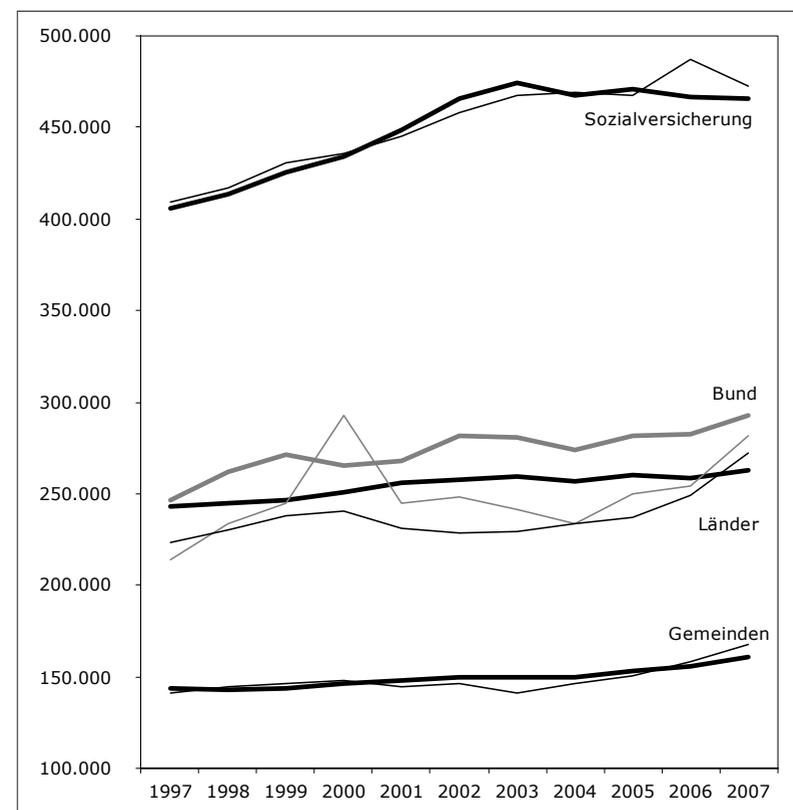
Inzwischen haben sich mit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise neue Herausforderungen für die öffentliche Finanzwirtschaft ergeben. Wie sich dies in den öffentlichen Haushalten niederschlagen wird, ist derzeit noch nicht konkret absehbar. Es muss aber damit gerechnet werden, dass die staatlichen Haushaltsdefizite nicht nur aufgrund des Wirkenlassens der automatischen Stabilisatoren wieder zunehmen werden, sondern dass auch die strukturellen Defizite in der Tendenz wieder ansteigen dürften, da angesichts bevorstehender Wahlen die Bereitschaft zu staatlichen Ausgabenprogrammen spürbar gewachsen ist. Hinzu kommt, dass die vom Bundesgesetzgeber beschlossenen Steuersenkungen zur Konjunkturanregung auch auf der Ebene der Länder und Gemeinden zu Mindereinnahmen führen dürften. Ob es gelingt, im Rahmen der Föderalismusreform II eine wirksame Schuldenbremse einzuführen, die zumindest auf mittlere Sicht eine Rückführung der Haushaltsdefizite erzwingt, ist angesichts der widerstreitenden Interessen der großen politischen Parteien wie auch der verschiedenen föderalen Ebenen keineswegs ausgemacht. Dies alles ändert aber nichts daran, dass das Ziel einer Rückführung öffentlicher Ausgaben zumindest in Ostdeutschland auch künftig einen hohen Stellenwert besitzen muss, will man weiterhin die Handlungsfähigkeit der Wirtschafts- und Finanzpolitik sichern.

Im vorliegenden Beitrag soll näher auf die Haushaltssituation der Länder und Gemeinden in den neuen Ländern eingegangen werden. Dabei werden nicht nur die erreichten Konsolidierungserfolge gewürdigt, sondern vor allem die künftigen Herausforderungen in den Budgets thematisiert. Ziel der Ausführungen ist es dabei, auf die schwierige Gesamtsituation hinzuweisen, die in den nächsten Jahren weitergehende Einsparungen erzwingen wird. Erst ab dem Jahr 2020 – nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II – entstehen wieder neue Spielräume für eine stärkere Ausweitung der öffentlichen Ausgaben in den neuen Ländern.

DIE FINANZPOLITISCHE SITUATION DER OSTDEUTSCHEN LÄNDER BIS 2007

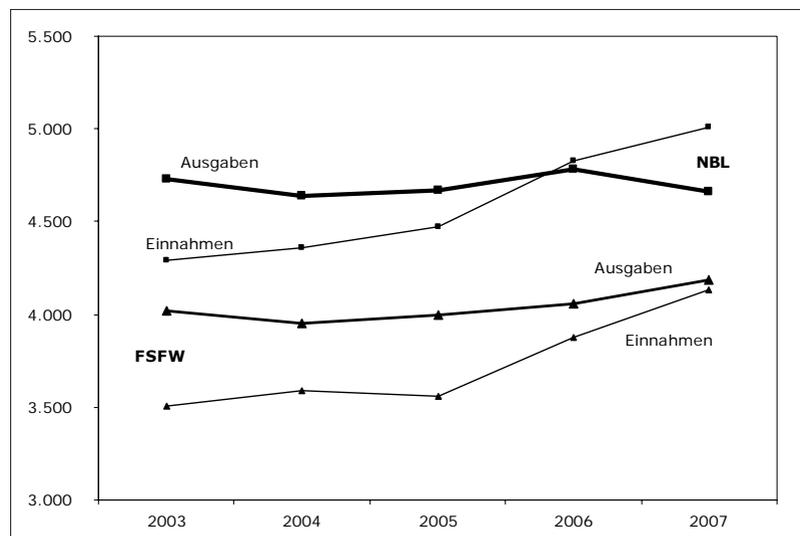
Die Jahre 2006 und 2007 waren auf allen föderalen Ebenen durch hohe zusätzliche Steuereinnahmen gekennzeichnet. Diese spiegelten nicht nur steuerpolitische Entscheidungen wider (wie die Anhebung der Mehrwertsteuer zu Beginn des Jahres 2007), sondern vor allem die günstige konjunkturelle Lage. Da diese Mehreinnahmen nicht dazu verwendet wurden, die Ausgaben entsprechend auszuweiten, konnten die Haushaltsdefizite deutlich zurückgeführt werden (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben 1997-2007



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Abbildung 2: Entwicklung der Pro-Kopf-Einnahmen und -Ausgaben 2003-2006, Länder und Gemeinden

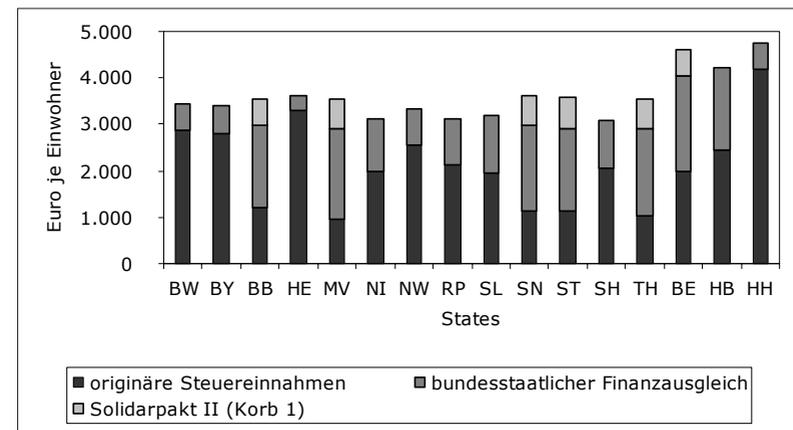


Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Dies gilt insbesondere für die ostdeutschen Länder. Angesichts der angespannten Haushaltssituation in vielen Ländern sowie der Erwartung rückläufiger Einnahmen insbesondere aus dem Solidarpaket II ab dem Jahr 2009 wurden hier sogar in noch stärkerem Umfang als in den (finanzschwachen) westdeutschen Ländern Konsolidierungserfolge erreicht. Wie Abbildung 2 zeigt, weisen die öffentlichen Haushalte in den ostdeutschen Ländern (Länder- und Gemeindehaushalte) je Einwohner gerechnet allerdings nach wie vor ein deutlich höheres Einnahmen- und Ausgabenniveau auf als die finanzschwachen westdeutschen Flächenländer (FSFW). Grund hierfür sind allein die hohen Transferzahlungen, die den ostdeutschen Ländern aus dem Solidarpaket II und durch EU-Strukturhilfen zufließen: Die originären Steuereinnahmen liegen aufgrund der geringen eigenen Wirtschaftsleistung bei nur knapp 50 Prozent des gesamtdeutschen Durchschnitts (vgl. Abbildung 3) und auch die Zahlungen im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs (Verteilung der Umsatzsteuer nach Köpfen; Länderfinanzausgleich i.e.S. und Bundesergänzungszuweisungen ohne Solidarpaket II) sorgen lediglich dafür, dass die Einnahmen der finanzschwachen Länder soweit angehoben werden, dass sie in etwa den Durchschnitt der Ländergesamtheit erreichen. Wie groß die Abhängigkeit der ostdeutschen Länder von diesen Transferzah-

lungen ist, zeigt sich daran, dass der Anteil der Zuweisungen an den Gesamteinnahmen der ostdeutschen Länder und ihrer Gemeinden bei 32 Prozent liegt; in den FSFW beträgt deren Anteil nur 11 Prozent.

Abbildung 3: Pro-Kopf-Einnahmen der Länder und Gemeinden vor und nach Umverteilung



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Während die Zahlungen im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs lediglich zu einer annähernden Gleichstellung aller finanzschwachen Länder führen und Ausdruck der grundgesetzlich garantierten „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ sind, ist die Besserstellung der ostdeutschen Länder infolge des Solidarpaketes II politisch gewollt und soll die ostdeutschen Länder in die Lage versetzen, fortbestehende infrastrukturelle Nachholbedarfe abzubauen. Allerdings werden die den neuen Ländern zur Verfügung gestellten Solidarpaket-Mittel nicht nur dazu genutzt, höhere Investitionsausgaben zu finanzieren; auch in der laufenden Rechnung weisen alle ostdeutschen Länder mit Ausnahme Sachsens höhere Ausgaben auf als die FSFW (vgl. Tabelle 1). Dabei fallen – neben den Ausgaben für aktives Personal¹ – insbesondere die Zuweisungen an Dritte höher aus als in den FSFW. Während ersteres die noch bestehenden Personalüberhänge in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung widerspiegelt, ist letzteres vor allem Reflex der geringen Wirtschaftskraft in den neuen Ländern, da dies zu überproportional hohen Sozialausgaben führt. Zudem sind die ostdeutschen Länder mit hohen Zahlungen für die Übernahme der Sonderrenten aus DDR-Zeiten (AAÜG-Leistungen) belastet.

Tabelle 1: Ausgaben der ostdeutschen Länder und Gemeinden nach Ausgabearten 2007 (Euro je Einwohner)

Länder und Gemeinden	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Mecklenburg-Vorpommern	Thüringen	Sachsen	zusammen	nachr.: FSWF
lfd. Rechnung	3.969	4.048	4.021	3.797	3.508	3.812	3.722
darunter:							
Personalausgaben	1.414	1.520	1.435	1.527	1.408	1.454	1.691
lfd. Sachaufwand	682	756	659	641	577	652	659
Zinsausgaben	352	447	340	357	167	310	375
lfd. Zuweisungen	1.521	1.325	1.587	1.272	1.356	1.397	1.007
Kapitalrechnung	812	757	791	826	963	850	456
darunter:							
Sachinvestitionen	421	352	431	445	499	439	251
Vermögensübertragungen	337	375	321	359	415	371	108
Zusammen	4.781	4.804	4.815	4.623	4.472	4.663	4.186

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Tabelle 2: Bereinigte Ausgaben (laufende Rechnung) der neuen Länder und der FSWF (Länder und Gemeindehaushalte) nach Aufgabenbereichen 2006 (Euro je Einwohner)

	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	zusammen	FSWF	Nachr.: Mehrausgaben der ostdt. Länder ggü. FSWF in Mio. Euro
Insgesamt	4.020	4.020	3.501	4.148	3.754	3.831	3.597	3.111
Politische Führung und zentrale Verwaltung	394	326	241	335	268	303	219	1.116
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	264	273	231	262	212	245	205	530
Rechtsschutz	140	145	115	132	123	128	121	98
Finanzverwaltung	110	103	102	118	118	110	99	144
Allgemeinbildende u. berufliche Schulen	483	542	544	597	597	551	566	-192
Hochschulen	84	175	218	165	200	174	171	40

	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	zusammen	FSWF	Nachr.: Mehrausgaben der ostdt. Länder ggü. FSWF in Mio. Euro
Förderung von Schülern, Studenten u. dgl.	50	80	54	65	60	60	45	194
Sonstiges Bildungswesen	17	38	11	7	22	17	24	-93
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	40	48	69	34	42	50	30	261
Kultur, Kirchliche Angelegenheiten	72	92	134	107	99	105	57	639
Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	926	1.024	803	997	859	900	808	1.229
■ darunter:								
■ Sozialhilfe (einschl. Leistungen an Asylbewerber) und soziale Einrichtungen	195	228	142	196	166	177	247	-921
■ Jugendhilfe einschl. Einrichtungen	283	242	248	247	224	250	214	472
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	92	129	86	113	103	101	100	5
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	289	153	149	163	171	183	142	538
■ darunter:								
■ Kommunale Gemeinschaftsdienste	136	113	110	116	130	120	105	202

	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	zusammen	FSFW	Nachr.: Mehrausgaben der ostdt. Länder ggü. FSFW in Mio. Euro
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	83	91	48	53	49	61	33	376
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	62	51	49	86	34	56	30	348
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	250	194	159	172	194	189	155	463
■ darunter:								
■ Straßen einschl. Verwaltung	83	58	46	36	61	56	73	-231
■ Eisenbahnen und öffentl. Personennahverkehr	166	135	112	136	129	133	80	696
Wirtschaftsunternehmen insgesamt	54	24	30	85	66	50	37	177
Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	35	39	42	38	20	36	16	269

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Differenziert man die laufenden Ausgaben (bereinigt um Zahlungen zwischen Ländern und Gemeinden) nach Aufgabenbereichen, so zeigen sich entsprechende Ausgabenüberhänge gegenüber den FSFW in fast allen Aufgabenbereichen. Insgesamt belaufen sich diese in den fünf ostdeutschen Flächenländern zusammengekommen auf mehr als 3 Milliarden Euro im Jahr 2006, wobei die Ausgaben für die allgemeine Verwaltung sowie für Sozialleistungen (hier insbesondere für die vorschulische Kinderbetreuung) den größten Posten darstellen. Hohe Ausgabenüberhänge in der laufenden Rechnung finden sich ebenfalls bei der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, im Bereich „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ sowie im Kulturbereich. Teilweise spiegelt dies politische Prioritätensetzungen wider, teilweise reflektiert dies aber lediglich die günstige Einnahmesituation, die eine Anpassung an westdeutsche „Benchmarks“ bislang wenig dringlich

hat erscheinen lassen. Da sich dies in den kommenden Jahren ändern wird, muss von Seiten der Politik klar definiert werden, in welchen Aufgabenbereichen man sich eine günstigere „Versorgung“ der Bevölkerung mit öffentlichen Leistungen leisten will.

MITTELFRISTIGE EINNAHMEPERSPEKTIVEN

Auch wenn die ostdeutschen Länder und Gemeinden derzeit noch rund 20 Prozent höhere Pro-Kopf-Einnahmen aufweisen als die FSFW, ist absehbar, dass dieser Einnahmevervorsprung bis zum Jahr 2020 vollständig abschmelzen wird. Dann werden die ostdeutschen Länder – je Einwohner gerechnet – in etwa das Einnahmenniveau der finanzschwachen westdeutschen Flächenländer aufweisen, möglicherweise sogar noch etwas weniger. In absoluten Werten können zwar – in Abhängigkeit vom gesamtdeutschen Wirtschaftswachstum – möglicherweise noch leicht steigende Einnahmen erreicht werden; gleichwohl ist offenkundig, dass sich hier ein weiterhin erheblicher Anpassungsbedarf auf der Ausgabenseite ergeben wird. Erst ab dem Jahr 2020, wenn die Degression des Solidarpaktes II zum Ende gekommen ist und die Effekte wieder steigender (gesamtdeutscher) Steuereinnahmen vollständig zum Tragen kommen, dürfte sich die Einnahmesituation – von dann geringer Basis aus – wieder verbessern.

Letzten Endes ist es eine politische Entscheidung, in welchen Bereichen prioritär gespart werden soll, es muss aber klar sein, dass an einer Anpassung der gesamten Ausgaben an die sich verschlechternde Einnahmesituation kein Weg vorbei führen wird. Der oben dargestellte Benchmarking-Vergleich mit den Ausgaben der FSFW (nach einzelnen Aufgabenbereichen) stellt dabei ein wertvolles Instrument dar, wobei freilich berücksichtigt werden muss, dass die Verbuchungspraxis in den einzelnen Ländern nicht identisch ist. Hinzu kommt, dass im Einzelnen sehr genau darauf geachtet werden muss, inwieweit Unterschiede in der Höhe der Ausgaben fachlich begründet sind.² Die Angaben in Tabelle 2 geben gleichwohl erste Anhaltspunkte dafür, wo sich die ostdeutschen Länder ganz offenkundig zu hohe Ausgaben leisten.

Da ein Großteil der Mehrausgaben in der laufenden Rechnung durch zu hohe Personalbestände verursacht ist, bedarf es vor allem hier forcierter Anpassungen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die demographische Entwicklung – wenngleich in den einzelnen Aufgabenbereichen in unter-

schiedlicher Weise – zu einer Reduktion des Bedarfs an öffentlichen Leistungen führen wird, so dass auch ohne Verschlechterungen in der Versorgungsqualität die Personalausstattung der Länder und Gemeinden zurückgeführt werden kann. So ist es offenkundig, dass die rückläufige Zahl an Kindern und Jugendlichen vor allem den Bedarf an jugendspezifischen Ausgaben (insbesondere Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen) reduzieren wird, und die Ausgabenbedarfe für Polizei und Justiz dürften ebenso mit sinkendem Anteil jüngerer Personen in der Bevölkerung zurückgehen. Bei altersspezifischen Bedarfen (z.B. Altenpflegeeinrichtungen, Gesundheitsversorgung) ist hingegen tendenziell mit steigenden Personalbedarfen (und entsprechend steigenden Ausgabeerfordernissen) zu rechnen. Eine adäquate Personal- und Finanzplanung hat diese Demographiesensitivität der öffentlichen Ausgaben selbstverständlich zu berücksichtigen.

Zwar ist es richtig, dass die Verringerung der Personalbestände im öffentlichen Dienst schon aus Gründen des öffentlichen Dienstrechts nur äußerst langsam wird vonstatten gehen können; gleichwohl wird man hieran nicht vorbeikommen. Dementsprechend haben die ostdeutschen Länder inzwischen längerfristige Personalabbaukonzepte vorgelegt, die eine Reduktion der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst durch nur teilweisen Ersatz ausscheidender Bediensteter vorsehen. Die Problematik besteht dann vor allem darin, eine Überalterung des öffentlichen Dienstes zu vermeiden.

ANPASSUNGEN DES SOLIDARPAKTES II?

Dass die ostdeutschen Länder trotz geringerer Steuereinnahmen in der laufenden Rechnung ein höheres Pro-Kopf-Ausgabenniveau erreichen als die westdeutschen Länder, hat auch mit einer nicht zweckgerechten Verwendung der ihnen zur Verfügung gestellten Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) aus dem Solidarpakt II zu tun. Allerdings ist dies heute weniger leicht erkennbar als in früheren Jahren. Bund und Länder haben sich nämlich auf ein Berechnungsschema verständigt, mit dem die zweckentsprechende Mittelverwendung der Solidarpakt-Mittel durch Gegenüberstellung der (eigenfinanzierten) Investitionen und der hierfür zur Verfügung stehenden Finanzierungsmittel aus Nettokreditaufnahme und SoBEZ ermittelt wird („Kriterium 1“); dieses Berechnungsschema weist nach aktuellem Stand für das Jahr 2007 in allen Ländern eine vollständig zweckentsprechende SoBEZ-Verwendung aus.³

Darin spiegelt sich allerdings allein die Tatsache, dass fast alle Länder im Berichtsjahr Überschüsse in ihren Haushalten aufwiesen, also rechnerisch die SoBEZ nicht nur für Investitionen, sondern darüber hinaus für die Schuldentilgung verwenden konnten. Ein alternatives Berechnungsschema („Kriterium 2“), das die SoBEZ den überproportionalen eigenfinanzierten Investitionen gegenüberstellt, zeigt nach wie vor eine teilweise erhebliche Fehlverwendung von Solidarpaktmitteln an. Ersichtlich wird überdies, dass zwar in allen ostdeutschen Ländern die Investitionen (je Einwohner gerechnet) in den vergangenen Jahren höher lagen als in den FSFW, dass aber die SoBEZ eben nicht wie vorgesehen in vollem Umfang für den Abbau der Infrastrukturlücke sondern für die Deckung laufender Ausgaben verwendet worden sind. Dies lässt befürchten, dass auch im Jahre 2019 noch ein erheblicher infrastruktureller Nachholbedarf bestehen wird, für dessen Abbau dann aber eben keine besonderen Mittel mehr zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang ist problematisch, dass die Pro-Kopf-Ausgaben der Kapitalrechnung in den ostdeutschen Ländern und Gemeinden in den neuen Ländern seit dem Jahr 2003 um rund 20 Prozent zurückgegangen sind.

Tabelle 3: Verwendung der SoBEZ für eigenfinanzierte Investitionen und unterproportionale kommunale Finanzkraft („Kriterium 1“)
(in Prozent der SOBEZ)*

	Brandenburg	Meckl.-Vorp.	Sachsen	Sachsen-Anh.	Thüringen
2003	34,1	30,7	102,6	3,1	32,2
2004	56,6	55,4	104,7	9,5	37,3
2005	58,8	52,0	105,1	24,7	48,4
2006	89,0	96,6	182,4	57,0	80,7
2007	146,3	134,9	187,2	100,6	134,5

* bezogen auf Finanzierungssaldo

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Tabelle 4: Verwendung der SoBEZ für überproportionale eigenfinanzierte Investitionen und unterproportionale Finanzkraft („Kriterium 2“) (in Prozent der SOBEZ)

	Brandenburg	Meckl.-Vorp.	Sachsen	Sachsen-Anh.	Thüringen
2003	53,1	57,3	64,6	54,5	54,9
2004	53,2	52,0	58,3	42,5	60,8
2005	33,0	35,6	46,1	36,9	51,2
2006	44,1	42,9	56,3	32,3	51,9
2007	41,8	43,4	46,1	32,0	57,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Die Tatsache, dass Mittel aus dem Solidarpakt II nicht ausschließlich dafür verwendet werden, überproportionale Investitionsausgaben zu finanzieren, wird in der politischen Diskussion immer wieder zum Anlass genommen, die Ausgestaltung des Solidarpaktes in Frage zu stellen. Eine Argumentationslinie zielt darauf ab, die zulässigen Verwendungszwecke weiter zu definieren, so beispielsweise indem auch die Finanzierung ausgewählter laufender Ausgaben durch SoBEZ für zulässig erklärt wird, soweit diese der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung dienen. Hier werden vor allem Forschungs- und Entwicklungsausgaben sowie Bildungsausgaben genannt. Zwar spricht manches dafür, dass eine unzureichend ausgebaute Infrastruktur (oder allgemeiner: ein ungenügender Kapitalstock) inzwischen nicht mehr die Hauptursache der fortbestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den neuen Länder darstellt und die Anwendung eines weiter gefassten Investitionsbegriffs insoweit gerechtfertigt ist; zu berücksichtigen ist aber, dass die Mittel aus dem Solidarpakt II nur befristet zur Verfügung stehen und insoweit eine Finanzierung von dauerhaft anfallenden Ausgaben (wie es insbesondere bei den Bildungsausgaben der Fall ist) auf mittlere Sicht zu erneuten Finanzierungsengpässen führen könnte. Hinzu kommt, dass sich die Regelungen des Solidarpaktes II eng an den Kreditaufnahmegrenzen des Art. 115 GG orientieren, so dass eine Erweiterung des Investitionsbegriffs auch zu einer Diskussion über die zulässigen Nettokreditaufnahme des Staates führen würde. Dies spricht dafür, den Investitionsbegriff im Zusammenhang mit dem Solidarpakt II nur dann zu erweitern, wenn zuvor über eine Begrenzung der öffentlichen Kreditaufnahme im Rahmen der Föderalismuskommission II Einigkeit erzielt worden ist. Ansonsten würde nämlich einer weitergehenden öffentlichen Kreditaufnahme das Feld bereitet, die mit Blick auf die Nachhaltigkeit der staatlichen Finanzen enorme Probleme aufwerfen würde.

Eine andere Argumentationslinie, die vor allem von Seiten westdeutscher Länder vertreten wird, stellt die Notwendigkeit des Solidarpaktes II für die neuen Länder grundsätzlich in Frage. Auch wenn sich alle politischen Parteien für die unveränderte Fortführung des Solidarpaktes II ausgesprochen haben, werden immer wieder Forderungen laut, die Zahlungen für die neuen Länder einzuschränken und stattdessen öffentliche Investitionen nunmehr bevorzugt in strukturschwachen Regionen Westdeutschlands vorzunehmen. Obwohl es unstrittig ist, dass sich inzwischen auch in Westdeutschland teilweise ein infrastruktureller Nachholbedarf angestaut hat, ist vor einer Verringerung der Zahlungen an die neuen Länder doch zu warnen. Angesichts der unbestreitbaren Schwierigkeiten, die laufenden Ausgaben schnell zurückzuführen, würde eine Einschränkung der Leistungen im Solidarpakt II im Zweifel allein die Investitionsausgaben in den neuen Ländern treffen und damit zu einer weiteren Verzögerung der Aufbauprozesses beitragen. Informationen über die Höhe der noch bestehenden Infrastrukturlücke in Ostdeutschland liegen zwar nicht vor und diese stellen nicht die alleinige Ursache des anhaltenden wirtschaftlichen Rückstands dar, dennoch sind insbesondere im Bereich der kommunalen Gemeinschaftsdienste erhebliche Investitionsdefizite vorhanden. Hinzu kommt, dass der demographische Wandel – der zum Zeitpunkt der Aushandlung des Solidarpaktes II in seinen Dimensionen noch nicht vorhergesehen wurde – zu zusätzlichen Investitionen in die Anpassung von Infrastrukturen zwingt. Es scheint daher nicht sinnvoll, durch Verringerung der SoBEZ die ostdeutschen Länder und Gemeinden dazu bringen zu wollen, ihre Budgetstrukturen zu bereinigen. Nimmt man die Argumentation einer fortbestehenden Infrastrukturlücke ernst, so kann es vielmehr nur darum gehen, die Investitionen auszuweiten und die erforderliche Anpassung der Budgetstrukturen bei den laufenden Ausgaben vorzunehmen.

AUSBLICK

Alles in allem befinden sich die ostdeutschen Länder in ihrer Haushaltspolitik auf einem guten Weg – die Notwendigkeit einer Rückführung insbesondere der laufenden Ausgaben ist inzwischen überall erkannt und wird wenigstens dem Grundsatz nach parteiübergreifend akzeptiert. Dass in den Haushaltsverhandlungen zwischen den Ressorts trotzdem heftig gestritten wird, gehört zum normalen politischen Geschäft und hat bislang nicht dazu geführt, dass der Konsolidierungskurs verlassen worden ist.

Zwar besteht mit Blick auf wichtige Rahmenbedingungen für die künftige Einnahmesituation der ostdeutschen Länder und Gemeinden inzwischen Klarheit: Der Solidarpakt II definiert einen festen Zeitplan für die Rückführung der Einnahmeüberschüsse der neuen Länder, klar ist, dass ab dem Jahr 2013 – dem Auslaufen der aktuellen EU-Förderperiode – die Wirtschaftsförderung auf eine neue Basis gestellt werden muss, und auch die künftige Entwicklung der Bevölkerungszahlen als wesentliche Determinante des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ist zumindest bis zum Jahr 2020 hinreichend sicher vorhersehbar. Weniger eindeutig ist hingegen die Zukunft der föderalen Finanzbeziehungen, die derzeit in der Föderalismusreform II verhandelt werden.

Strittig ist dabei – neben anderem – die Frage, inwieweit den Ländern Zu- und Abschlagsrechte zur Einkommensteuer zugestanden werden sollen. Aus Sicht der ostdeutschen Länder wäre dies eine äußerst problematische Entwicklung: Zuschläge zur Einkommensteuer (die für eine Verbesserung der Einnahmesituation notwendig werden würden) können sie sich nicht leisten, weil dies zu einer vermehrten Abwanderung von Menschen und Unternehmen führen könnte; Abschläge (zur Stärkung der Standortattraktivität) können sie sich auch nicht leisten, weil dies zu einer weiteren Erosion der Einnahmenbasis führen müsste. Dementsprechend verständlich ist die Ablehnung der Ost-Länder gegenüber diesbezüglichen Vorschlägen, zumal die große Gefahr besteht, dass derartige Elemente eines Wettbewerbsföderalismus zum Anlass genommen werden könnten, die Ausgleichsmechanismen des Länderfinanzausgleichs außer Kraft zu setzen. Ohne diese Leistungen wären die ostdeutschen Länder aber nicht in der Lage, ein der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse angemessenes Angebot öffentlicher Leistungen zu gewährleisten.

So unbefriedigend es auch ist: Ostdeutschland wird noch auf lange Sicht auf Transferzahlungen aus Westdeutschland angewiesen sein; die Perspektive, in absehbarer Zeit zu den Geberländern im Länderfinanzausgleich aufzurücken, ist politische Träumerei. Dies bedeutet aber zugleich die Verpflichtung, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln verantwortungsbewusst – und dies heißt vor allem: sparsam und wachstumsorientiert – umzugehen. Insoweit werden die kommenden zehn Jahre für die neuen Länder eher zehn magere Jahre werden, was die Einflussmöglichkeiten des Staates angeht. Es ist zu hoffen, dass es gelingt, dies allen Beteiligten entsprechend zu vermitteln.

- 1/ *Die gesamten Personalausgaben liegen – wie Tabelle 1 zeigt – geringer als in den FSFW; allerdings resultiert dies allein daraus, dass Versorgungsleistungen für pensionierte Beamte in den neuen Ländern bislang kaum anfallen.*
- 2/ *Ein Teil der Ausgaben dürfte sich dabei politischer Gestaltbarkeit entziehen, weil sie primär die wirtschaftliche Situation in den neuen Ländern bzw. bundesrechtliche Vorgaben widerspiegeln. Allerdings handelt es sich hier nur um einen kleineren Teil der gesamten Mehrausgaben.*
- 3/ *Die Angaben unterscheiden sich von den Angaben, die durch die Länder selbst veröffentlicht werden, weil hier abweichend von der dortigen Vorgehensweise nicht die Nettokreditaufnahme sondern der (aussagekräftigere) Finanzierungssaldo verwendet wird. Darüber hinaus ist die sogenannte „Auslaufperiode“ nicht berücksichtigt.*

HERAUSGEBER UND AUTOREN

*Prof. Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident a.D.,
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

*Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Blum, Präsident des Instituts für Wirtschafts-
forschung Halle*

*PD Dr. Marion Eich-Born, Stellvertretende Direktorin Hanseatic Institute
for Entrepreneurship and Regional Development Rostock*

*Dr. Jutta Günther, Leiterin der Abteilung Strukturökonomik, Institut für
Wirtschaftsforschung Halle*

Dr. Andreas Hallermann, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Dr. Jürgen P. Lang, Politikwissenschaftler

*Dr. Joachim Ragnitz, Stellvertretender Geschäftsführer ifo Institut für
Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden*

*Prof. Dr. Klaus Schroeder, Leiter Forschungsverbund SED-Staat der
Freien Universität Berlin*

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Michael Borchard
Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Telefon: +49(0)30-2 69 96-3550
E-Mail: michael.borchard@kas.de*

*Stefanie Pasler
Kordinatorin Neue Länder
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Telefon: +49(0)30-2 69 96-33 84
E-Mail: stefanie.pasler@kas.de*

PUBLIKATIONEN DES GESPRÄCHSKREISES „NEUE LÄNDER“

In der Publikationsreihe „Im Plenum“ bietet die Konrad-Adenauer-Stif-
tung die Publikationen des Gesprächskreises „Neue Länder“ an. Bisher
sind erschienen:

- *Bernhard Vogel (Hrsg.):
Politische Kultur in den neuen Ländern. Herausforderungen und
Perspektiven.
Mit Beiträgen von Werner J. Patzelt, Rudolf van Hüllen, Arnold Vaatz,
Horst Metz
Sankt Augustin/Berlin, August 2008
ISBN 978-3-940955-23-4*
- *Michael Borchard (Hrsg.):
Politische Kultur in den neuen Ländern. Zum Stand der inneren
Einheit – Eine Zwischenbilanz.
Mit Beiträgen von Werner J. Patzelt, Wolfgang Donsbach,
Bernd Lüdke-meier, Ulrich Blum
Sankt Augustin/Berlin, September 2007
ISBN 978-3-939826-64-4*

Bestellungen per E-Mail unter stefanie.pasler@kas.de